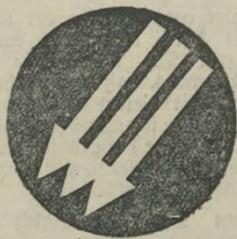


Österreichischer Arbeiterwart



Wochenblatt für das werktätige Volk im Wahlkreis Eisenwurzen

Redaktion und Verwaltung: Amstetten, Ardaggerstraße 28. Alleinige Anzeigenannahme durch die Verwaltung des Blattes in Amstetten. Bezugsbedingungen: Einzelnummer 25 g. Bei Postzustellung im Monat S 130, Einzelexemplar 30 g. Bei Zustellung durch den Kolporteur wöchentlich 25 Groschen.

Jahrgang 5

Freitag, den 14. Oktober 1932

Nummer 42

Unser Landesparteitag. Ein Nachwort und eine Antwort.

Der sozialdemokratische Landesparteitag am Sonntag tagte in einer schweren Zeit. Zwölf Jahre christlichsoziale Herrschaft im Staate haben ganz Österreich zu einem wirtschaftlichen Trümmerhaufen gemacht. Genosse Dr. Danneberg führte in seinem Referat auf dem Landesparteitag aus, wie die verfehlte Wirtschaftspolitik der Regierung Dollfuß die Ausfuhr umbringt und dadurch das fürchterliche Steigen der Arbeitslosigkeit bewirkt. Trotzdem fühlt sich diese Regierung, die nur eine Mehrheit von einer Stimme hat, so stark, daß sie es wagt, die Rechte der Volksvertretung zu mißachten. Das Parlament soll ausgeschaltet werden, um leichter die Rechte der Arbeitsmenschen beseitigen zu können. Die Arbeitslosenunterstützung, die Pensionen der Eisenbahner, das alles ist der Regierung ein Dorn im Auge. Darum will sie ein Notverordnungsrecht, damit sie mühelos mit einem Federstrich alle Rechte der Arbeiter aufheben kann. Die Resolution des Landesparteitages hat deshalb zur rechten Zeit mit aller Deutlichkeit ausgesprochen:

Wer die Rechte der Arbeiter antastet, wird auf Granit stoßen. Mit allen Mitteln, innerhalb und außerhalb des Parlamentes, wird die Arbeiterklasse ihre Rechte verteidigen.

So schlecht die wirtschaftliche Lage in ganz Österreich ist, in Niederösterreich ist sie am schlechtesten. Wir haben vor den Landtagswahlen gesagt, daß das Land infolge der leichtsinnigen und unfähigen Führung durch die Christlichsozialen vor dem Bankrott steht. Genosse Pehnek hat in seinem Referat gezeigt, daß dieser Bankrott nun bereits da ist. Die Kassen des Landes sind leer. Nur mit schwerer Mühe kann der Finanzreferent noch die Gelder für die Gehaltsraten der Landesangestellten aufbringen. Die Schulden häufen sich. Kredit ist für ein so schlecht verwaltetes Land nicht zu bekommen. Nur mit verzweifelten Mitteln hält der Finanzreferent den Verwaltungsapparat des Landes noch aufrecht. Zehn Jahre christlichsozialer Herrschaft haben das reiche Land ausgeplündert. Keine Warnung, kein Einspruch der Sozialdemokraten hat genützt. Die christlichsoziale Landesverwaltung ist heute bereits dazu reif, ihren moralischen und finanziellen Bankrott öffentlich anzugeben zu müssen.

Die Lage der Gemeinden wird immer schlechter. Das Land nimmt ihnen jedes Jahr Einnahmen weg und bürdet ihnen stets neue Lasten auf. Der drohende, unverschuldete Zusammenbruch vieler Industriegemeinden paßt den Christlichsozialen. Sie wollen den durch ihre Mißwirtschaft im Lande drohenden Zusammenbruch der Gemeinden als ein Ergebnis der sozialdemokratischen Gemeindevirtschaft darstellen. Diese Fälschung wird die Öffentlichkeit auch nicht ablenken, den Zusammenbruch der christlichsozialen Landesverwaltung zu sehen, der vor der Tür steht.

Die oberste Sorge des Parteitages galt jenen Hilfsbedürftigen, die der Wirtschaftskrise zum Opfer gefallen sind. Die Arbeitslosen sind die Stiefkinder der Regierung. Für verachtete Bantzen, für Großgrundbesitzer ist immer Geld vorhanden. Aber den unschuldigen Opfern der Krise schmälert die Regierung die schätzbaren Groschen für die Unterstützungen. Darum hat der Landesparteitag feierlich erklärt, daß

die Sicherung der Arbeitslosenunterstützung die erste Aufgabe des Kampfes der Sozialdemokraten ist.

Freilich, Zehntausende wurden durch eine beispiellose, hartherzige Aussteuerungspolitik um die färgliche, unzureichende Unterstützung gebracht. Für diese Armisten der Armen muß vorgesorgt werden. Die private Willkür ist unzureichend. Die Mittel

der Gemeinden sind erschöpft. Das Land muß für die Ausgesteuerten in Form einer eigenen Steuer die Mittel für die Winterhilfe aufbringen. Aber schon haben die Christlichsozialen, unchristlich wie immer, erklärt, gegen diese Steuer stimmen sie zu wollen. Und die Arbeitervertreter im braunen Hemd haben ebenfalls erklärt, dagegen zu sein. Diese Parteien mögen wissen:

Es wird keine Ruhe im Landtag sein, bevor nicht die Mittel für die Winterhilfsföhergestellt sind.

Von allen Seiten rüsten die Feinde der Arbeiterklasse. Darum mußte die Partei die Organisation in den Stand versetzen, alle Angriffe abzuwehren zu können. Die notwendigen Statutenänderungen wurden einstimmig genehmigt. Der Jugend und den Frauen wurde ein entsprechender Platz in der gemeinsamen Organisation eingeräumt. Die Organisation ist nun gerüstet!

Schwere Kämpfe stehen bevor. Wahrscheinlich kommen bald Neuwahlen. So oder so, der Kampf geht weiter. Die Arbeiterklasse und die Arbeitsbauern sehen die Todes-

zudungen des sterbenden Kapitalismus, der noch im Tode Millionen von Existenzen vernichtet und Millionen um ihren Anteil an der Kultur, am Lebensglück betrügt. Die niederösterreichischen Arbeiter und Arbeitsbauern werden nicht ruhen, solange nicht der mörderische Kapitalismus beseitigt ist.

Den schuldigen Mann geht's Grausen an.

Der prachtvolle Verlauf des Landesparteitages ist den Christlichsozialen auf die Nerven gegangen. Die Absicht der Sozialdemokraten, die Niederösterreich über die Mißwirtschaft der Schwarzen im Landhaus zu unterrichten, hat die Schuldigen in Schreden versetzt. Darum versucht die „Reichspost“ vom 11. Oktober die Anklagen des Parteitages abzuwehren. Sie schreibt: „... heftige Angriffe gegen die Landtagsmehrheit (die bekanntlich genau so stark ist wie ihre Gegner im Landtag).“ Gewiß, seit den letzten Wahlen haben die Christlichsozialen im Landtag nicht mehr die Mehrheit; aber die Mißwirtschaft ist ja nicht von voriger Woche, sondern geht auf jene Zeit zurück, in der sie die Mehrheit hatten. Damals, zur Zeit

der schamlosen christlichsozialen Mehrheitsherrschaft, ist der Hauptteil der Zerstörungsarbeit geleistet worden, deren Folgen heute alle zu tragen haben. Und übrigens: in der Landesregierung haben die Christlichsozialen noch immer die Mehrheit. Dort erledigen sie alles, stimmen sie alle Anträge der Sozialdemokraten nieder. Sie tragen darum ganz allein die Verantwortung. Wenn die „Reichspost“ schreibt:

Auch über die Sparmaßnahmen (Massenzusammenlegungen) auf dem Gebiete des Schulwesens wagen die Parteigenossen Gekels, des großen Verminderers der Wiener Schulklassen, Verschwerbe zu führen!

so ist das eine Unberschämtheit sondergleichen. In Wien ist die durchschnittliche Schülerzahl 38, in Niederösterreich weit über 60. Wenn von Schulverschlechterung geredet wird, möge die „Reichspost“ ruhig sein. Im Hause des Gekelten soll man nicht vom Strid reden. Wenn endlich die „Reichspost“ feststellt, daß sich die christlichsoziale Führung in Österreich nun schon zwölf Jahre hält, so ist das unbestreitbar. Freilich, die christlichsoziale Führung hat sich gehalten, aber Staat und Wirtschaft sind dabei zugrunde gegangen. Die „Reichspost“ hätte besser getan, kritische Bemerkungen zu unterlassen. Wer soviel auf dem Gewissen hat wie die Christlichsozialen, tut besser, nicht an seine Mißtaten zu erinnern.

Das Versagen des antimargristischen Regierungskurses.

Eine bedeutungsvolle Rede des Nationalrates Dr. Danneberg auf dem niederösterreichischen Landesparteitag über die politische und wirtschaftliche Lage in Oesterreich.

Auf unserem Landesparteitag am Sonntag hielt Genosse Danneberg eine aufsehenerregende Rede, die wir nachstehend auszugsweise wiedergeben.

In kritischer Zeit tritt der Landesparteitag für Niederösterreich zusammen. Wir leben in einer Krise des Kapitalismus. Das Heer der Arbeitslosen schwillt in der ganzen kapitalistischen Welt an, es treten nicht einmal mehr saisonmäßige Besserungen ein. Wir haben von den verschiedenen Experimenten in Amerika, England und Deutschland gehört, wie die einzelnen Regierungen den Kampf gegen die Krise zu führen versuchten. Aber von nirgends hören wir, daß alle diese Versuche einen nennenswerten Erfolg gehabt haben. Jetzt hoffen die Kapitalisten auf den berühmten „Silberstreifen am Horizont“. Aber kaum ist dieser angebliche Silberstreifen sichtbar geworden, wird er schon allgemein als ein Vörsenmanöver erkannt. Es ist kein ernstes Zeichen einer Besserung der wirtschaftlichen Konjunktur sichtbar. Massenelend ist überall die Folge.

In dieser Zeit der Not treten allenthalben Quacksalber auf, die vorgeben, durch allerhand Wundermittel die Produktion wieder in Gang bringen zu können. Es wird viel von geheimnisvollen Geldoperationen geredet und geschrieben, die mit einem Schlag das Wunder vollbringen könnten, die Krise zu beseitigen. In der Zeit einer solchen Verzweiflung und eines solchen Glends wie jetzt, finden solche Propheten immer gern Gehör bei den Leichtgläubigen. Wir Sozialdemokraten wissen, daß

die Krise eine unausbleibliche Begleiterscheinung des Kapitalismus

ist. Wir wissen, daß die Krise nur überwunden werden kann, wenn der Kapitalismus selbst überwunden wird. Nur der Massenkampf der Arbeiterklasse kann und wird in der Welt eine wirkliche Wendung zum Besseren herbeiführen.

In den ersten Jahren nach dem Krieg hat der Warenmangel in vielen Staaten Europas guten Geschäftsgang und eine gute Konjunktur verursacht. Wir in Österreich haben selbst in dieser Zeit der Hochkonjunktur nach dem Krieg eine erhebliche Zahl Arbeitslose gehabt. Das kleine Österreich ist eben als ein kleiner Felsen aus einem großen Wirtschaftsgebiet zurückgeblieben. Die österreichischen Regierungen, besonders die jetzige Regierung Dollfuß, treiben

eine Wirtschaftspolitik, die einseitig auf den Schutz der großagratischen Interessen bedacht ist,

die aber die Bedürfnisse der industriellen Bevölkerung nicht nur vernachlässigt, sondern bewußt schädigt. Die Industrie in diesem Lande hat dadurch ihre Märkte im Ausland immer mehr und mehr verloren. Dieser Zustand ist durch die verringerte Kaufkraft der benachbarten landwirtschaftstreibenden Länder verschärft worden. Ein weiterer Schritt auf diesem verhängnisvollen Weg waren die Devisenvorschriften, die gerade vor einem Jahr erlassen worden sind. Gewiß, auch in anderen zwanzig oder dreißig Ländern sind Vorschriften über die Bewirtschaftung der Devisen erlassen worden; aber in Österreich haben diese Devisenvorschriften zu einer Vermehrung des Unheils, zu einem Ansteigen der Arbeitslosigkeit geführt, wie wir Sozialdemokraten es schon vor einem Jahr vorausgesehen haben. Es ist ja wahr, daß die Einfuhr durch die Erlassung der Devisenvorschriften eingeschränkt worden ist. Aber alle Einschränkungen haben zu einer Politik geführt, gegen die nun auch die Industriellen und Gewerbetreibenden sich zu wehren beginnen.

Es ist nicht nur die Einfuhr gesunken, sondern auch die Ausfuhr ist zurückgegangen, und zwar noch viel stärker als die Einfuhr. In den ersten acht Monaten dieses Jahres blieb die Wareneinfuhr nach Österreich um 34 Prozent hinter der Einfuhr in derselben Zeit des Vorjahres zurück. In denselben acht Monaten ist die Ausfuhr aber um 42 Prozent geringer als im Vorjahr. Sie sehen ein starkes Überwiegen des Rückganges der Ausfuhr. Allein dieser Rückgang der Ausfuhr hat 70.000 Arbeiter und Angestellte in Österreich um ihre Arbeitsplätze gebracht.

Der Kapitalismus versucht die Schwäche der Arbeiterklasse in dieser Zeit der Wirtschaftskrise zum Drücken der Löhne auszunützen. Im Ausland ist ganz allgemein ein erhebliches Sinken der Preise eingetreten. Dadurch gleicht sich zum Teil das Sinken der Löhne aus, denn auch im Ausland sinken die Arbeitslöhne. Bei uns in Österreich aber sind, im Gegensatz zum Ausland, die Warenpreise gleich geblieben, aber die Löhne sind gesunken. Das bedeutet ein Sinken des Reallohnes der Arbeiter und Angestellten. Dies hat dazu geführt, daß auch die Kaufkraft der Österreicher auf dem inneren Markt sehr zurückgegangen ist. So hat die Industrie auch auf dem inneren

Markt viele Absatzmöglichkeiten verloren. Diese Tatsachen haben eine tiefe Unzufriedenheit in der Arbeiterklasse, aber auch im Gewerbe und in der letzten Zeit sogar in der Industrie erzeugt. Die Regierung schert sich aber um all das nicht, obwohl sie immer nur eine Ein- oder Zweistimmmehrheit im Nationalrat hat, je nachdem, ob jemand gerade krank ist oder stirbt. (Geiterkeit.) Dieses Parlament vom November 1930 und die seitherigen Regierungen stellen eine Übergangsperiode dar. Noch vor Seipels Tod ist sein Bürgerblocksystem gestorben. Bei den Wahlen vom November 1930 trat zum erstenmal der tiefe Niech im Bürgerblock auf, der seither nicht mehr verschwunden ist. Vorher stand dem Bürgerblock als einzige Opposition die Sozialdemokratie gegenüber. Seit den Novemberwahlen 1930 haben die Christlichsozialen aber außer mit der gestärkten sozialdemokratischen Opposition auch mit einer Rechtsopposition zu rechnen. Daher hatten die Regierungen entweder nur eine sehr schwache Mehrheit oder sie waren, wie die Regierung des Herrn Buresch, eine Minderheitsregierung. Aber selbst diese schwachen Mehrheiten sind zerfallen. Wer glaubt ernstlich, daß bei Neuwahlen noch Großdeutsche ins Parlament kämen? Der Landbund, der heute zwei Ministerposten besetzt, müßte froh sein, wenn er ebensovielen Nationalratsmandate bekäme. Und wie es mit dem Heimatsblock aussieht, brauche ich ja nicht erst zu schildern. Man sollte nun meinen, daß die Regierung alles Unkorrekte vermeide, um sich unnötige Reibungen mit der Opposition zu ersparen. Aber weit gefehlt! Die schwache Regierung Dollfuß sollte doch froh sein, daß sie überhaupt leben kann. Allein Herr Dollfuß hat ganz andere Pläne.

Dollfuß glaubt, es sich leisten zu können, die Sozialdemokraten aufs schärfste herauszufordern.

Wie Sie wissen, hat die Regierung in den letzten Tagen eine an und für sich nützliche Verordnung auf dem Wege des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes erlassen. Darüber aber ist noch sehr viel zu sagen. Es ist jetzt modern geworden, vom Versagen der Demokratie und des Parlamentarismus zu reden. Auch in den christlichsozialen Zeitungen begegnen wir diesem Gerede. In jedem Staat, also auch in einer Republik, muß das Volk verstehen, daß zu den Kompetenzen auch eine Verantwortlichkeit gehört. In der früheren Monarchie hat diese Verantwortlichkeit letzten Endes der

Kaiser getragen. In der Republik muß das Volk durch Regierung und Parlament sie tragen. Die Demokratie als Staatsform setzt voraus, daß eine Mehrheit der Bevölkerung mit diesem Staatsgrundgedanken einverstanden ist, also demokratisch regieren will. Das ist einer der größten Gegenätze zur Monarchie. Nun erleben wir gerade in unserer Zeit die Absonderlichkeit, daß

im Deutschen Reich aus den letzten Reichstagswahlen eine Mehrheit der Gegner des demokratischen Systems hervorgegangen

ist. Die Mehrheit der Bevölkerung hat in Deutschland Parteien gewählt, die die Demokratie ablehnen, die also die Selbstregierung des Volkes nicht wollen. Das sind auf der einen Seite die Nazi, auf der anderen Seite die Kommunisten. Beide wollen von Demokratie und Parlamentarismus nichts wissen. In Deutschland haben Demokratie und Parlamentarismus also tatsächlich versagt. Der Reichstag ist aktionsunfähig geworden, die Demokratie untergräbt sich selbst. Die Folge davon ist, daß andere Gewalten sich der Regierungsmacht bemächtigt haben. In Deutschland herrschen wieder die Mächte, die das Reich vor dem Untergang regiert haben. Junker und Generäle sind wieder die Herren des deutschen 60-Millionen-Volkes geworden.

Wenn aber jemand glaubt, daß das alles auch für Österreich zutrifft, wenn vom Versagen der Demokratie und des Parlamentarismus geredet wird, irrt er vollständig. Wir haben in Österreich im Parlament weder rechts noch links Parteien, die die Demokratie offen ablehnen. Es gibt nur Parteien hier, die sich zum demokratischen Staatsgedanken bekennen. Daher ist es in Österreich eine dumme Redensart, die jedes Sinnes entbehrt, wenn vom Versagen des Parlamentarismus geredet wird.

Versagt hat in Österreich weder die Demokratie noch der Parlamentarismus, versagt hat nur die antimarginalistische Mehrheit unter christlichsozialer Führung.

Das ist aber etwas ganz anderes! Es ist ein grober Schwindel, den die christlichsozialen Herren mit dieser Verwechslung der Begriffe ausführen. Sie versuchen, der Bevölkerung einzureden, der Parlamentarismus sei nichts wert, weil er den Christlichsozialen nicht mehr die Führung anvertraut. Dieser Schwindel muß — und das ist eine sehr wichtige Aufgabe — entlarvt werden. Nicht der Parlamentarismus, nicht die Demokratie müssen abdanken: abdanken muß der Machtanspruch der christlichsozialen Partei. Sie sehen, das ist etwas ganz anderes, als was in Deutschland geschieht. Hier ist nicht der Parlamentarismus zusammengebrochen, sondern die christlichsoziale Führung der Staats- und der Wirtschaftspolitik.

Die Christlichsozialen wissen das sehr gut, und darum bemühen sie sich, für ihre Schuld den Parlamentarismus und die Demokratie verantwortlich zu machen.

Vor Neuwahlen haben die Christlichsozialen eine Heidenangst,

denn sie wissen, daß jede Neuwahl ihren Machtanspruch endgültig stürzen muß. Im Jahre 1932 sind die Christlichsozialen den Nationalratswahlen ausgewichen. Der Nationalrat hat zwar beschlossen, daß er sich auflöst und den Wahltermin im Herbst festsetzen wird. Aber die Christlichsozialen haben es mit der Festsetzung der Neuwahlen jetzt gar nicht eilig. Wir haben jetzt ein Parlament, das weder leben noch sterben kann. Der Herr Dollfuß wurstelt mit einer oder zwei Stimmen Mehrheit fort. Und diese Regierung erlaubt sich, die Arbeitererschaft zu provozieren.

Aus der Kriegszeit besteht noch immer das sogenannte kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz. So ein Gesetz hat die kaiserliche Regierung im Jahre 1917 gebraucht, um kurzerhand alle Notwendigkeiten des Krieges erfüllen zu können. Die Sozialdemokraten haben seit langem verlangt, daß dieses kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz beseitigt wird. Im Jahre 1929 ist über Drängen der Christlichsozialen die Bundesverfassung teilweise geändert worden. Demnach wollten die Christlichsozialen der Regierung ein umfassendes Notverordnungsrecht in die Hand geben. Der sozialdemokratische Widerstand hat dazu geführt, daß in die neue Bundesverfassung nur ein sehr beschränktes Notverordnungsrecht mit allen nötigen Sicherheiten eingebaut worden ist. Schon daraus erkennt man, daß damals nicht einmal die Christlichsozialen an die Unwendbarkeit des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes gedacht haben, sonst hätten sie sich ja nicht so um das Notverordnungsrecht in der Bundesverfassung anstrengen müssen. Nun hat der Herr Dollfuß plötzlich die Notwendigkeit empfunden, zu zeigen, daß er auch in Österreich ein wenig Wapen spielen kann. Die „Reichspost“ verkündet, die Regierung denke nicht daran, den Wunsch der Sozialdemokraten nach Beseitigung des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes zu erfüllen.

Dabei leistet sie sich gleich einen infamen Schwindel.

Die „Reichspost“ erzählt ihren Lesern, die Sozialdemokraten bekämpfen die Verordnung deshalb, um den Kreditanstaltverbrechern zu helfen. So versuchen sie, den Kampf der Sozialdemokraten gegen den Verfassungsbruch als einen Kampf der Sozialdemokraten für die Dankverbrecher hinzustellen.

Wir werden diesen Kampf gegen den Verfassungsbruch mit allen Mitteln führen müssen. Herr Dollfuß wird noch bemerken, daß es in Österreich doch wesentlich anders ist als in Deutschland. Wir haben noch eine geschlossene und starke Arbeiterklasse, die sich solche Provokationen einfach nicht gefallen läßt.

Es ist eigentlich entsetzlich, daß eine Regierung in einer Zeit solchen Notstandes nichts anderes im Sinne hat, als zu provozieren. Denken wir nur an die furchtbare Arbeitslosigkeit! Die Bürgerlichen zwingen uns immer wieder von neuem, für die Arbeitslosen einen zähen Abwehrkampf zu führen. Bei den bevorstehenden Verhandlungen über den Voranschlag für

das nächste Jahr muß energisch auf Arbeitsbeschaffung gedrungen werden. Genosse Osenböck hat schon auf

die Not der Gemeinden

hingewiesen. Die Frage der Aufrechterhaltung der Gemeinden ist heute tatsächlich schon zur Staatsfrage geworden. Der Bund wollte sich mit 7 Millionen Schilling loskaufen; alle Versuche der sozialdemokratischen Partei, einen höheren Betrag in das Gesetz hineinzubringen, sind vergeblich geblieben. Wir Sozialdemokraten werden, wie bisher, die Interessen der Gemeinden und der Arbeitererschaft nachdrücklich vertreten. Wir müssen dem Volk sagen, daß der Kapitalismus an all dem Elend schuld ist, und trotzdem dürfen wir nicht, gerade um die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu vertreten, vor den Verantwortlichkeiten in den Gemeinden davonlaufen.

Daselbe, was im Kleinen in der Gemeinde gilt, gilt auch im Großen. Der Kapitalismus versagt auf der ganzen Linie. Trotzdem können wir leider nicht sagen, daß die organisierten Kräfte, die gegen den Kapitalismus eingesetzt werden könnten, in

dieser Krise gewachsen sind. Dem Kapitalismus ist zu Hilfe gekommen eine Verwüstung der Gehirne der Menschen,

die den Kampf gegen ihn erschwert. Das Göbbels vor vierzehn Tagen hier in Wien vom Kapitalismus geschwätzt hat, das kennen wir, das ist uns Österreichern gar nichts Neues. So haben schon vor fünfundzwanzig Jahren die Deutschgelben geredet. Die Herren Nazi, die sich als Antikapitalisten ausgeben, erklären mit einem Male, daß sie nur seine Auswüchse bekämpfen. Schon seit Jahrzehnten ist es als eine kapitalistische Methode im Kampf gegen die sozialdemokratische Partei bekannt, das Kleinbürgertum zum Kampf für einen Talmi-Antikapitalismus aufzurufen. In diesem Kampf für den wahren Antikapitalismus dürfen wir uns von der richtigen Kampflinie weder von rechts noch von links abdrängen lassen. Der Landesparteitag, Genossen, soll Ihnen neue Richtlinien in diesem Kampf geben. In diesem Sinne wünsche ich Ihren Beratungen im Namen des Parteivorstandes besten Erfolg! (Lebhafter, lang anhaltender Beifall.)

Die Bankrottwirtschaft der christlichsozialen Landesverwaltung.

Eine Abrechnung mit der zehnjährigen christlichsozialen Luderwirtschaft im Lande.

Über den Punkt der Tagesordnung „Unser Kampf in Niederösterreich“ berichtet der zweite Präsident des niederösterreichischen Landtages, Genosse

Seopold Pehnet.

Er führte aus: „Ich habe die Verhältnisse zu schildern, unter denen die sozialdemokratische Landtagsfraktion im niederösterreichischen Landtag zu arbeiten hat. Die Zusammensetzung des Landtages ist heute nicht mehr dieselbe, wie sie vor drei Jahren war. Durch die Verbesserung des Wahlrechtes haben die Christlichsozialen eine starke Einbuße erlitten. Die Großdeutschen sind verschwunden; an ihre Stelle sind acht Nazi getreten. Der Wahlkampf am 24. April brachte uns wieder dieselbe Zahl der Mandate, die wir vor den Wahlen, vor der Verminderung der Mandatszahl, besessen haben. Unsere Fraktion zählt zwanzig Sitze, wie wir sie vor den Wahlen hatten. Das Wahlergebnis war für die Christlichsozialen von einschneidender Bedeutung. Sie haben

die Mehrheit im Landtag verloren.

Nun sind sie darauf angewiesen, mit einer der anderen Parteien über jedes einzelne Gesetz zu verhandeln. Dadurch sieht jedes Gesetz nach der Behandlung im Landtag ganz anders aus, als es die Christlichsozialen ursprünglich vorschlugen. Die unbeschränkte Macht der Christlichsozialen wurde in den Landtagswahlen am 24. April bedroht. Trotzdem haben sich die Christlichsozialen aber eine wichtige Machtposition bewahrt. Sie haben

noch immer die Mehrheit in der Landesregierung.

Dadurch ist ihnen nach wie vor die Landesverwaltung vollständig ausgeliefert. So arbeiten sie weiter mit dem System der Korruption. Dazu kommt noch, daß der Landeshauptmann in allen Dingen, in denen er an die Weisungen der Bundesregierung gebunden ist, immer im Sinne der Christlichsozialen vorgeht. Die Niederösterreicher bekommen das in allen Zweigen der Verwaltung zu spüren. Man merkt es jeder Verwaltungsmaßnahme an. Jede Konzeption, die ein Bezirkshauptmann zu vergeben hat, wird zu einer christlichsozialen Parteifache. Der Konzeptionshacker, gegen den wir seit langem ankämpfen, geht weiter und wird immer ärger. Der Konzeptionshacker ist zu einem Machtinstrument der christlichsozialen Partei geworden. Auch bei den Einbürgerungen gehen die Christlichsozialen rein parteimäßig vor. Tausende in Niederösterreich Geborene können die Einbürgerung nicht erhalten, weil die Christlichsozialen sie mit allen möglichen Scheingründen verhindern. Die Personalpolitik wird ebenfalls rein im christlichsozialen Sinne durchgeführt. Sie unterscheidet sich in nichts von der christlichsozialen Schandwirtschaft zur Zeit des Herrn Geymann. Wer nicht Cebauer ist, kann nicht im Konzeptdienst des Landes unterkommen, ebenso ist es bei allen anderen Anstellungen im Landesdienst. Und fast genau so verhält es sich mit der Lehrer- und Schulpolitik der Christlichsozialen. Welche unglaubliche Wirtschaft da herrscht, ist ihnen ja allen bekannt. Diese Luderwirtschaft hat dahin geführt, daß die Christlichsozialen Schulklassen in Massen abgebaut haben und jetzt gar noch weitere 600 bis 1000 Klassen abbauen wollen.

Die Christlichsozialen versuchen, alle Mittel des Landes ganz einseitig ausschließlich den Zwecken der Großgrundbesitzer und Großbauern dienlich zu machen. Die Industrie und die industrielle Bevölkerung

werden dauernd unberücksichtigt gelassen. Bei allen Erparungsmaßnahmen, die in den letzten Jahren versucht wurden, bemerkten wir immer wieder, daß der Landwirtschaft absolut keine Einschränkungen auferlegt werden. Selbst das landwirtschaftliche Schulwesen wollten die Christlichsozialen ganz der Landeslandwirtschaftskammer zuschützen, um damit die Machtposition der Kammer noch mehr zu erhöhen. Schon jetzt bekommt die Landesbauernkammer jährlich 835.000 S. Dazu wollten die Christlichsozialen den Landwirtschaftskammern noch die 400.000 S. zuschützen, die für das landwirtschaftliche Schulwesen vorgesehen sind.

Seit der Trennung Wiens von Niederösterreich hatten wir in Niederösterreich immer eine christlichsoziale Mehrheit. Die Christlichsozialen haben daher die volle Verantwortung dafür zu tragen, was sich in den letzten zehn Jahren in Niederösterreich zugegetragen hat. Die christlichsoziale Verwaltung hat es in diesen zehn Jahren tatsächlich dahingebacht, daß das Land Niederösterreich jetzt vor dem vollständigen Ruin steht. Nicht einmal der Verwaltungsapparat ist heute finanziell aufrechtzuerhalten.

Die Gehaltsauszahlung an die Angestellten, Lehrer und Arbeiter des Landes ist durchaus nicht gesichert. Wir können es erleben, daß die Landesregierung noch im heurigen Jahr wird erklären müssen, daß die Gehaltszahlung nicht einmal mehr ratenweise erfolgen kann.

Schon bei Aufstellung des heurigen Landesvoranschlages haben wir Sozialdemokraten darauf verwiesen, daß die Zahlen des christlichsozialen Finanzreferenten bloße Hausnummern sind. Es zeigt sich nun, wie sehr wir damit recht hatten. Von den 84 Millionen Ausgaben des Voranschlages sind nicht weniger als 54 Millionen für die Gehaltszahlungen des Landes erforderlich. Dazu kommen noch die uneinbringlichen Verpflegskosten. Dafür hat der Finanzreferent des Landes 4 Millionen vorgesehen, was wir schon damals als viel zu wenig bezeichneten. Auch hier zeigt sich, daß unsere Meinung richtig war. Mehr als das Doppelte wird für diese uneinbringlichen Verpflegskosten notwendig sein. Auch die Beiträge des Landes für die Notstandsunterstützungen belasten das Budget sehr erheblich.

Allein die drei Posten Gehaltszahlungen, uneinbringliche Verpflegskosten und Beiträge für die Notstandsunterstützungen kosten das Land heuer 74 Millionen Schilling. Da der gesamte Voranschlag 84 Millionen ausmacht, bleiben also für alle anderen Pflichten des Landes, für alle Flussregulierungen, für die Aufwendungen an den Straßen, die immer schlechter werden, und für alle anderen Ausgaben der ganz unzureichende Betrag von 10 Millionen.

Die Zahl der Arbeitslosen wird immer größer. Aber die öffentlichen Arbeiten des Landes werden von Jahr zu Jahr weniger. Es werden die Straßen nicht instand gesetzt, nicht einmal die im Voranschlag vorgesehenen Beschotterungen werden durchgeführt. Es ist eben kein Geld da, und damit geben sich die Christlichsozialen zufrieden.

Da sich bei einem solchen Mißverhältnis zwischen den Einnahmen und Ausgaben des Landes und bei einem derartig leichtfertig aufgestellten Landesvoranschlag die Verhältnisse in der Landesverwaltung immer mehr verschlechtern, ist klar. Schon im heurigen Frühjahr mußte das Land ein Darlehen von 39 Millionen Schilling bloß für die Bezahlung der Angestelltengehälter aufnehmen. Geradezu unglaublich ist, wie die christlichsoziale Landesverwaltung die Lieferanten des

Landes behandelt. Das Land läßt Arbeiten von ihnen durchführen, aber es bezahlt sie nicht. Nicht weniger als 83 Millionen Schilling ist das Land an unbezahlten Rechnungen seinen Lieferanten schuldig. Das schönste dabei ist noch, daß dieselben Leute, die vom Land bedeutende Summen zu bekommen haben, für nicht bezahlt, viel geringere Steuer-schulden gepfändet werden.

Solche Zustände schreien nach Abhilfe und fordern zu schärfster Kritik heraus.

Stellen Sie sich vor, Genossen, wenn ein Bürgermeister in einer Gemeinde, insbesondere ein roter Bürgermeister, ebenso vorgehen würde, wie die christlichsozialen Landesverwalter! Wie würden da die Christlichsozialen zernern. Die christlichsoziale Schandwirtschaft aber wird immer entschuldigt. Weder die christlichsozialen Blätter noch die anderen bürgerlichen Blätter finden daran etwas auszusetzen. Dabei ist das Vorgehen der christlichsozialen Verwalter derart beschaffen, daß es jeden anderen mit dem Strafgesetz in Konflikt bringen würde.

Die Landesverwaltung benützte im Jahre 1931 über 5 Millionen Schilling fremdes Geld. Das heißt, die Christlichsozialen führen dieses Geld nicht jenem Zweck zu, für den es eingezahlt worden ist. Dieses fremde Geld haben sie für die Bezahlung von laufenden Ausgaben verwendet. Im heurigen Jahre sind es schon wieder 39 Millionen Schilling. Wenn das ein Bürgermeister einer Gemeinde machen würde, wäre der Staatsanwalt sofort mit der Anklage wegen aller möglichen Verbrechen da, aber beim Land Niederösterreich geschieht das seit dem Jahre 1930. So wirtschaften die Christlichsozialen im Lande gegen Recht und Gesetz.

Ein anderes Kapitel sind die Kontokorrentschulden des Landes. Die Christlichsozialen haben die 64 Millionen Schilling, die sie kontokorrent ausgeliehen haben, immer bis zur obersten Grenze in Anspruch genommen. Für diese Kontokorrentschuld zahlt das Land keine Zinsen; es bleibt sie einfach schuldig und könnte sie auch nicht bezahlen, selbst wenn die christlichsozialen Verwalter zahlen wollten. Denn nach jedem Auszahlungstag sind die Kassen des Landes vollständig leer. Nach der Bezahlung der Gehälter befinden sich keine 100 Schilling in der Landeskasse! Jetzt will das Land wieder eine Anleihe aufnehmen, nicht um Investitionen durchzuführen, nein, bloß um die laufende Gehaltshauptsumme fortzuführen zu können. Während es aber jeder gut geführten Gemeinde ohne sonderliche Schwierigkeiten möglich ist, eine Anleihe aufzutreiben, suchen die christlichsozialen Landesverwalter nun schon seit Wochen vergeblich, eine Anleihe aufzutreiben. Nicht einmal die christlichsoziale Landeshypothekenanstalt leiht dem christlichsozial verwalteten Land etwas.

Das Land gilt nicht mehr als kreditwürdig.

es ist faktisch im Zustand eines Kreditars. Das ist die schwere, unauslöschliche Schuld dieser zehnjährigen, leichtfertigen und korrupten christlichsozialen Landesverwaltung, die das einst reiche Land so vollkommen heruntergewirtschaftet hat. In den Jahren des besseren Geschäftsganges hat das Land reichliche Einnahmen gehabt. Damals haben die Christlichsozialen die Landeseinnahmen vergebend, obwohl wir Sozialdemokraten gewarnt haben. Jetzt, nach zehnjähriger christlichsozialer Verwaltung steht es so um das Land Niederösterreich, wie ich es Ihnen geschildert habe. Wir leugnen nicht, daß die

Wirtschaftskrise auch das Land Niederösterreich schwer getroffen hat. Aber es müßte nicht so schlecht um das Land stehen, wenn die Christlichsozialen anders gewirtschaftet hätten. Die Steuereingänge sind ja stark zurückgegangen. In einzelnen Gegenden sind förmliche Steuerstreiks ausgebrochen. Ganze Dörfer erklären: »Wir zahlen keine Steuern mehr, solange nicht auch der Großgrundbesitzer, der im Ort sein Gut hat, seine Steuern bezahlt hat.« Die Großgrundbesitzer in Niederösterreich sind dem Lande nicht weniger als 3 1/2 Millionen Schilling an Steuern schuldig. Die christlichsozialen Landesverwalter unternehmen nicht das geringste, um diese Herrschaften zum Steuerzahlen zu verhalten. Die Bauern sehen, daß den Grundbesitzern, die riesige Steuerbeträge schuldig bleiben, nichts geschieht. Und darum wollen auch sie keine Steuern mehr zahlen. Schon im Jahre 1931 hatte das Land einen

Abgang von 15 Millionen Schilling,

im heurigen Jahre wird er voraussichtlich 20 Millionen Schilling betragen. Für Arbeitsbeschaffung wird dabei kein Groschen aufgewendet, obwohl dies das wichtigste Mittel im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wäre. Es wird immer nur abgebaut. Sie wissen, Genossen, wie viele Schulklassen in den beiden letzten Jahren trotz des Protestes nicht nur der Sozialdemokraten, sondern aller betroffenen Ortsbewohner, aufgelassen worden sind. Den Christlichsozialen genügt aber das noch nicht, sie wollen an den Schulen noch viel mehr ersparen. Sie beabsichtigen,

600 bis 1000 Schulklassen aufzulassen.

Rechnen Sie dazu noch den bereits erfolgten Schulabbau, so können Sie sich ausrechnen, zu welchen Schulverhältnissen wir da kommen. Fast in allen Klassen werden wenigstens 70 Kinder sitzen. Wie soll da ein Lehrer erfolgreich unterrichten können? Das Wissen, das die Schüler in solchen Klassen erwerben können, bleibt hinter dem Bedürfnis unserer Zeit zurück und genügt nicht mehr. Wer sein Kind nicht in einem größeren Ort in die Schule schicken kann, wird sich damit begnügen müssen, daß es in unglaublich überfüllten Klassen nur ein mangelhaftes Wissen erwerben kann. Der Hauptleidtragende dieses neuerlichen Schulklassenabbaus ist natürlich die arbeitende Bevölkerung, denn der Arbeiter oder gar der Arbeitslose hat nicht die Mittel, sein Kind in eine andere, bessere Schule zu schicken.

Wir Sozialdemokraten werden den Kampf gegen die christlichsoziale Bankrott-

wirtschaft mit den schärfsten Mitteln führen. Wir hoffen, daß auch die anderen Bevölkerungsschichten einsehen werden, daß man an der Schule nicht so unerhört sparen kann, bis das Schulwesen zugrunde gerichtet ist. Für die Schule muß das Geld beschafft werden, wenn auch die Kassen des Landes leer sind.

Sie, Genossen, haben nun eine große und wichtige Aufgabe. Sie als Vertrauensmänner müssen die ganze Bevölkerung dieses Landes aufklären, wie die Christlichsozialen das einst wohlhabende Land Niederösterreich zugrunde gewirtschaftet haben.

Der Beschluß des Landesparteitages zur politischen und wirtschaftlichen Lage.

I.

Die Regierung Dollfuß hat trotz der furchtbaren Not des Landes vor Beginn der Herbstsession des Nationalrates einen umfassenden Angriff auf die politischen und die wirtschaftlichen Rechte der Arbeiterklasse eröffnet. Die Verordnung über die Sicherstellung des Vermögens der Schulbigen der Kreditanstalt und der Bodenkreditanstalt, die nach den Forderungen der Sozialdemokraten schon vor anderthalb Jahren hätte erlassen werden müssen, ist von der Regierung auf Grund eines Kriegesgesetzes aus dem Jahre 1917 erlassen worden, obwohl eine Notverordnung auf Grund des Artikels 18 der neuen Verfassung ohne weiteres möglich und in wenigen Stunden fertig gewesen wäre. Allein die Tatsache, daß die Regierung den unkorrekten Umweg anstatt des geraden Weges gewählt hat, beweist, daß hinter dieser Verordnung andere dunkle Pläne stehen. Insbesondere die Rede des Bundeskanzlers in Haag und das Verhalten der christlichsozialen Partei nach der Erlassung der Verordnung, insbesondere die Ablehnung der sozialdemokratischen Forderung, daß das kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz sofort außer Kraft gesetzt werde, beweist unzweideutig, daß die Regierung Dollfuß und die antimarxistischen Parteien mit dem Gedanken spielten, auch in Österreich eine Notverordnungsdictatur anzurichten und den demokratischen Kampfboden im Parlament zu zerstören, um alle sozialpolitischen Rechte der Arbeiter anzugreifen, den Mieterschutz abzubauen und den

Die christlichsoziale Landesregierung ist forrump, sie ist sehr teuer und nicht aufbauend, sondern nur zerstörend.

Diese Aufklärungsarbeit im ganzen Lande zu leisten, ist eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zeit. Wenn wir sie energisch und zähe leisten, wird sie dem Lande und dem Volke nützen. Es muß uns gelingen, die Herrschaft der Christlichsozialen in der Landesregierung ebenso zu brechen, wie wir ihnen bei den letzten Wahlen im Landtag die Mehrheit gewonnen haben. (Lebhafter allgemeiner Beifall.)

Bundesangestellten und vor allem den Eisenbahnern eine neuerliche Pensionskürzung aufzwingen zu können.

Der Landesparteitag fordert die sozialdemokratischen Abgeordneten zum schärfsten, unerbittlichen Kampf gegen jeden Ansat einer verfassungsberechtigten reaktionären Diktatur

auf. Der Kampf muß mit solcher Entschiedenheit geführt werden, daß die gegenwärtige und jede künftige Regierung eindringlich gewarnt sind, mit Verfassungsbruch und Diktaturplänen zu spielen. Der Landesparteitag ist sich bewußt, daß der Kampf der sozialdemokratischen Abgeordneten nur geführt werden kann, wenn die breiten Massen diesen Kampf mit leidenschaftlichem Interesse verfolgen und jeden Augenblick bereit sind, in diesem Kampf mit außerparlamentarischen Mitteln einzugreifen, falls die jetzige oder eine kommende Regierung es wagen sollten, den Boden der demokratischen Verfassung und die Rechte der Arbeiter anzutasten. Die Arbeitermassen müssen auch deswegen jederzeit zum Kampf bereit sein, weil der Kampf der Sozialdemokraten im Parlament schon in den nächsten Wochen zur Auflösung des Nationalrates und zur Ausschreibung von Neuwahlen führen kann. Denn wenn eine Regierung es wagt, an den Grundlagen einer demokratischen Verfassung zu rütteln und zugleich mit heimtückischen Erpressungsanklagen, die dem Staatsanwalt zweifellos aufgetragen worden sind, lebenswichtige gewerkschaftliche Rechte anzugreifen, dann muß erst das Volk gefragt werden, ob es einem solchen reaktionären, arbeitserfeindlichen Kurs eine Mehrheit geben will, über die sie heute zweifellos nicht mehr verfügt.

Darum: Schärfste Wachsamkeit und gesteigerte Aktivität!

II.

Neben dem Kampf gegen den verschärften reaktionären Kurs der Regierung und gegen die Nachsäufung der volksfeindlichen Diktatur in Deutschland auf Österreich muß die Sorge um die Arbeitslosen

nach wie vor im Vordergrund des sozialdemokratischen Kampfes stehen. Der Kampf gegen die Aussteuerungen und gegen die Verschlechterung der Praxis der Arbeitslosenversicherung muß mit größter Entschiedenheit weitergeführt werden. Das ganze Volk hat die ungeheure Last der Verdoppelung der Warenumsatzsteuer nicht zu dem Zweck auf sich genommen, damit das System der Aussteuerungen und der übrigen Schikanen gegen die Arbeitslosen fortgesetzt werden. Schluß mit den Aussteuerungen! Kein Opfer der kapitalistischen Krise darf dem Hunger preisgegeben werden!

III.

Die furchtbare Verschärfung der Wirtschaftskrise und die wachsende Not im Lande stellt an die Gemeinden die allergrößten Anforderungen. Sie können ihren Fürsorgeverpflichtungen nicht mehr nachkommen, weil ihre Einnahmen nicht einmal mehr ausreichen, den dringendsten Bedürfnissen zu genügen. Die sieben Millionen Schilling, die die Bundesregierung für alle österreichischen Gemeinden für Fürsorgemaßnahmen für ausgeheuere Arbeitslose zur Verfügung stellt, sind nicht mehr als ein Tropfen auf einen glühenden Stein. Der Landesparteitag fordert daher

Wir werben!

Ein sehr wichtiger Beschluß des Landesparteitages über den Ausbau der Parteiorganisationen lautet:

Die Gebietsorganisationen haben die ortswisen Ergebnisse der Wahl vom 24. April 1932 mit den Parteimitgliedslisten der einzelnen Lokalorganisationen zu vergleichen, die Verhältnisziiffer festzustellen und unverzüglich dort mit Werbekartons einzusetzen, wo das Verhältnis zwischen Wähler- und Parteimitgliederzahl unbefriedigend erscheint.

Als Parole gilt: In jedem Industrieort müssen von 100 sozialdemokratischen Wählern mindestens 60, in jedem rein ländlichen Ort mindestens 50 in die Parteiorganisation gebracht werden.

Diese Aktion muß in allen Gebieten bis Ende des Jahres durchgeführt sein. Die Werbung soll von Mann zu Mann, von Frau zu Frau in mündlicher Agitation durchgeführt werden. Die Landespartei stellt den Gebietsorganisationen auf Verlangen die notwendigen Beitrittserklärungen zur Verfügung.

eine sofortige umfassende Hilfsaktion der Bundesregierung für die noleidenden Gemeinden.

Wenn auch der Bund in finanziellen Schwierigkeiten ist, so hat er infolge aneingeschränkter Steuerhoheit die Möglichkeit, seinen Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Aber den Gemeinden werden sowohl vom Bund wie vom Land Einnahmemöglichkeiten abgeschnitten. Sie müssen durch eine umfassende Sanierungsaktion wieder in die Lage versetzt werden, ihren dringendsten Verpflichtungen auf dem Gebiete der Fürsorge nachzukommen.

IV.

Aber alle Fürsorgeunterstützungsmaßnahmen können nicht ausreichen, wenn nicht Arbeit für die Arbeitslosen

geschaffen wird. Der Landesparteitag fordert ein umfassendes Arbeitsbeschaffungsprogramm, das durch Vergabe öffentlicher Arbeiten die Wirtschaft anzufurbeln versucht. Der Landesparteitag fordert aber vor allem auch, daß mit der wirtschaftsfeindlichen Zoll-, Handels- und Devisenpolitik der einseitig agrarischen Regierung Dollfuß schleunigst Schluß gemacht werde. Die sinnlosen Absperrungsmaßnahmen haben der Landwirtschaft nicht genützt und die industrielle Bevölkerung furchtbar geschädigt. Tausende Arbeiter und Angestellte in Niederösterreich büßen das Scheitern der Handelsvertragsverhandlungen mit Sowjetrußland und das böllige Chaos in den Handelsbeziehungen mit Ungarn mit hoffnungsloser Arbeitslosigkeit. Der Landesparteitag fordert die sozialdemokratischen Abgeordneten auf, mit der allergrößten Entschiedenheit gegen diese volksfeindliche Wirtschaftspolitik zu kämpfen.

Der Landesparteitag ist sich bewußt, daß jeder Kampf gegen die furchtbaren Folgen der kapitalistischen Krise nur Stückwerk bleiben muß, solange der Kapitalismus selbst nicht gestürzt werden kann. Das ist freilich in einem so kleinen und schwachen Land, wie es Österreich ist, nicht möglich, solange die kapitalistische Herrschaft in anderen Ländern weiterbesteht.

Trotz den Rückschlägen, die der Sozialismus in Deutschland infolge der Uneinigkeit der Arbeiterklasse erlitten hat, sehen die österreichischen Arbeiter kampffreudig in die Zukunft. Sie sind entschlossen, sich ihr höchstes Gut, die Einigkeit, zu bewahren und ihre Organisationen so auszubauen und so kampfbereit zu halten, daß sie nicht nur jederzeit bereit sind, den Abwehrkampf gegen Faschismus und Reaktion anzunehmen, sondern auch zum sozialistischen Angriff vorzustößen, sobald die internationale Situation den Vormarsch in der Richtung zum Sozialismus ermöglicht.

Landwirtschaftlichen

Änderungen im Landespartei-Sekretariat.

Der Reichsparteivorstand ist an den niederösterreichischen Landesparteiivorstand mit dem Ersuchen herantreten, den Genossen Hans Menzl für die burgenländische Parteiarbeit auf ein Jahr zu beurlauben. Der Landesparteiivorstand konnte dem Verlangen des Parteivorstandes entsprechen, da sich Genosse Menzl bereit erklärt, dem ihn ehrenden Ruf zu folgen. In der Sitzung des Landesparteiivorstandes vom 7. Oktober nahm Selmer und Dfenböck die Gelegenheit wahr, Menzl für seine Arbeit zu danken und ihn für die kommende Arbeit viele Erfolge zu wünschen. Am Landesparteitag nahm Braçmann als Obmann der Kontrolle die Gelegenheit wahr, Menzl besonders zu danken.

Konstituierung der Landespartei-vertretung.

Im Anschluß an den Landesparteitag konstituierte sich die Landesparteivertretung. Als Obmänner wurden Dfenböck, Scheidmahl, Stika, als Kassier Popp, Mittelbach und als Schriftführer Winkler und Hautmann gewählt. Zum Agrarreferenten der Landespartei wurde Winkler bestimmt. Die Kontrolle wählte Braçmann zu ihren Obmann.

Gegen die christlichsoziale Mißwirtschaft in Niederösterreich.

Ein wichtiger Beschluß des Landesparteitages.

Der Landesparteitag nimmt den Bericht des Klubs der sozialdemokratischen Abgeordneten im niederösterreichischen Landtag zum Inhalt zur Kenntnis und billigt die bei der Eröffnung des neuen Landtages abgegebene Erklärung.

Der Landesparteitag stellt fest, daß die christlichsoziale Partei durch mehr als zehn Jahre die Mehrheit im Landtag und in der Landesregierung hatte und als führende Partei für die traurigen Verhältnisse, in denen sich die Landesverwaltung jetzt befindet, voll und ganz allein verantwortlich ist.

Die von der christlichsozialen Partei rein parteipolitisch geführte Verwaltung, gegen die die Sozialdemokraten immer in schärfster Weise Stellung genommen haben, hat zum Ruin des Landes, zum völligen finanziellen Niederbruch geführt.

Obwohl das Land innerhalb eines Jahres mehr als zehn Millionen Schilling Schulden gemacht hat, ist es nicht in der Lage, die Gehaltszahlungen an seine Angestellten völlig zu sichern. Trotz der seit Jahren erfolgten Verwendung von fremden Geldern für Zwecke der Landesgebarung müssen die Lieferanten des Landes viele Monate auf die Bezahlung ihrer Rechnungen warten. Das Land bringt eine große Zahl von Gemeinden, über deren ordnungsmäßige Verwaltung es die Aufsicht zu führen hat, in die größten finanziellen Schwierigkeiten, weil es seit Jahren die aufgelaufenen Spitalsverpflegungskosten nicht termingemäß bezahlt. Bezirksfürsorgeärzte und Bezirksstrafenausschüsse können ihre gesetzlichen Pflichten nicht erfüllen, weil die christlichsoziale Landesverwaltung die gesetzlich geregelten Zuschüsse nicht leistet.

Das Heer der Arbeitslosen im Lande wächst von Monat zu Monat, das Land Niederösterreich aber schränkt die Straßenausbau und Flußregulierungen in einem solchen Maße ein, daß von öffentlichen Arbeiten überhaupt nicht mehr gesprochen werden kann.

Das einst reiche Land ist durch die christlichsoziale Verwaltung so tief gesunken, daß Einrichtungen, auf die die Christlichsozialen vor dem Kriege mit Stolz hinwiesen, abgebaut werden müssen. Nun soll selbst die Schule geopfert werden. Hunderte Klassen sollen trotz den bereits vorgenommenen Einschränkungen noch weiter geschlossen werden, wodurch die kulturelle Entwicklung der Jugend unseres Volkes aufs schwerste gehemmt würde.

Wohl hat auch die allgemeine Wirtschaftskrise mit all ihren Begleiterscheinungen zur Verschlechterung der Finanzlage des Landes beigetragen. Die christlichsoziale Landesverwaltung hat aber nichts getan, um die Folgen der Krise für die Bevölkerung unseres Landes und für die geregelte Fortführung der Verwaltung wenig-

stens einigermaßen abzuschwächen. Wohl ist die Finanzverwaltung sehr langsam, wenn es sich um die Eintreibung der Steuern des Großgrundbesitzes handelt, aber sie hat nichts getan, um Arbeitsmöglichkeiten für die Arbeitslosen zu schaffen.

Im Gegenteil, der christlichsoziale Landeshauptmann gestattet es, daß alljährlich Tausende von ausländischen Arbeitern von den Großgrundbesitzern trotz des Inlandsarbeiterbeschutzgesetzes eingestellt werden können.

Der Landesparteitag stellt fest, daß die Sozialdemokraten im niederösterreichischen Landtag seit Jahren immer wieder Vorschläge gemacht haben, in welchen Zweigen der Landesverwaltung ohne Schädigung der Interessen der Bevölkerung Erparungen gemacht werden können. Die christlichsoziale Mehrheit hat aber diese Vorschläge nicht beachtet und bisher eine zielbewußte und durchgreifende Reform des Verwaltungsapparates, die zu einer fühlbaren Verbilligung des Landeshaushaltes führen würde, immer verhindert.

Der Landesparteitag protestiert daher mit Entschiedenheit gegen die bereits erfolgten und noch in Aussicht genommenen Maßnahmen, durch welche die Volks- und Hauptschulen des Landes, die einzigen Bildungstätten eines großen Teiles unserer Jugend, in ihren Unterrichtsleistungen gehemmt werden können. Er fordert im Sinne des von den sozialdemokratischen Abgeordneten vorgelegten Arbeitsbeschaffungsprogrammes die Landesregierung auf, alles zu unternehmen, um die Zahl der Arbeitslosen zu verringern, was insbesondere durch die strenge Durchführung des Inlandsarbeiterbeschutzgesetzes und Ersetzung der fremden Saisonarbeiter durch Arbeitslose geschehen kann.

Damit den ärmsten Opfern der Wirtschaftskrise, den Arbeitslosen, besonders aber den Ausgesteuerten, über die schwerste Zeit hinweggeholfen und die finanzielle Grundlage dafür geschaffen werde, wird der Klub der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten beauftragt, die Gesetzgebung des von ihm im Landtag eingebrachten Entwurfes über das Winterhilfsgesetz zu betreiben und durchzusetzen.

Der Landesparteitag fordert die Parteimitglieder auf, ihre ganze Kraft einzusetzen zur Aufklärung der Wählerschaft über die das Land schädigende Tätigkeit der christlichsozialen Machthaber in der Landesverwaltung und alles vorzubereiten, damit künftige Wahlen eine Abrechnung mit dem Antimarkismus werden, der das Land zugrunde aerichtet hat.

Die Beratungen auf dem Landesparteitag.

Die Eröffnung:

Im vollbesetzten Gartenaal des Fabrikanten Arbeiterheimes tagte am Sonntag, den 9. Oktober, der Landesparteitag der sozialdemokratischen Partei in Niederösterreich. Der Saal war dicht gefüllt; 138 Delegierte und 28 Gäste nahmen daran teil.

Der Parteitag wird von Genossen Dfenböck eröffnet, der die Anwesenden begrüßt, darunter besonders die Genossen Doktor Danneberg, Kausnik und Fialla. Dann hält der Vorsitzende eine kurze Rückschau auf die Ereignisse der letzten Jahre. Er erinnert: Unerhörte Kämpfe haben sich in Niederösterreich abgespielt. Der Kampf gegen den Heimwehrfaschismus erreichte seinen Höhepunkt in dem denkwürdigen Aufmarsch in Wiener Neustadt. Dann kamen die Verfassungskämpfe, die das Land in Aufregung versetzten, und das Volksbegehren. Die Regierung Raugoin brachte das ganze Land durch ihre Waffensuche in Aufregung. Die Novemberwahlen 1930 haben diese Regierung hinweggefegt. Am 13. September des Vorjahres verurteilte die Heimwehr noch einmal ihr Glück. Dann kommt Dfenböck auf die wirtschaftliche Not der Zeit zu sprechen und sagt:

Die Gemeinden sind am Ende ihrer Kräfte.

Wenn der Staat ihnen nicht zu Hilfe kommt, und zwar sehr bald zu Hilfe kommt, wird der nächste Winter ein Winter der Panik und des Zusammenbruchs der Gemeinden sein. Wir müssen daher an eine energische Winterhilfe denken. In den Nazis ist uns ein neuer Gegner entstanden. Was sie den Leuten versprechen, ist allerdings gar nichts Neues. Jedenfalls müssen wir unseren Abwehrkampf den Kampfsmitteln des Gegners anpassen. Dann werden wir diesen Gegner ebenso schlagen, wie wir andere Gegner des Proletariats, die sich die Mäste der Arbeiterfreundlichkeit vorzunehmen anmaßten, geschlagen haben. (Lebhafte Beifall.)

Konstituierung des Landesparteitages.

Genosse Menzl schlägt für die Wahl in das Präsidium des Parteitages die Genossen Dfenböck, Schneidmahl, Etida und die Genossin Graf vor. Zu Schriftführern werden vorgeschlagen die Genossin Graf (Neunkirchen), Bergauer, Sulzbacher und Kamminger. Der Parteitag nimmt diesen Vorschlag an. In die Mandatsprüfungskommission und Wahlkommission werden entsendet: die Genossen Lutz, Straßer, Kamminger, Pezider, Wondrats, Pant, Dr. Tschadert, Herz, Dittelbach und die Genossin Wamec. In das Statuten- und Antragsprüfungskomitee werden gewählt: Pauphill, Pfeffer, Kamminger, Böhm, Linsbauer, Winkler, Etida, Pösch, Selmer, Popp und die Genossin Welsch.

Dank und Gedenken.

Nach der Wahl des Präsidiums und des Büros des Parteitages nimmt der Vorsitzende, Genosse Dfenböck, nochmals das Wort. Er gedenkt der vielen hundert Parteigenossen, die nach treuer vieljähriger Parteiarbeit der Partei durch den Tod entzogen worden sind. Ihnen allen schuldet die Partei Dank und ehrendes Gedenken.

Er erinnert an den Märtyrertod des Genossen Bernhard, der am 12. November 1929 in Kapelebsdorf von Heimweherschützen ermordet worden ist. Die Wiener-Neustädter Parteiorganisation verlor auch den Genossen Franz Mahringer, der Bezirk Spang trauert um den unerlöschlichen Genossen Karl Müller. Die Bezirksorganisation Wiener Neustadt verlor mit dem Genossen Franz Kuberer, der Bürgermeister von Waldburg war, eines ihrer tätigsten Mitglieder. Am 21. April erlag Genosse Karl Schaffhauser in Kiefing dem Dolchstoß eines Salentreuzmörders. Die Bezirksorganisation Neunkirchen trauert um den Heimgang des Genossen Wögerer (Semmering). Die Gedenkrede des Vorsitzenden wird vom Parteitag stehend und voll Trauer angehört.

In die Beratungen eingehend, erhält als erster der Vertreter des Reichsparteivorstandes, Genosse Dr. Danneberg, das Wort. Danneberg begrüßt den Parteitag im Namen der Reichsparteiorganisation und gibt anschließend in einem ausgezeichneten Referat Auskunft über die wirtschaftliche und politische Situation in Österreich. Wir geben diese bedeutungsvolle Rede des Genossen Danneberg in ihren wichtigsten Teilen auf der Titelseite unseres Blattes wieder.

Nach der mit großem Beifall aufgenommenen Rede des Genossen Danneberg ergriffte sofort Genosse Pehnek sein Referat über unseren Kampf im niederösterreichischen Landtag. Diese ausgezeichnete und sehr inhaltsreiche Anlagerede des Genossen Pehnek und die von ihm beantragte Resolution geben wir an besonderer Stelle wieder.

Während der Rede Pehneks war der Nationalratspräsident Genosse Dr. Renner als Gast im Saal erschienen und wurde vom Parteitag lebhaft begrüßt.

Den Reden Dannebergs und Pehneks folgte nun eine mehrstündige Diskussion, bei der bis ins Detail hinein mit Leidenschaft und Sachkunde alle die vielverzweigten Probleme besprochen wurden, denen unsere Partei auf dem Lande gegenübersteht. Alle Fragen der Landwirtschaft, des Kleinbauernwesens, die Gemeindeorgane, Schulfragen, Bildungsfragen, die Angelegenheiten der Verwaltung, der Polizei, Justiz, Finanzen, immer wieder aber und bei allen Rednern in erster Linie die Sorge um die Arbeitslosen, wurden in den Ausführungen der Redner aufs gründlichste erörtert. Bemerkenswert war namentlich eine von Püchler (Wiener

Neustadt) beantragte Resolution folgenden Inhaltes:

Der Landesparteitag beauftragt die Landtagsfraktion, den begonnenen Kampf um ein Notopfer für die ausgebeuteten Arbeitslosen des Landes fortzusetzen. Das bereits im Landtag eingebrachte Winterhilfsgesetz, durch das allein die Durchführung der Winterhilfsaktion gesichert werden kann, muß ehestens beschlossen werden. Zu diesem Zweck ist die sofortige Einberufung des Landtages zu fordern.

Von den vielen Debatterednern wollen wir die wichtigsten Ausführungen auszugsweise wiedergeben.

Die Geduld des Volkes ist zu Ende.

Kieslinger (Berndorf) führte aus: „Die Landesorganisation muß mit aller Schärfe gegen die Anwendung des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes Stellung nehmen. Die Regierung will die Arbeiterkraft offenbar mit vormärzlichen Mitteln in ihrem Kampf behindern. Wir Sozialdemokraten dürfen nicht rütteln lassen an den Rechten, die nach langen schweren Kämpfen errungen worden sind. Vor allem darf unser Kampf für die unschuldigen Opfer der Wirtschaftskrise, für die Arbeitslosen, und insbesondere für die Ausgebeuteten, nicht erlahmen. Wir müssen heute mit 200.000 Ausgebeutete in Österreich rechnen, ohne die Familien der Ausgebeuteten. Die Gemeinden sollen nach den letzten Beschlüssen für die Arbeitslosenfürsorge sieben Millionen Schilling bekommen. Dieser Betrag ist, wie wir alle wissen, viel zu gering. Trotzdem müssen wir befürchten, daß die Zuweisung der Beträge an die Gemeinden an Bedingungen geknüpft wird, die sie nicht einhalten können werden. Wir wissen, wie es in unseren Industriegemeinden jetzt aussieht. Die Einnahmen der Industriegemeinden haben vielfach fast ganz aufgehört. Wo die Industrien still liegen, wird keine Fürsorgeabgabe bezahlt, die früher den Gemeinden überhaupt erst eine geordnete Wirtschaft ermöglicht hat. Ich möchte ein Beispiel anführen: In einem großen Industrieort wurden fünf leitende Beamte abgebaut. Die Gemeinde verliert dadurch an Fürsorgeabgabe nicht weniger als 10.000 Schilling jährlich. Der gewaltige Rückgang an Einnahmen setzt die Gemeinde außer Stande, ihre primitivsten Pflichten zu erfüllen. Selbst sozialdemokratisch verwaltete Gemeinden müssen zu Mitteln greifen, die sie in trassen Gegenlag zu ihrer grundsätzlichen

Einstellung führen. Der sozialdemokratische Aufbau, der in vielen Gemeinden so erfolgreich begonnen wurde, ist dadurch schwer gefährdet. Die Zuschläge zu den Grund- und Gebäudesteuern werden tatsächlich nur zum geringen Teil eingenommen. Die neuerliche Erhöhung der Warenumsatzsteuer hat ein weiteres Sinken des Verbrauches zur Folge. Die Beschäftigten machen weniger Umsatz und dadurch sinken wieder die Einnahmen der Gemeinde. Auch die Bezirksfürsorgegeräte sind schwer verschuldet. Es ist gar keine Rede davon, daß sie diese Schulden zahlen könnten. Das Land vernachlässigt auch seine Verpflichtungen ihnen gegenüber. Das wirkt sich auch schon im Gesundheitszustand der Bevölkerung aus. In der letzten Zeit haben Erhebungen über die Gesundheitsverhältnisse ergeben, daß die Kinder in einzelnen Industriegemeinden weit weniger wiegen, als sie in ihrem Alter wiegen sollten. In Berndorf zum Beispiel sind 65 Prozent der Kinder untergewichtig. Neun- bis Zehnjährige wiegen um 7 bis 8 Kilo weniger, als sie wiegen sollten. Vor allem sind die Kinder Arbeitsloser und Ausgebeuteter vielfach schwer unterernährt. Wir müssen daher fordern, daß mit allen Mitteln versucht wird, die Jugend über diese Zeit hinwegzubringen, wenn man ihr schon keine Arbeit verschaffen kann. Wenn wir heute hier in diesem Sinne eine Resolution fassen, so müssen Sie, Genossen und Genossinnen, draußen in den Orten alles daransetzen, daß unsere Beschlüsse lebendig und zur Massenforderung werden. Die Regierung muß wissen, daß die Geduld des Volkes zu Ende ist. Darum auf nach diesem Parteitag zur eifrigsten Arbeit, es stehen Neuwahlen vor der Tür und Sie müssen uns einen Sieg bringen.“ (Lebhafte Beifall.)

Zuerst Sicherung der Winterhilfe, dann erst alles andere.

Püchler (Wiener Neustadt) bemerkt zu seinem Antrag: „Die XXVIII. Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz hat in Niederösterreich große Erregung hervorgerufen, weil sie den Arbeitslosen eine weitere Verschlechterung bringt. Ich will aber vor allem von der Notwendigkeit sprechen, daß den Opfern der Krise wie im Vorjahr auch im heurigen Winter geholfen wird, damit sie wieder über die schlechte Jahreszeit hinwegkommen. Im vorigen Jahr um diese Zeit war die Hilfsaktion schon im Gang. Seuer lassen sich die Bürgerlichen Zeit, trotz unserem Drängen. Im vorigen Jahre haben wir in Wiener Neustadt 120.000 S von der Bevölkerung für die Winterhilfsaktion aufgebracht. Die Sachleistungen einschließlich der Hilfe zusammen ergaben weitere 75.000 S. Seuer wird es noch viel schwerer sein, die erforderlichen Mittel für die Winterhilfe aufzutreiben. Leute, die voriges Jahr unter den Spendern waren, kommen jetzt zur Gemeinde und bitten selbst um Hilfe. Es müßte aber nicht so sein, daß die Winterhilfe auf bloße Warmherzigkeit aufgebaut wird. In Kärnten gibt es ein Landesgesetz, mit welchem schon im vorigen Jahre die Winterhilfe in zwei Kärntner Städten planmäßig organisiert worden ist. Seuer wird sie in vielen kärntnerischen Gemeinden auf dieselbe Weise gesetzlich organisiert werden und die Bundesregierung hat diesem Plane bereits zugestimmt. Die Kärntner Christlichsozialen scheinen aus anderem Holz geschnitten zu sein als unsere niederösterreichischen Christlichsozialen. Hier in Niederösterreich

haben die Christlichsozialen vor den Aprilwahlen dem Plan einer organisierten Winterhilfe zugestimmt. Raum waren die Wahlen vorüber, begannen sie dieses Versprechen zu verleugnen. Jetzt sind sie wirklich so weit, daß sie den Sozialdemokraten wegen des Planes der Winterhilfe mit offenem Sohn entgegen treten. Sie behaupten, ein solches Gesetz würde den Gewerbebetrieb ruinieren. Bei dieser Sachlage können wir nicht müßig bleiben. Die Hilfe für die hungernden Kinder, für die Arbeitslosen und für die Ausgebeuteten, sie ist jetzt das Allerwichtigste. Für sie zu sorgen, muß die wichtigste Sorge der Partei sein. (Lebhafte, allgemeiner Beifall.)

Das Essen muß her!

Sie wissen, ich hatte in der letzten Zeit Gelegenheit, ein strenges Seminar kennen zu lernen. (Lebhafte Heiterkeit.) Ich weiß jetzt, wie es den Häftlingen im Gefängnis geht. Da kann ich Ihnen nur sagen: Wenn alle Österreicher so essen, schlafen und wohnen könnten wie die Häftlinge im Wiener-Neustädter Kreisgericht, dann wäre die soziale Frage gelöst. Behnntausenden geht es weitaus schlechter, sie würden sich glücklich schätzen, wenn sie nur einen Teil der Häftlingsmahlzeit bekämen. Wir Sozialdemokraten müssen erreichen, daß die ganzen finanziellen Schwierigkeiten des Landes Niederösterreich dabei nicht in die Waagschale fallen. Ich bitte Sie daher, meinem Antrag zuzustimmen und im Landtag mit aller Kraft dafür einzutreten, daß die Winterhilfe schleunigst organisiert wird.“ (Lebhafte Beifall.)

Für die Kleinbauern und Landarbeiter.

Mentasti (Soos): „Entscheidend muß für uns sein, daß wir Sozialdemokraten von den Wählern, die bei den letzten Wahlen von der christlichsozialen Partei abgefallen sind, keine neuen Wähler gewonnen haben. Die Wähler, welche den Christlichsozialen die Gefolgschaft verweigerten, sind zu den Nazi gegangen. In der letzten Zeit sehen wir, daß die österreichischen Nazi sehr bald für die Christlichsozialen koalitionsfähig sein werden. Dann wäre die bürgerliche Mehrheit eben in anderer Form wieder da. Es muß unsere Hauptaufgabe sein, wieder neue Anhänger für unsere Partei zu werben. Ich glaube, daß das Reservoir an Leuten, die

ihrer Wirtschaftslage nach zu uns gehören, noch lange nicht erschöpft ist. Es ist meine Aufgabe, den Landesparteitag auf die Wichtigkeit der Werbung auf dem Lande eindringlich aufmerksam zu machen. Die Bauernkammer von Niederösterreich hat am vorigen Donnerstag der Regierung Dankschreiben geschrieben. Wir Sozialdemokraten müssen eine scharfe Unterscheidung machen zwischen dem Kleinbäuerlichen und dem großbäuerlichen Grundbesitz. Ich habe schon in der Bauernkammer darauf hingewiesen, welche Folgen gerade die neuerliche Erhöhung der Warenumsatzsteuer für den Kleinbauern hat. Wenn wir einen Kampf für

die Arbeitslosen führen, müssen wir immer wieder darauf dringen, daß die Landarbeiter nicht von der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen bleiben. Wenn ein Landarbeiter arbeitslos wird, wird er gleichzeitig auch noch obdachlos. Das Glend ist dann unbeschreiblich. Wie viele Bauernsöhne und Bauerntöchter bekommen deshalb keine Unterstützung, weil der Vater eine kleine Zergwirtschaft hat. Auch für diese Leute müssen wir Hilfe fordern, denn von den Christlichsozialen haben sie keine Hilfe zu erwarten, wenn sie ihnen auch die Stimme geben. Denken Sie nur daran, wie es bei der Zuckersteuer war: Die Großgrundbesitzer haben viele tausende Schilling bar erhalten, obwohl sie riesige Steuerrückstände haben. Den Kleinbauern hat man 70 oder 140 S für die Steuern gutgeschrieben, das war alles. Die Verschuldung der Kleinbauern am Land nimmt immer mehr zu. Deshalb müssen wir trachten, in der Bauernkammer Einfluß zu gewinnen. Es ist ja kein Wunder, daß wir bei den letzten Bauernkammerwahlen nur 10.500 Stimmen bekommen haben. Bedenken Sie doch, nach welchem Wahlrecht in die Bauernkammer gewählt wird und welche Methoden bei diesen Wahlen angewendet werden. Durch dieses Wahlrecht werden 20.000 kleine Grundbesitzer von der Wahl zur Bauernkammer ausgeschlossen. Die Christlichsozialen verweigern ihnen das Wahlrecht, damit sie nicht sozialdemokratisch wählen können. Wir müssen deshalb trachten, diesen rechtlosen Kleinbauern das Wahlrecht zu erkämpfen. Aber auch die Personalwirtschaft in der Bauernkammer fordert zur schärfsten Kritik heraus. Der Herr Reither hat in der Bauernkammer darauf verwiesen, daß in Niederösterreich große Unruhe herrscht. Unter dem Beifall vieler seiner christlichsozialen Parteigenossen hatte er erklärt, durch

die allgemeine Wehrpflicht

könnte da Hilfe geschaffen werden. Aber eine solche Erscheinung dürfen wir Sozialdemokraten nicht hinweggeben. Wenn die Leute Brot und Verdienst hätten, gäbe es auch keine Unruhe. Am Land ließe sich schon noch Arbeit schaffen. Eine Voraussetzung dafür wäre, daß endlich mit der Bodenreform ernst gemacht wird. Schließlich müßte auch in der Frage der ausländischen Wanderarbeiter dem Standpunkt der Sozialdemokraten Rechnung getragen werden. In einer Zeit, in der so viele Tausende heimische Landarbeiter arbeitslos sind, dürfen die landwirtschaftlichen Arbeitsplätze nicht den ausländischen Landarbeitern überlassen werden.“ (Allgemeiner Beifall.)

Schneeberger (St. Pölten) berichtet sodann über die Lage der Landarbeiter. Besonders schlecht geht es den bäuerlichen Dienstboten, die jeder Willkür ausgeliefert sind. Nicht einmal die Kündigungszeiten werden ihnen eingehalten. Sie werden in niedrigeren Lohnklassen verschickt, als es ihnen zuzume. Die Partei sollte sich auch dieser armen Landproletarier erinnern.

Die Not der Gemeinden.

Schneidmahl (St. Pölten) führt aus: „Die Not der Gemeinden ist nicht erst von heute. Die Gemeinden wurden bei der Abgabenteilung stets vernachlässigt. Man hat keine Rücksicht auf die ständig wachsenden Aufgaben der Gemeinden genommen. Dabei wurden ihnen immer neue Lasten auferlegt. Das Finanzverfassungsgesetz bestimmt wohl, daß keine neue Belastung ohne Bedenkung auferlegt werden dürfe, aber in der Praxis hat man sich nicht darum gekümmert. Das Kleinrentnerfürsorgegesetz belastet die niederösterreichischen Gemeinden mit 500.000 Schilling jährlich, ohne ihnen einen Ausgleich dafür zu gewähren. Eine andere schwere Belastung ist das Hauptschulgesetz. Sojehr die Errichtung von Hauptschulen, die Neueinrichtung von Bildungsmöglichkeiten zu begründen ist, so schädlich wirkte das Gesetz mit Rücksicht auf die schwere Belastung der Gemeinden, die bei Errichtung einer Hauptschule durch vier Jahre die Gehälter der Lehrpersonen zahlen müssen, ohne eine Entschädigung des Landes. Es wurde angeregt, Hauptschulsprengel einzurichten, aber die Agrarier haben das durch ihren Widerstand verhindert. So erwachsen den Gemeinden pro Jahr und Hauptschule Ausgaben von 16.000 bis 24.000 Schilling. Dazu kommt noch die Schulklassenabgabe an das Land, die 1932 1.800.000 Schilling dem Land eingebracht hat. Wenn die Gemeinde dem Land irgend eine Zahlung schuldig bleibt, so hält das Land sich an den Ertragsanteilen der Gemeinde schadlos. Umgekehrt bleibt das Land seit Beginn der Krise seinen gesetzlichen Beitrag zu den uneinbringlichen Verpflichtungen schuldig, was bei einzelnen Gemeinden bis zu 160.000 Schilling beträgt. Dadurch kommt der ganze Gemeindehaushalt in Schwierigkeiten. Die ganze Verwaltung wird verteuert. Die Gemeinden können ja

ihre Lieferanten nicht bezahlen und sind so gezwungen, Preise zu bewilligen, die wesentlich höher als notwendig sind, weil sie schon das Risiko der verspäteten Zahlung beinhalten. Jugend- und Armenfürsorge, beides Landesache, werden immer mehr eingeschränkt, werden ebenfalls den Gemeinden gesteigerte Ausgaben erzwungen, um so mehr, als die Zahl der Bedürftigen immer größer wird. Dabei besteht im Land die Absicht, den Gemeinden immer noch mehr zu nehmen. Im Jahre 1928 wollte das Land den Gemeinden einen außerordentlichen Beitrag von 2.000.000 Schilling auferlegen. Dank dem Widerstand der Sozialdemokraten wurde davon Abstand genommen. Aber diese Absichten bestehen weiter. Man trägt sich im Land mit der Absicht, den Stromsteueranteil der Gemeinden zu verringern. Auch den erhöhten Anteil an der Fürsorgeabgabe, der den Gemeinden mit über 5000 Einwohnern mit Recht zusteht, will man kürzen. Dabei sind die Gemeinden vor allem die Opfer der Zusammenbruchskrise. Wie oft wird in einer Gemeinde der einzige Betrieb stillgelegt und die Gemeinde dadurch ein Opfer der Krise. Im Land oder im Bund ist doch ein Ausgleich möglich. In der Gemeinde aber ist dieser Ausgleich unmöglich. Dazu ist der Zinsfuß, den die Gemeinden für ihre Darlehen zahlen müssen, höher als vor dem Krieg. So kommt es zu einer Katastrophe im Haushalt der Gemeinden. Dabei ist die Verschuldung niedriger als vor dem Krieg. Sie beträgt im ganzen 160 Millionen Schilling, das ist durchaus nicht zuviel oder das Zeichen einer Miswirtschaft. Aber gegenwärtig ist diese Verschuldung infolge der hohen Verzinsung untragbar. Nur kurz seien die Hilfsmöglichkeiten geschildert. Es muß eine Entschuldigungsaktion unter Mitwirkung des Landes, des Bundes und der Hypothekarankassen stattfinden, wobei eine Umwandlung der hochverzinslichen, kurzfristigen Kredite in niedriger verzinsliche, langfristige zu erfolgen hätte. Ich weiß, daß gegenwärtig nicht die Zeit für eine Änderung der Abgabenteilung gegeben ist. Aber der Haushalt der Gemeinden darf nicht in Schwierigkeiten kommen. Die Volkszählung des Jahres 1930 ist wegen der Wirtschaftskrise unterblieben. Das ist ein schwerer Schaden für die Gemeinden, deren Bevölkerung gestiegen ist. Die Stadt St. Pölten erleidet dadurch einen Schaden von 60.000 Schilling jährlich. Das ist für eine Gemeinde schon ein sehr großer Betrag. Das Land muß seinen Verpflichtungen gegen die Gemeinden hinlänglich nachkommen. Die Gemeinden werden das Land, wenn es seinen Verpflichtungen auch weiter nicht nachkommt, klagen." (Beifall.)

Für die Schaffung einer Zentralstelle für Ländere- und Gemeindepolitik.

Dittelbach (Gloggnitz): „Genosse Schneidmahl hat die Not der Gemeinden so eingehend geschildert, daß seinen Ausführungen nichts mehr hinzuzufügen ist. Ich will mich daher mit den Hilfsmöglichkeiten beschäftigen. Wir haben den Städtebund und den Gemeindeverband. Beide haben manches geleistet. Aber die Gemeinden haben keine eigene Presse. Es sind große Versäumnisse geschehen. Das Bauwesen zum Beispiel ist von den Gemeinden negiert worden. Ich stelle daher den Antrag:

Der niederösterreichische Landesparteitag beschließt, mit der Forderung an den Reichsparteivorstand heranzutreten, daß er eine Zentralstelle für Ländere- und Gemeindepolitik schafft, die die Aufgabe hat, einerseits die Beratung der Genossen in den Ländern zwecks einer einheitlichen Landespolitik, andererseits die Interessenvertretung der Gemeinden zu übernehmen.

Ein Ereignis der letzten Zeit erfüllt uns mit großer Besorgnis. Genosse Dr. Danneberg übernimmt das Finanzreferat von Wien. Wir verlieren dadurch den besten Kenner der Gemeindefragen im Nationalrat. Auch aus diesem Grund ist mein Antrag wichtig. Die Personalbehandlung der Gemeinden ist durchaus verschieden und uneinheitlich. Bei einheitlicher Festlegung der Gemeindefragen wäre das unmöglich. Die Lage der Gemeinden ist eine Staatsfrage. Ich bitte daher um Annahme meines Antrages.

Für die Jugend.

Kauscher führt aus: Die niederösterreichische Landesjugendstelle beweist, daß man auf die Jugend nicht vergessen hat. Wir werden für Niederösterreich dieselben Forderungen erheben, wie die Jungfront sie für Wien erhoben hat, aber um die für Niederösterreich speziellen Forderungen ergänzt. Wir verlangen Schutz für jugendliche Landarbeiter und Kleinbauernjöhne. Die Jugend leidet unter der Krise besonders. Sie braucht Schulen, Bibliotheken, Diskussionen. Wir bitten Sie um Ihre Unterstützung für die Jugend.

Die Wahrheit ins Land.

Nationalrat Kösch sagt: Schneidmahl hat die Rücksichtslosigkeit der Landesregierung gegen die Gemeinden gezeigt. Das entspricht völlig den Tatsachen. Stöckerau zum Beispiel ist dem Land einen Betrag von 3200 S für Gas- und Stromabgabe schuldig gewesen. Die Landesregierung hat diesen Betrag von den Steuerertragsanteilen abgezogen. Dieselbe Landesregierung aber schuldet der Stadt Stöckerau 8500 S für uneinbringliche Verpflegskosten, die trotz aller Mahnungen nicht bezahlt werden. Genosse Reznek hat den Schleier von der Miswirtschaft im Lande Niederösterreich weggehoben und uns die nackte Wirklichkeit gezeigt. Es ist gewissermaßen mit der Uhr in der Hand der Zeitpunkt festzustellen, an dem der Zusammenbruch der Landesfinanzen eintreten muß. Wenn ein sozialdemokratischer Bürgermeister so wirtschaften würde, würde der Staatsanwalt eingreifen. Es genügt nicht, die Rede Rezneks durch die Parteiblätter zu verbreiten, sie muß noch mehr verbreitet werden. Die Landbevölkerung muß einen Einblick in diese Dinge bekommen. Ich stelle deshalb folgenden Antrag:

Der Landesparteiobstand wird aufgefordert, das Referat des Genossen Reznek auszuweisen in Form einer Flugschrift herauszugeben, um auch der Landbevölkerung die Möglichkeit zu geben, einen klaren Einblick in die christlichsoziale Miswirtschaft in der niederösterreichischen Landesverwaltung zu gewinnen.

Gegen den Faschismus.

Dr. Ischahof: Genosse Danneberg hat festgestellt, daß der Bürgerblock zerfallen ist. Die christlichsoziale Partei hat am 24. April eine schwere Niederlage erlitten. Die Nazi haben sich ihre Stimmen fast ausschließlich auf Kosten der städtischen Christlichsozialen geholt. Diese Entwicklung geht immer weiter. Das Wahlergebnis von Bruck zeigt eine Dezimierung der Christlichsozialen. Dadurch wird eine innere Umgestaltung der Christlichsozialen vor sich gehen. Der städtische Flügel hat in dieser Partei geherrscht. Nach der Niederlage wird eine Wendung eintreten. Die großagrarisches Politik ist vorerst richtungslos. Aber mit der Zeit wird schon eine Änderung eintreten. Auch die Neuwahlen werden eine Änderung der Lage mit sich bringen. Nach dem voraussichtlichen Ergebnis wird es dann für die Christlichsozialen nur möglich sein, mit den Sozialdemokraten oder mit den Safenkreuzlern zu regieren. Die Nazi führen also zu einem Zusammenarbeiten der Arbeiter und Bauern. Das allerdings wird nur eintreten, wenn unsere Macht unangetastet bleibt. Wir haben bei den letzten Wahlen da und dort kleine Einbußen erlitten. Es ist unsere Aufgabe, die Arbeiterschaft vom Faschismus freizubehalten. Das ist schwer bei den Arbeitslosen und Ausgesteuerten. Die Winterhilfe wird in der vorjährigen Form unmöglich sein. Im Bruderbezirk haben Bürger und Bauern erklärt, daß sie sich an einer Winterhilfe im vorjährigen Umfang nicht beteiligen werden. Die Gemeinden haben kein Geld dafür, die Fürsorgegeräte auch nicht. Daher ist der Antrag Büchlers zu begrüßen. Wir müssen die Partei stark erhalten. Genosse Reznek hat über die Mängel der Verwaltung gesprochen. Das ist richtig. Es gibt viel Unnötiges, das abgeschafft werden sollte. Die Vertrauensmänner Wiens haben gestern gegen die Übergriffe und gegen die parteiische Einstellung der Polizei protestiert. Auch wir müssen gegen die Übergriffe der Gendarmerie, dort wo sie vorgekommen sind, schärfstens protestieren. Die Ereignisse von Bruck hätten einen furchtbaren Umfang annehmen können. Die Konzeptbeamten sind schuld. Und wenn die Partei sich über einen Beamten beschwert, so wird er von der Regierung befördert. Hunger und ungleiches Recht kann die Arbeiterschaft nicht ertragen. Wir brauchen Arbeit und Fürsorge."

Gegen die Einführung des Zölibats.

Marie Hautmann: „Das Land spart, indem es zuerst Schulen abbaut. Besonders gegen die Lehrerinnen geht es los; vor allem aber gegen die verheirateten. Wir wollen, daß Lehrerinnen und überhaupt alle weiblichen Angestellten nicht schlechter behandelt werden sollen, als die Männer. In Europa gibt es 18 Millionen Frauen mehr als Männer. Eine Versorgung der Frau durch die Ehe ist also nicht möglich. Auch die hauswirtschaftlichen Berufe sind überfüllt. Frauen werden aus den Fabriken hinausgedrängt. Früher hat man für niedrig bezahlte Hilfsarbeiten Frauen verwendet. Heute sind für diese Hilfsarbeiten qualifizierte männliche Arbeiter vorhanden. Die Frauen ersuchen die Genossen, sich auf den Standpunkt zu stellen, daß Frauen nicht schlechter behandelt werden dürfen als Männer. Auch Männer haben sich durch die Ehe versorgt. Sie haben Bauerntöchter, Realitätenbesitzerinnen oder Geschäftsfrauen geheiratet. Aber der Abbau soll diese verschonen und auf Kosten der Lehrerinnen und der Schule geschehen. Viele Frauen sind Familienerhalter. Die soziale Lage muß in jedem einzelnen Falle geprüft werden. Zuerst muß ein freiwilliger Abbau

ausgeschrieen werden. Frauen dürfen nicht wahl- und ziellos durch Männer ersetzt werden. Nur individuell kann abgebaut werden."

Helft den Arbeitslosen.

Sulzbacher: Die Pöbster Arbeiter fordern, daß die Partei sich für die Arbeitslosen einsetze. Da die Resolution diesen Forderungen genügt, haben wir unseren Antrag zurückgezogen. Auch die Parteipresse muß diesen Kampf entsprechend unterstützen. Man hat nicht nur mit parlamentarischen Mitteln für die Arbeitslosen zu kämpfen. Die Gewerkschaften haben früher, zur Zeit des Genossen Domes, viel mehr gemacht. Der Kampf für die Arbeitslosen ist auch gleichzeitig ein Kampf für die Arbeiter, die noch im Betrieb stehen.

Für die Forstarbeiter.

Widmayer (Landarbeiterverband) sagt: Die Lage der Landesfinanzen ist schlecht. Die Genossen in der Landesregierung bemühen sich, aber es fehlt die Verständigung. Die Schwarzen bringen soviel als möglich in die Landesregierung. Dort haben sie die Mehrheit und außerdem sind die Verhandlungen geheim. Die Arbeiter wissen nicht, was dort vorgeht. Aber die Vertraulichkeit gilt nicht für die Nazi. In der »Döb« steht alles, was vorgegangen ist, wobei alles angeblich der Leopold gemacht hat. Unseren Genossen ist es gelungen, einige Klassen zu retten. Das hat nach der Darstellung der »Döb« der Leopold erreicht. Die Bauern sind gegen den Schulabbau. Der »Bauernbündler« tut so, als ob wir die Schuld daran hätten, während in Wirklichkeit die Christlichsozialen die Urheber sind. Die arbeitslosen Forstarbeiter müssen nach der XXVII. Novelle des Arbeitslosenversicherungsgesetzes eine Unterstützung bekommen. Dieser Erfolg unserer Genossen wird aber dadurch in Frage gestellt, daß die Landesregierung, welche die Unterstützung auszahlen soll, die arbeitslosen Forstarbeiter zwei bis drei Monate warten läßt. Wobon sie in der Zwischenzeit leben sollen, kümmert die Christlichsozialen nichts. Das ist ein Skandal. Wenn die Landesregierung unpfifflisch ist, muß eben jemand anderer auszahlen. Die Landespresse muß sich mehr mit den Landesverhältnissen befassen. Sie muß auch mehr die Demagogie und die Unwissenheit der Nazi aufzeigen. Auch eine Reduktion der Landesregierung ist notwendig. Fünf Mitglieder würden genügen. Auch dadurch wäre eine Ersparnis möglich."

Gruß der Wiener.

Nationalrat Pölzer begrüßt den Parteitag für den Wiener Vorstand und sagt: „Tausend gemeinsame Dinge verbinden uns noch. Sie haben eine viel schwierigere Arbeit als wir. Auch die Krise ist in Niederösterreich stärker als in Wien. Wir haben wohl eine getrennte Organisation, aber denselben Kampf. Wir wünschen ihren Beratungen besten Erfolg." (Beifall.)

Die Abstimmung.

Reznek führte aus: „Die Debatte hat eine einheitliche Auffassung der Delegierten mit dem Landtagsklub und der Landesparteivertretung ergeben. Die Debatte hat manche Wunde geheilt. Wir müssen auch gegen die Safenkreuzler kämpfen. Wir müssen mit neuen Methoden, aber mit der alten Schärfe und der alten Begeisterung kämpfen."

Der Antrag Kösch wird dem Landesparteiobstand zugewiesen, der Antrag Dittelbach der Reichsparteivertretung. Ein Antrag des Gebietes Wachau, in Krens einen Jugendtag abzuhalten, wird ebenfalls der Landespartei zugewiesen. Alle anderen Anträge werden einstimmig angenommen.

Organisationsfragen.

Nun kommt der 4. Punkt der Tagesordnung, „Statutenänderung“, zur Verhandlung. Die Verhandlung wurde eingeleitet von Genossen Popp: „Die grundsätzlichen Beschlüsse wurden schon auf der Landeskonferenz im Jänner dieses Jahres gefaßt. Sie gehen davon aus, schwächere Organisationen zusammenzulegen, um sie zu stärken. Gerade zur Zeit der vielen Arbeitslosenmarken ist das besonders notwendig." Popp bespricht sodann die Einzelheiten der Statutenänderungen und schließt: „Wir müssen dem toten Buchstaben lebendigen Geist einhauchen. Die Jugend, die Frauen, das sind die besonders wichtigen Probleme. Nicht theoretisieren wollen wir, sondern handeln. Wir wollen zur Tat schreiben. Aktivität sei unser Ziel." Die Statutenänderungen werden einstimmig angenommen.

Sodann kommt der Punkt 2 der Tagesordnung zur Verhandlung. Den

Sekretariatsbericht.

erstattet Genosse Menzl, der sich mit der Reorganisation und den notwendigen Werbearbeiten beschäftigt. Den Passenberichterstattung Genosse Popp. Er stellt fest, daß die Einnahmen der Landespartei infolge der vielen Freimarken stark zurückgegangen sind. Größte Sparmaßnahme ist notwendig. Auch die Mandatare wurden entsprechend zur Unterstützung der Partei heran-

gezogen. Wir müssen sparen. Für den Kampf gehört Geld." Für die Kontrolle berichtet Brachmann: „Wir haben wiederholt die Bücher und Belege überprüft und in bester Ordnung befunden. Ich beantrage daher, dem Ausschuss die Entlastung zu erteilen und den Angestellten den Dank auszusprechen, besonders dem Genossen Menzl, der die Organisation Niederösterreichs verläßt, um der Partei an anderer Stelle zu dienen." Die Delegierten bereiten Genossen Menzl eine stürmische Kundgebung. Für die Frauenbewegung berichtet Genossin Posternack. Sie erzählt von dem großen Aufschwung des Frauentages in Niederösterreich und von den erfolgreichen Werbungen mit Hilfe der Wiener Jungfront.

In der

Debatte

spricht als erster Genosse Büchler: „Wir wissen, was die Partei braucht. Es ist viel geschehen, aber noch immer viel zu wenig. Auf die Gegner müssen wir schauen! Die ostmärkischen Sturmtrupps haben ein gutes Programm und viele Betreuer in den Geistlichen und Kooperatoren. Das müssen auch wir so ähnlich machen. Es stehen noch viel zuviel Jugendliche außerhalb der Partei. Wir haben eine Landesstelle des ASÖ. Die muß aktiviert werden. Es muß der Sport mehr als bisher in den Dienst unserer Sache gestellt werden. Die natürliche Freude der Jugend am Sport muß gefördert werden. Viele Genossen sind noch dagegen. Ich stelle folgenden Antrag:

Alle sozialdemokratischen Funktionäre in den öffentlichen Körperschaften werden verpflichtet, die Arbeiterbewegung mehr als bisher zu beachten und zu unterstützen. Den Arbeitersport zu betreiben und für die Verbände, die im niederösterreichischen Landesrat des ASÖ organisiert sind, zu werben, ist Pflicht jedes Vertrauensmannes. Arbeitersport ist Volkssport. Wir kämpfen für das Volk, und darum alle Kraft für unsere Jugend, die nicht nur im Geiste, sondern auch körperlich geschult werden muß. Und das geschieht in den Verbänden des Arbeitersports Niederösterreichs."

Wir sehen, was Schleicher in Deutschland macht. Wir dürfen nicht müßig bleiben, sondern müssen aus dem großen Reservoir der Jugend schöpfen."

Göth (Wuman): „Die Zahl der SAJ-Gruppen ist bedeutend gestiegen, aber die Zahl der Mitglieder gefallen. Es gibt noch immer hunderte Lokalorganisationen ohne Jugendgruppe. Die Zahl der bei der SAJ organisierten Jugendlichen ist bescheiden. Freilich gibt es daneben auch Jugendliche in den Turn- und Sportvereinen. Aber wir brauchen politisch geschulte Jugendliche als Nachwuchs für die Vertrauensmänner und für die Lokalorganisationen. Die Stellen für Jugendarbeit allein genügen nicht; sie müssen auch funktionieren."

Rohberger (St. Pölten): „Die Werbearbeit der SAJ ist bedeutend gesteigert worden. Aber der Geburtenausfall macht sich geltend. Die SAJ-Gruppen sind ja nichts Abgeschlossenes. Sie sind nur die Keimzellen der Jugendbewegung. Es darf auch keine Trennung zwischen der politischen Organisation der Jugendlichen und ihrer Sportorganisation geben. Diese Organisationen haben wenig Geld, müssen aber gut fundiert sein. Wir bitten daher die Lokalorganisationen um ihre Unterstützung. Die Nazi haben sich in Niederösterreich entwickelt. Sie arbeiten mit allen Mitteln. Aber auch wir sind erfindungsreich und passen uns den neuen Methoden der Werbung an. Wir haben uns auf unserer Landeskonferenz zwar nur bescheidene Ziele gesetzt, aber die werden wir erreichen. Die Jugend ist nicht besser und nicht schlechter als die Erwachsenen, sondern anders. Der Wille zum Kampf ist da. Die Jugend braucht Verständnis für ihre Eigenart, aber das Ziel für alle ist dasselbe."

Josefine Welsch (Piesing): Die Frauen leiden unter der Krise besonders. Die Frau ist heute oft die Familienerhalterin geworden. Die Safenkreuzler wollen die Frauen als Mitarbeiterinnen heranziehen. Die Uniformen, die Auszeichnungen und das helbenhafte Getöse der Nazi imponieren den Frauen oft. Die Mutter kann in der Familie viel für die Erziehung der Kinder zu Sozialisten machen. Im größten Glend ist in vielem wirkliche Pionierarbeit geleistet worden.

Kauscher (L. F. St.): Wenn von der Jugend früher nur wenig Erfolg gemeldet wurden, so war es deshalb, weil viele Organisationen nebeneinander gearbeitet haben. Jetzt haben wir aber die Landesjugendstelle, um alle diese Fehler zu vermeiden. Wir wollen planmäßige Überführungen durchführen: Von den Kinderfreunden zur SAJ, von den Jugendlichen zur Jungfront. Mit kleinen Mitteln kann da viel geschehen. Wir müssen auch mit neuartiger Propaganda arbeiten, mit Wandzeitungen und dergleichen. Die Sportverbände müssen politisiert werden. Innerhalb eines Jahres muß die Jugendbewegung durchorganisiert werden. Begeisterung muß Qualität und Quantität werden. Die Nazi benötigen die Jugend. Aber sie dürfen keinen Proleten bekommen. Wir haben damit zu rechnen, daß die Bürgerlichen noch einen Versuch machen werden, sich an der Macht zu erhalten. Wir stehen vor schweren

Kämpfen. Die Jugend wird auf ihrem Platz sein.

Steiner (Wiener Neustadt): Me Parteiinstanzen wollen der Jugend helfen. Das ist auch notwendig. Wir haben viel mehr Mitglieder, als die Zahlen sagen, weil viele von ihnen nicht bezahlen. Wir müssen die Jugend gefühlsmäßig erfassen. Gegen die Uniformen der Nazi müssen wir unsere Uniformen stellen. Die Propaganda muß sich der Zeit anpassen. Die Partei muß für ihren Nachwuchs sorgen.

Menzl (Schlußwort): Die Jugendlichen haben sich auf diesem Parteitag in stattlicher Zahl gezeigt. Wir müssen uns auch um die Jugend kümmern. Neben dem Einfluß von rechts gibt es auch den Einfluß von links. Das müssen wir abwehren. Es gibt hunderte Jugendliche, die für unsere Ideen werden. Die gestrige Frauenkonferenz hat auch gezeigt, daß auch die Frauen auf unserer Seite stehen.

Der Antrag Büchler für die Sportbewegung und der Antrag Brachmann auf Entlastung des Landesparteiorgans werden einstimmig angenommen. Nun erstattet Beziger den

Bericht der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission.

Die neue Landesparteivertretung.

Es sind 138 Delegierte und 28 Gäste anwesend. Die Wahlkommission schlägt zur Wahl folgende Genossen und Genossinnen vor:

Vorstand: Franz Dittelbach, Marie Hautmann, Oskar Helmer, Kathi Graf (als Vorsitzende des Frauen-Landeskomitees), Alois Funtner, Adolf Laffer, Hans Millner, Anton Denböck, Leopold Wegner, Franz Popp, Josef Büchler, Franz Kauscher (Jugendreferent), Heinrich Schmidmadr, Josef Sedlmaier (Bresse), Felix Stiffa, Ferdinand Straßer, Wilhelm Wache, Josef Wondrak.

Kontrolle: Hans Brachmann, Rudolf Ramminger, Hans Vinsbauer, Theodor Baupill, Josef Beziger, Josefina Welsch, Ernst Wintler.

Vertreter der Landarbeiter und Freien Arbeitsbauern: Wius Schneberger und Alois Mantasli.

Der Parteitag nimmt in einer En-bloc-Abstimmung diese Liste einstimmig an.

Das Schlußwort.

Schneidmadr

hält nun das Schlußwort: „Eine Reihe altbewährter Genossen scheiden nunmehr aus. Die Genossen Bösch, Hüsl, Schnofl und Lindner werden nicht mehr in der neuen Parteivertretung sitzen. Wir danken den Genossen für ihre bisherige aufopfernde Arbeit. (Lebhafte Beifall.) Genossen! Der Parteitag ist am Schluß seiner Beratungen angelangt. Er hat reiche und fruchtbare Arbeit geleistet. Unsere erste Sorge gilt den Arbeitslosen. Ihren Lebensunterhalt sicherzustellen ist unsere erste Pflicht. Wir müssen neue Methoden in der Agitation einführen. Die Jugend braucht ihren Platz. Wir sind ja die Partei der Jugend, denn nur der Sozialismus kann der Jugend helfen. Unsere oberste Aufgabe ist die Erringung des Sozialismus, des Zieles der Arbeiterklasse. Der Faschismus ist das letzte Bollwerk des Kapitalismus. Wir werden damit fertig werden. Wir müssen Wegbereiter sein, Kämpfer der Zukunft. Der Parteitag ist geschlossen. Freiheit!“

Die Delegierten erheben sich und erwidern Schneidmadr's Gruß. Mit dem „Lied der Arbeit“ wird die arbeitsreiche Tagung geschlossen.

Lachende Agitation.

Die Roten Spieler, die Jugendgruppe, die das Lachen in den Dienst der Agitation gestellt hat, benützte die Gelegenheit des Landesparteitages, um den Delegierten eine Probe ihrer Kunst zu zeigen. Nach Schluß des Parteitages wurden den Delegierten einige Szenen aus der Aufführung der Roten Spieler gezeigt. Die Jugendgenossen, die sich in den Dienst dieser Sache gestellt haben, haben ihre Aufgabe glänzend gelöst. Es ist ihnen vollkommen gelungen, das Lachen in den Dienst der Agitation zu stellen. Alle Delegierten waren voll Lob über das Gesehene. Die Wirkung der Roten Spieler ist viel größer als die von Versammlungen. Die Zuhörer sehen die politischen Vorgänge auf der Bühne und kein Redner kann sie so anschaulich schildern. Die Roten Spieler können allen Organisationen bestens empfohlen werden.

Tragt das neue Kampfzeichen!

Kämpferinnen für Freiheit und Zukunft.

Die Frauen-Landeskonferenz vom 8. Oktober.

Die Frauen-Landeskonferenz, die Samstag, den 8. Oktober, im Favoritner Arbeiterheim tagte, nahm einen würdigen, erhebenden Verlauf. Volle Einmütigkeit bestand bei allen Beschlüssen und die Geschlossenheit im Kampf um das Ziel kam zum einmütigen Ausdruck. Die Delegierten der Frauen Niederösterreichs kommen aus einem schwer unter der Krise leidenden Land. Die große Arbeitslosigkeit, vielfache Aussteuerungen, das alles führt zu entsetzlicher Not, zu grauenhaftem Elend. Niemand spürt das Joch der Wirtschaftsnot stärker als die Frau. Was kann für eine Frau furchtbarer sein, als der Hunger der Kinder, als die Verdrossenheit, die Empörung des arbeitslosen Mannes? Auf den Ebenen und in den Tälern Niederösterreichs kämpfen zehntausende Frauen einen heroischen Kampf mit dem Hunger um das Leben ihrer Kinder. Aber als die Abgesandten der niederösterreichischen Frauen beisammen waren, war trotzdem keine Stimme des Kleinmutes unter ihnen. Diese Delegierten haben gewußt: Das Grauen und die Not der Zeit, in der wir leben müssen, das alles ist nur Übergang. Das Sterben des Kapitalismus, das Werden einer neuen Welt, das bringt Erschütterungen mit sich. Diese neue Welt, der Sozialismus, ist es, für die unsere Frauen kämpfen. Der Gedanke dieser neuen Welt läßt sie das ganze Elend unserer Zeit leichter ertragen. Frauen leben mehr für die Zukunft als Männer. Die Frauen wollen ihren Kindern eine bessere Welt bereiten. Und darum haben sie in dem großen Kampf, der heute durch die Welt geht, Partei ergriffen: die Partei der Zukunft, die Partei der Freiheit, die Partei des Sozialismus!

Die Beratungen.

In dem festlich mit Blumen geschmückten Saal des Favoritner Arbeiterheims in Wien sind die Abgeordneten der Frauen Niederösterreichs zusammengekommen. Aus allen Teilen des Landes, aus dem Flachland und aus den Alpenländern, aus den Wäldern des Waldviertels und von den Adern des Marchfeldes sind sie gekommen.

Genossin Kathi Graf, die Vorsitzende des Frauen-Landeskomitees, begrüßte die Erschienenen. Sie gab einen kurzen Rückblick über die letzten fünf Jahre. Schweres hatten die Frauen in dieser Zeit zu ertragen. Die Abwehr der faschistischen Gefahr und die vielen Wahlen haben eine lebhafteste Anteilnahme der Frauen hervorgerufen. Die Organisation ist gewachsen. Wohl nicht in die Breite, aber in die Tiefe.

Als erster begrüßt Nationalratspräsident Genosse

Dr. Renner

die Konferenz: „Die jüngste politische und wirtschaftliche Entwicklung“, sagt er, „wird zum Nachteil für die Frauen. Die arbeitenden Frauen werden zuerst von ihrer Arbeitsstelle verdrängt. Aber auch die Frau im Haushalt leidet schwer unter der Wirtschaftspolitik der bürgerlichen Regierung, die eine ständig wachsende Teuerung mit sich bringt. Aber noch immer sind viele Frauen laun in der Politik. Die Nazi haben eine große Volksbewegung zu entfesseln versucht. Sie wollen die Frau wieder dem Manne hörig machen. Das

Frauenideal des Mittelalters

lebt wieder auf. Die Frau soll die Hinterlassin der menschlichen Gesellschaft werden, die nur durch ihren Mann in die Politik und das öffentliche Leben eingreifen kann. Da darf die Frau in der Arbeiterbewegung nicht mehr bloß mitgehen, damit der Mann nicht allein ist, jetzt brauchen wir mehr. Jetzt müssen die Frauen begeistert, ja, fanatisiert werden, damit sie mit der ganzen Leidenschaft, deren Frauenherzen fähig sind, in die Bewegung eingreifen. In der christlichsozialen Partei hat jetzt der faschistische Flügel die Oberhand gewonnen. Sie brauchen noch die Demokratie; sie haben noch demokratische Elemente, aber sie haben eingesehen, daß sie auf dem Boden der Demokratie nicht mehr weiterkommen können. So versuchen sie nun selbst, die Konkurrenz mit den faschistischen Nazi aufzunehmen, dadurch, daß sie selbst ein Stück Faschismus machen. Die Arbeiterklasse muß im Kampf gegen den Faschismus ihre Kräfte und Anstrengungen verdoppeln. Die Männer sind nur die eine Hälfte der Arbeiterbewegung. Wenn wir unsere Kräfte verdoppeln wollen, so müssen wir die Frauen für uns gewinnen. Das ist die andere Hälfte, die wir brauchen. Die Frauen mit ihrer

ganzen Leidenschaft des Herzens müssen gewonnen werden, damit sie mit den Männern gegen den gemeinsamen Feind für unsere große Sache kämpfen. Wir stehen vor Neuwahlen des Nationalrates. Bei diesen Neuwahlen werden die Frauen entscheiden.

Kommt es aber jetzt nicht zu Neuwahlen, so wird die Lage erst recht ernst und dann brauchen wir die Frauen besonders. Die Frauen haben die Aufgabe, die Widerstandskraft der Männer zu stärken. Wir stehen vor ernstesten Dingen. Werden Sie die Apostel unserer Partei, werden Sie die Kämpferinnen für unsere Idee! Reichster Beifall lohnte dem Genossen Renner seine herzliche Begrüßung.

Genossin Fochmann

begrüßt die Konferenz im Namen des Frauenreichskomitees und erklärt: Wenn wir in Wien zu Frauen sprechen, dann ist es leicht. In der Provinz ist es viel schwerer. In Wien kann man kaum fünf Minuten gehen, ohne daß einen das neue Wien, das sozialistische Wien grüßt. In der Provinz hat man mit Terror und Hohn zu kämpfen, wenn man für die Partei arbeitet. Wir freuen uns, daß es Ihnen gelungen ist, eine so große Zahl von Frauen für uns zu begeistern. Die Nazi wollen die Frauen in die Kleinbürgerlichkeit zurückführen. Darum dürfen die Nazi nicht zur Bedeutung kommen. Wenn wir sehen, wie die Frauen trotz allem den Kampf führen, dann sind wir davon überzeugt, daß wir den Sozialismus und damit das Ende unserer Leiden erreichen werden. (Beifall.)

Als Vertreter der niederösterreichischen Landespartei begrüßte Landeshaupmannstellvertreter

Genosse Helmer

die Konferenz: „Die Landespartei erwartet das Größte von Ihrer Konferenz. Sie ist die erste unter den geänderten Organisationsverhältnissen im Lande. Schwere Kämpfe haben wir bestanden. Die Überwindung des Heimwehfaschismus war nur möglich mit Hilfe der Frauen. Oft wurde der Mann in die Unabhängige Gewerkschaft gezwungen, aber die Frau hat weiter für die Partei gekämpft und gearbeitet. Auf einem der letzten Parteitage wurde von dem Unterschied zwischen Interessen- und Gesinnungssozialisten gesprochen. Die Sozialisten da draußen in Niederösterreich, das sind wirkliche Gesinnungssozialisten, die nicht die Aussicht auf dieses oder jenes in die Partei gebracht hat. Die Gesinnung wird den Sozialisten in Niederösterreich oft zur Qual. Wien hat es leichter. Aber Niederösterreich, das ist heute ein wirtschaftliches Trümmerfeld. Daß wir trotz aller Not so stark sind, verdanken wir auch den Frauen.“ Genosse Helmer spricht dann über das Verhältnis der Frauenorganisation zur allgemeinen Parteiorganisation und sagt: „Es war immer eine gute Ehe und nur, wenn es sich um Geld gehandelt hat, sind Differenzen gewesen. Deshalb hoffen wir beim Bericht auf ein Lob, denn wenn es möglich war, haben wir immer zu Ihren Wünschen ja gesagt. Nun erwarten uns große Aufgaben. Die Sakentruer werden nicht nur um die Arbeiterfrauen, sie haben es vor allem auf die Arbeiterkinder abgesehen. Dem müssen wir einen Niegel vorschieben. Es liegt in den Händen der Frauen, die Kinder vor den Lockungen der Faschisten zu behüten und dem wirklichen Sozialismus zuzuführen.“ (Stürmischer Beifall.)

Als letzte begrüßt Genossin Alt, die Vorsitzende des Frauenaktionskomitees Favoriten, die Frauen: Im Namen der 14.000 organisierten Frauen Favoriten grüßt sie die Konferenz und wünscht ihr besten Erfolg.

Genossin Posttranecky

den Tätigkeitsbericht. Der Umbau der Frauenorganisation ist ganz so vor sich gegangen wie der Umbau der Gesamtorganisation. Eine Änderung der Statuten bedeutet nur das engere Landesfrauenkomitee, das aus nur fünf Mitgliedern bestehen soll, damit es jederzeit rasch zusammenberufen werden kann. Dazu kommt dann das weitere Frauenkomitee, das aus dem engeren und den Vorsitzenden der Gebietsfrauenkomitees besteht. Das Delegationsrecht für die Landeskonferenz ist genügend. Durch die Wirtschaftskrise ist ein Mitgliederverlust eingetreten. Aber dieser Mitgliederverlust wird in kürzester Zeit eingeleistet sein. Die Werbeergebnisse der letzten

Wochen zeigen, daß wir noch viel aufholen können. Die Zahl der in Parteiämtern tätigen Frauen ist bedeutend gestiegen. 4000 Funktionärinnen sind in der Partei über die Partei im Lande tätig. Die Frauentage nehmen einen immer größeren Aufschwung. Die Frauentage ziehen viel mehr, als bloße Versammlungen. Daraus kann man erleben, daß die Versammlungen ausgestaltet werden müssen. Fahnen, Plakate, Schmalfilm, Schallplatten, das alles muß die Versammlungen beleben. Die Versammlung darf keine Fortsetzung des grauen Alltags sein.

Die Frauen stellen mehr als die Hälfte der Wähler. Auf 49 männliche Stimmen kommen 51 weibliche. Wenn auch die Zahl der weiblichen Stimmen für die Partei noch nicht so groß ist wie die der männlichen, so ist doch eine Annäherung erzielt worden. Die Nazi wollen den Frauen das Wahlrecht nehmen und sie unterdrücken. Trotzdem haben von 100 Frauen 13 nationalsozialistisch gewählt. Das und der Mitgliederverlust weist uns unsere Aufgabe. Die Jungen müssen vor allem gewonnen werden. Junge Kräfte müssen aber auch in der Arbeit, in den Frauenkomitees Verwendung finden. Wir stehen vor großen Aufgaben. Alle haben sehr viel getan, sehr viel auf sich genommen. Wir müssen immer weiter arbeiten, bis zum Sieg des Sozialismus! (Lebhafte Beifall.)

In der

Debatte

sprach zuerst, lebhaft begrüßt, die Genossin Adelheid Popp vom Reichsfrauenkomitee: „Man sagt oft, daß die Frauen mehr nach dem Gefühl urteilen, als der Mann. Das ist nicht richtig. Nicht aus diesem Grund ist die Frau als Wählerin für uns schwerer zu gewinnen als der Mann. Es ist vielmehr der Autoritätsglaube, daß der Mann ein höheres Wesen ist, das über die Ideale der Frau, die Gleichheit, das gleiche Recht auf Erwerb, verliert seinen Wert, wenn es in der Gleichheit der Arbeitslosigkeit bestehen soll. Die Agitation wird bei uns auch dadurch erschwert, daß wir zur Arbeit rufen, die bürgerlichen Parteien aber zum Vergnügen. Wir wollen eben nicht nur Stimmen gewinnen, sondern überzeugte Sozialisten erziehen. Aber wenn wir brav weiterarbeiten, wird kein Sakentruer über uns triumphieren. In Steyr, der Unglücksstadt, wurde kein einziges weibliches Parteimitglied verloren.“

Genossin Kober (Inzersdorf) hat trotz Krise von einem Mitgliedererwerb zu berichten. Sie stellt einen Antrag, der einstimmig angenommen wird, worin sie die Durchführung von Werbeaktionen noch jetzt im Oktober und November verlangt. Genossin Welsch (Liesing) bespricht die Möglichkeiten der Werbekampagne. Gerade in den Orten, wo die Krise am schwersten drückt, hat sich die Organisation wunderbar gehalten. Genossin Honz (Redaktion der „Unzufriedenen“) spricht über die Verbreitung dieser Zeitung. Genossin Adamec (Marchfeld) schildert die Erfolge der Werbung in diesem Gebiet. Mit Hilfe von Genossen und Genossinnen der Jungfront wurden an einem Tage 167 Frauen gewonnen. Auch in den schwierigsten Orten hat sich diese Art der Werbung gut bewährt. Genossin Luz (St. Valentin) stellt fest, daß noch immer zu wenig gemacht worden ist. Besonders bei den Frauen muß noch gewonnen werden, deren Männer voll bedienen. Die Eisenbahnerfrauen haben nicht immer genug Verständnis für die Partei. Wir müssen uns auch der armen Landarbeiterinnen annehmen. Wir müssen erreichen, daß das uneheliche Kind mehr Schutz bekommt. Paula Reimer (Wien, als Gast) stellt fest, daß Versammlungen besser vorbereitet werden müssen. Genossin Kerschbaum (Klosterneuburg) verlangt mehr Frauenschulung. Die Landesorganisation muß dafür eintreten. Genossin Mühleschner (Baden) erklärt, daß die Werbung schwer ist, aber daß sie durch schöne Frauentage erleichtert wird. Genossin Fehrl (Wien, als Gast) spricht über den Frauentag. Genossin Rufar (Korneuburg) verlangt, daß die Eltern zuerst in ihrer Familie den Sozialismus einführen. Die Kinder von Genossen dürfen nicht dem Gegner zugetrieben werden. In ihrem Schlußwort faßt die Genossin Posttranecky noch einmal alle Wünsche, Beschwerden und Anregungen zusammen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist das Referat der Nationalrätin Genossin Hautmann (Wiener Neustadt) über:

Die Frauen im Kampfe gegen Faschismus und Reaktion.

Nachdem die Referentin in ihrer Einleitung der kühnen Vorläuferinnen im Kampf um die Menschenrechte gedachte, entwarf sie ein Bild der Entstehung des Faschismus in den europäischen Ländern. Sie zeigte die Gleichheit der reaktionären Bestrebungen der bürgerlichen Klassen der verschiedenen Länder und arbeitete das allen gemeinsame Ziel heraus, das darauf gerichtet ist, die Arbeiterklasse zu entrechteten, die Löhne zu drücken und die sozialen Errungenschaften abzubauen. Um an der Macht zu bleiben, ist dem Bürgertum jedes Mittel recht. Jede Staatsform wird angenommen, jede Demagogie ist erlaubt, ja sogar die Staatsgewalt und die Rechtssprechung werden einseitig in den Dienst des Faschismus gestellt. Er scheut selbst vor Gewalt und Mord nicht zurück, um zur Macht zu gelangen oder sich auch als Minderheit an der Macht zu erhalten. Italien ist zum Vorbild für die faschistischen Bestrebungen anderer Länder geworden. Aber überall haben sich Frauen in leidenschaftlicher Abwehr ihm entgegengestellt. Zahlreich sind die Opfer und Leiden, welche die Frauen auf sich genommen haben, um der Reaktion in allen Ländern entgegenzuarbeiten. Vom indischen Befreiungskampf über die Modernisierung der islamitischen Frau bis zu den Kämpferinnen im zaristischen Rußland und den Leiden der Frauen in Italien, Ungarn, Polen, Österreich und Deutschland rollt die Rednerin ein erschütterndes Bild vom Heldentum und Opfermut der Frau. Aber sie zeigt auch auf, daß diese Opfer nicht vergebens gebracht sind, ja, daß sie gebracht werden müssen, um die Zukunft der Arbeiterklasse zu sichern. Nur die leidenschaftlichste, fanatisierte Gegenwehr kann uns und unsere Kinder vor dem Rufe bewahren, als Knechte der bevorzugten Klassen dienen und schweigen zu müssen. Jeder Versuch, die Frauen ihrer staatsbürgerlichen Rechte zu berauben, sie aus dem Bezug der Arbeitslosenunterstützung auszuschließen, sie aus den Fabriken und Ämtern zu drängen, sie wieder zu einem recht- und willenlosen Werkzeug männlicher Willkür zu machen, muß von den Frauen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entschlossen abgewehrt werden. Die Frauen müssen zum Bewußtsein ihrer Lage kommen und in immer größerer Selbständigkeit ihren Kampf mit zäher Entschlossenheit führen. Reicher Beifall lohnte die Ausführungen der Rednerin. Während des Referates war Genosse Büchler erschienen und wurde mit stürmischem Beifall begrüßt.

In der Debatte sprach als erste Genossin Luz: Wir müssen der Jugend danken, die Leben in die Partei hineingebracht hat. Sie verleiht die nachstehende

Resolution.

Die auf der Frauen-Landeskonferenz in Wien versammelten Delegierten der sozialdemokratischen Frauen von Niederösterreich sind fest entschlossen, Faschismus und Reaktion in allen Formen auf das entschiedenste zu bekämpfen. Sie erkennen die Gefahren, die ein Erstarken der Reaktion für die Existenz der Arbeiterklasse und für die Zukunft ihrer Kinder bedeutet. Sie wenden sich in leidenschaftlicher Abwehr gegen die ständigen Angriffe der Regierung auf die Arbeitslosenunterstützung, insbesondere gegen die Bestrebungen der antinarzistischen Parteien, die Frauen in erster Linie um den Bezug der Arbeitslosen- und Notstandsunterstützung zu bringen, bei Abbaumaßnahmen in Fabriken und Ämtern vor allem weibliche Arbeiterinnen und Angestellte zu entlassen, ohne Rücksicht auf die sozialen Verhältnisse. Die Frauen fordern in ihrer Resolution auf gleiche Behandlung aller Staatsbürger vor dem Gesetz und protestieren gegen die Pläne der bürgerlichen Parteien durch Gesetzesbestimmungen und Verordnungen, die das Wohl der berufstätigen Frauen wieder einschränken wollen.

Die sozialdemokratisch organisierten Frauen von Niederösterreich erwarten von ihren Vertretern im Parlament die Fortsetzung ihres Kampfes gegen die kulturelle Reaktion, die ihnen noch immer ein modernes Cherecht, die freie Wahl ihrer Staatsbürgerschaft, die Gleichstellung im Familienrecht vorenthält und ihnen einen unwürdigen Gebärzwang auferlegt, ohne im geringsten für das Fortkommen der Kinder und ihre Existenz Sorge zu tragen.

Sie verlangen eine Politik, die Arbeit schafft. Sie wehren sich gegen die Politik der Bürgerlichen, durch die die wichtigsten Lebensmittel durch Massenfeuern und einer einseitigen Wirtschaftspolitik verteuert werden.

Die Frauen von Niederösterreich wenden sich voll Entschlossenheit gegen die Nationalsozialisten, die in ihren Forderungen die Frauenwürde aufs tiefste verletzen und die Frauen in ihrem öffentlichen und privaten Leben weit in ihren Rechten zurückwerfen wollen. Und sie stellen sich ganz be-

Ein Blick in den Beratungsfaal.



Am 8. Oktober fand im Favoritner Arbeiterheim in Wien die diesjährige Frauenlandeskongress der Sozialdemokratischen Partei von Niederösterreich statt. Hierüber berichten wir an anderer Stelle. Unser Bild zeigt einen Teil der Teilnehmerinnen der Konferenz.

sonders gegen jeden Versuch, Krieg oder Bürgerkrieg in das Volk zu tragen.

Der Kampf gegen den Faschismus ist gleichzeitig ein Kampf um die Erhaltung aller von der Arbeiterklasse in jahrzehntelangen schweren Kämpfen eroberten Errungenschaften. Die arbeitenden Männer und Frauen haben bisher schwere Angriffe auf ihre politischen und sozialen Rechte abgewehrt.

Wir rufen die arbeitenden Frauen von Niederösterreich auf, diesem Kampf an der Seite der Männer mit derselben Treue und dem alten Idealismus fortzuführen bis zum endgültigen Sieg des Sozialismus.

Diese Resolution wurde einstimmig und mit großem Beifall angenommen.

Die Debatte.

Dann sprach in der Debatte die Genossin Wolfik (Stadlerau): Wir haben eine Lehre zu ziehen. Wir müssen den Geist des Referates hinaustragen, aber so, daß ihn alle Frauen verstehen. Es ist schwer, aber es muß gemacht werden. Der Terror am Land wird immer ärger. Schon geht es auf Bedienerinnen und Wäscherinnen los, um sie von der Partei abzubringen. Die Zungen wissen nicht, wie es vor 40 Jahren war. Wir müssen die Frauen darüber aufklären.

In dieser Debatte der Frauenkonferenz ergreift nun ein Mann das Wort, Genosse Büchler, den jubelnder Beifall begrüßt. Diese Freude, dieser Jubel, zeigen, daß diese Frauenkonferenz keine Frauenrechtlerinnenkonferenz ist. Die hier versammelten Frauen sind treue Diener der Partei und ihr engerer Zusammenschluß hat keinen anderen Zweck als den, der Partei besser dienen zu können. Genosse Büchler führt aus: „Unsere Arbeit bleibt eine halbe, solange die Frauen nicht mittun. Ich habe jetzt Gelegenheit gehabt, vierzehn Tage lang ein lehrreiches Seminar zu besuchen. (Lebhafte Heiterkeit.) In diesem Seminar hatte ich Gelegenheit zu lernen. Die Frauen haben eine größere Aufgabe zu erfüllen als der Mann. Die Kraft des Geistes ist stärker als die Kraft des Körpers,

darum kann die Frau mehr ausrichten als der Mann. Der Geist muß die Faust besiegen. Die Frau muß den Mann zur Begeisterung zwingen. (Lebhafte Beifall.)

Dann sprachen noch die Genossinnen Kober, Rainacher und Gaider, worauf Genossin Gautmann das Schlußwort sprach: „Setzt muß jede auf ihrem Platz stehen. Führen wir den Kampf gegen die Reaktion. Aber führen wir den Kampf zuerst gegen uns. Jede von uns hat ein Stück Mittelalter in sich. Dagegen müssen wir zuerst ankämpfen. Die Wirkungsmöglichkeit der Frau ist größer als die des Mannes, die Frau ist eine bessere Seelenkammerin. Das muß man benützen. Setzt an die Arbeit. Unser Mut, unsere Stärke werden uns helfen, zu siegen!“ (Stürmischer Beifall.)

Wahl des Frauen-Landeskomitees.

Dann berichtet Genossin Mühlbacher über die Wahl der Delegierten. Es sind 71 Delegierte und 53 Gäste anwesend. Die Neuwahlen, die einstimmig erfolgen, entsenden die Genossinnen Graf, Welsch, Gautmann, Postraneky und Adamec in das engere Frauenlandeskomitee. Genossin Graf hält das Schlußwort: „Ein schwerer Winter steht vor der Tür. Es ist unsere Pflicht, die Winterhilfe vorzubereiten und durchzuführen. Wir müssen arbeiten.“

Dann erheben sich die Delegierten und stimmen das „Lied der Arbeit“ an. Für diese Frauen ist Arbeit kein leeres Wort und wenn sie nach dieser Konferenz nach Hause kommen, so beginnen sie gleich wieder damit. Das ist ja das Geheimnis der Partei, der Grund ihres Erfolges: die begeisterte Arbeit aller. Und wenn uns auch jetzt die Krise hemmt, die Arbeit der Vertrauenspersonen und Mitglieder wird uns aus dieser traurigen Gegenwart hinüberführen in eine schönere Zukunft!

Radio Programm

Wocheneinteilung: Montag 17. Oktober bis inkl. Sonntag 23. Oktober.

Montag, 17. Oktober. 10.20: Schulfunk: Die Sprachstämme der Erde. — 15.20: Kinderstunde: Gymnastik. — 15.45: Brahms-Brudner, zwei Zeitgenossen. — 16.10: Jugendstunde: Tage von 1813. — 16.35: Die Neugestaltung des Museums für Völkerkunde in Wien. — 17.00: Nachmittagskonzert. — 18.10: Die Aquarellausstellung im Künstlerhaus. — 18.35: Die Religionen der Primitiven. Zauber- und Geistesglaube bei den Naturvölkern. — 19.25: Tierleben im Gran Chaco. — 20.00: Erstes Philharmonisches Konzert. — 22.15: Tanzmusik.

Dienstag, 18. Oktober. 15.20: Violinvorträge Jarco Schmied. — 15.50: Kunstbetrachtung: Tizian und sein Kreis. — 16.15: Bastelstunde. — 19.00: Phantastische Städte in Südarabien. — 19.35: Das II. Musikfest der Internationalen Brudner-Gesellschaft. (Vortrag.) — 20.00: Volkstümliches Konzert. — 21.00: Drei aus dem alten Wien. (Abraham a Sancta Clara, Stranitzky, Philipp Hafner.) Ein Querschnitt. — 22.00: Abendbericht. — 22.15: Tanzmusik.

Mittwoch, 19. Oktober. 10.20: Schulfunk. Besuch bei nordamerikanischen Indianern. — 15.50: Kinderstunde: Der Hase Nepomut schreibt ein Festspiel. — 16.15: Jugendstunde: Die junge Generation. — 16.35: Für den Erzieher: Die Technik des Lernens. — 17.00: Nachmittagskonzert. —

18.35: Stunde der Volksgesundheit: Über Krampfadern. — 19.00: Stunde der Kammern für Arbeiter und Angestellte: Im Dienste der Mode. — 19.25: Die soziale Verfassung der Jenaer Stifungsbetriebe Karl Zeiß und Schott. — 20.00: Konzert auf elektrischen Instrumenten. — 21.10: Bunte Stunde. — 22.20: Abendbericht. — 22.35: Zigeunermusik.

Donnerstag, 20. Oktober. 15.20: Praktische Winke für die Hausfrau. — 15.30: Kinderstunde: In Wald und Flur. — 15.55: Wir stellen vor. — 16.20: Die römischen Hügelgräber am Ostrand der Alpen. — 17.00: Nachmittagskonzert. — 18.25: Frauenstunde: Die Frau in der antiken Welt. — 18.40: Fragen der modernen Währungspolitik. — 19.05: Das moderne Kleinhaus. — 19.40: Heitere Weisen. — 20.30: Mikrophon-Feuilleton der Woche: Franz Friedrich Oberhauser: Das andere Geis. — 21.00: Orchesterkonzert: Französische Meister. — 22.00: Abendbericht. — 22.10: Tanzmusik.

Freitag, 21. Oktober. 15.20: Franz Gräffer, ein Wiener Original aus dem Vormärz. — 15.45: Jugendstunde: Tänze aus drei Jahrhunderten. — 16.10: Frauenstunde: Liselette von der Pfalz. — 16.35: Anton Brudner als Briefschreiber. — 16.50: Musik der Gegenwart. I. Österreich. — 18.45: Nach Redaktionsluß. —

EIN Sparbrief
 KOSTET S 50,
 WIRD MIT S 85 EINGELÖST
 UND IST JEDERZEIT IN JEDER ANZAHL
 SOFORT ERHÄLTlich
STÄDTISCHE VERSICHERUNG

19.00: Moderne Erziehungsfürsorge: Die Umwelt. — 19.35: Schlagerlieder. — 20.10: Radio-bühne: Der 18. Oktober. — 22.00: Abendbericht. — 22.15: Abendkonzert.

Samstag, 22. Oktober. 15.15: Joseph Mayr: Suite F-dur für Violoncello. — 16.15: Das Testament Robins. — 16.45: Chorvorträge. — 17.20: Als Ingenieur auf Java. — 17.50: Nachmittagskonzert. — 19.00: Aktuelle Stunde. — 19.40: Alte und neue volkstümliche Lieder. — 20.15: Orchesterkonzert. — 21.55: Abendbericht. — 22.10: Tanzmusik.

Sonntag, 23. Oktober. 7.40: Turnen (für Anfänger). — 8.00: Ratgeber der Woche. — 8.20 bis 9.15: Frühkonzert (Schallplatten). — 9.40: Orgelvortrag. — 10.10: Frohe Stunde: Fenster ins Helle. — 11.00: Wissen der Zeit: Neue klimatologische Beobachtungen bei Lunz. — 11.30: Sinfoniekonzert. — 12.45 bis 14.00: Unterhaltungskonzert. — 15.05: Dokumente der Zeit (Bücherstunde): Geschlechter. — 15.35: Fußball-Länderkampf Österreich-Schweiz. Entscheidung im internationalen Pokal (Übertragung der zweiten Spielhälfte aus dem Stadion). — 16.30: Ein Tag auf einer brasilianischen Fazenda. — 17.00: Nachmittagskonzert. — 18.20: Kammermusik. — 19.30: Thomas Mann spricht. — 20.00: Operettenaufführung: „Die Garbarsfürstin.“ — 22.15: Abendbericht. — 22.30: Tanzmusik.

Das Neueste

Der beinahe fertiggestellte Kirchturm eingestürzt. In Aschaffenburg geschah der ungewöhnliche Fall, daß ein im Bau befindliche Kirchturm in seinem Mauernwerk bereits fertiggestellt, einstürzte. Es ist das der Turm der neuen evangelischen Paulskirche. Bei den Aufräumungsarbeiten wurde eine Stelle entdeckt, an der eine Sprengstoffladung angebracht war. Auch fand man ein Stück unberauchter Zündschnur und eine Anzahl Sprengkapseln. Mit dem Einsturz des Kirchturmes hat es demnach seine eigene Bewandnis.

Bergmannslos. In den Gruben von Leigh (Lancashire) geschah ein furchtbares Unglück. Ein mit zwanzig Bergleuten besetzter Förderkorb stürzte in einen Bergwerksschacht bis auf den Grund des Schachtes ab. Von der Besatzung haben neunzehn Arbeiter einen gräßlichen Tod gefunden.

Jähzorn bis zum Wahnsinn. Wie Jähzorn einen Menschen bis zur Wahnsinnstanz bringen kann, geht aus folgendem tragischen Vorfall hervor: In Bochum entstand zwischen einem Ehepaar ein Wortwechsel, in dessen Verlauf der jähzornige Mann seine Frau durch Siebe mit Bierflaschen zu Boden schlug. Daraufhin zog er seine Pistole und rief sein dreijähriges Söhnchen zu sich. Bevor noch antreffende Hausbewohner ihn hindern konnten, erschoss er das Kind und gab auf seine Frau einen Schuß ab. Er richtete dann die Waffe gegen sich selbst und tötete sich durch einen Kopfschuß. Der Zustand der Frau ist hoffnungslos.



Infall in Athen verhaftet und wieder freigelassen. Der Besitzer des großen amerikanischen Elektrizitätskonzerns, der im heurigen Sommer zusammengebrochen ist, Samuel Infall (Bild), ist vor den amerikanischen Gerichten nach Europa geflohen. Er wurde vorige Woche in Athen verhaftet, aber am 11. Oktober wieder in Freiheit gesetzt, angeblich, weil der griechisch-amerikanische Auslieferungvertrag noch nicht unterzeichnet ist. Die wahre Ursache dürfte sein, daß einem so großen Mannern eben auch in Griechenland nichts geschieht.

Frühling und Sommer KORPERLICH MOD



Das Jackenkleid

Man trägt heuer ebenso viele Jackenkleider wie Mäntel. Besonders der Jugend passen diese Kostüme sehr gut. Sie eignen sich für schlanke Gestalten viel besser als für starke. Man nimmt für Jackenkleider hauptsächlich englische, einfache Stoffe, die in den Farben sehr diskret sind. Für ein Jackenkleid kann man keinen auffallenden Stoff verwenden, weil man diese Kostüme doch für den ganzen Winter, für die kalten Tage und auch für Schnee und Regen abtragen muß. Für Nackenkostüme wird gewalkter Jersey, Noppen, ein nicht zu steifes Tuch oder Damentuch gewählt. Die Röcke werden fast immer in bescheidenen Faltenpartien oder auch nur mit spärlichen Falten gepuht sein. Wenn man Gloden bevorzugt, so dürfen sie erst tief unten beginnen, um dem Rock die Glätte zu bewahren, die die Mode erfordert. Die Jacken werden kurz geschnitten, zweireihig, mit Herrenrevers, die manchmal als Aufpuß ganz dicht gesteppt sind. Man trägt auch Jacken, die in der Taille anliegen, doch dürfen sich diese Machart nur sehr schlanke Frauen erlauben, da sonst die Körperformen zu stark sichtbar sind. Die Kostüme werden durch aufrechtstehende Pelzfraxatten ergänzt, die kreuzweise auf der Jacke festgeknüpft werden. Die Ärmel verschönt man durch Pelzmanschetten.

schmalen Band, das vorn, gerade über der Stirne mit einer schmalen Masche gebunden ist, in welche ein heinernes Flügelchen eingesteckt wird. Die Masche wird aber nicht in die Stirne hineinreichend, sondern bei krenpenlosen Hüften am Sutrand, bei solchen mit Krenpen ein Stückchen vom Sutrand entfernt angebracht werden.

Ältere Frauen und solche mit starker Gestalt, werden aber niemals einen Hut ohne Krenpe tragen, weil sie dadurch unvorteilhaft aussehen. Die kleinen Krenpen werden meist glockenartig nach unten reichen und das Gesicht umrahmen, so daß der Filz seinen Widerschein auf die Haut wirft. Infolgedessen wird man auch entweder schwarz, dunkelbraun oder dunkelblau wählen; wenn man gut gefärbt ist — aber nicht künstlich — kann man auch dunkelgrün nehmen. Für den Winter wird jeder geschickte Mensch praktische Farben wählen, die nicht schmutzen und sich der Witterung anpassen.

Immer praktisch sind für den Alltag für junge Mädchen Rappen, die gestrickt sind und aus Wolle bestehen. Besonders schön sind die Chenillekappen, die auch sehr haltbar sind und dem Teint schmeicheln.

Für den Sonntag nimmt man am besten ein ganzes Kleid, da Rock und Bluse immer-

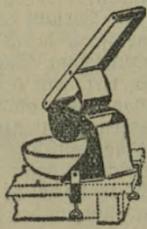
Sehr feich sind die neuen Zumperkleider, deren Streifenärmel und das Mastron den Zumper wie ein Häuschen aussehen lassen. Man schmückt diese Zumper mit großen Holzknöpfen, die schick und jugendlich wirken. Die Röcke zu den Zumperkleidern sind, wie alle modernen Röcke, sehr einfach gehalten und haben keinerlei Aufpuß, der den Blick von der Schulter und den Ärmeln abwenden könnte. Denn alle Neuheiten der Mode erstrecken sich auf die eben erwähnten Partien. Sehr elegant sind Kleider aus dunkelblauem Diagonaljersey, die mit Revers und Stulpenmanschetten aus weißem und marineblauem Leber, sowohl glattweis wie Sä-mischleder gearbeitet sind. Ledertragen und Manschetten sind überhaupt auf alle Stoffarten gut als Aufpuß zu verwenden. Man kann sie sehr leicht puhen, sie schmutzen nicht zu schnell und sind sehr haltbar und praktisch. Man nimmt zu den Zumperkleidern auch vielfach Hals-tüchel und Gürtel, die mit Lederknöpfen geschlossen sind.

Zu den Jackenkleidern sowohl wie zu den Mänteln nimmt man ganz kleine Hüte, die man heuer nicht mehr einseitig trägt. Auch kleine Hüte mit sehr kleinen Krenpen, die im Nacken aufwärts gebogen sind, finden viel Anklang. Der Sutraufpuß ist sehr bescheiden. Er besteht meistens in einem



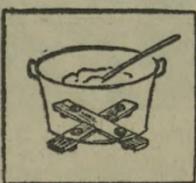
Praktisch muß man sein!

Stabil-Press zum Durchquetschen von Kartoffeln und Früchten. Diese Presse arbeitet ausgezeichnet. Sie läßt sich zuverlässig am Küchentisch befestigen, erfordert geringen Kraftaufwand und verwandelt in einem Minimum an Zeit Berge von Früchten und Kartoffeln in schlackenlosen feinsten Brei.



Eine Bürste ohne Borsten, ein jetzt auf Ausstellungen häufig gezeigter Gegenstand. Mit einem polierten Holzrücken versehen, wie jede andere Bürste, hat sie statt der Borsten ein mit Nüssen versehenes Hartgummistück. Beim Überstreichen mit solcher Bürste entsteht Elektrizität, die die gelockerten Staubteilchen anzieht, statt nur aufzuwirbeln. Man nennt die Bürste mit Recht „den Staub-sauger des kleinen Mannes“.

Das habe ich mir seit langem gewünscht! Große Erleichterung beim Baden und Nihren bietet der Schüsselhalter, eine aus vier Gummistücken bestehende Neuererung, die nur wenige Groschen kostet. Die Gummiteile saugen sich an Tisch und Schüssel fest und ermöglichen ein Umrühren des Kochgutes oder des Teiges mit beiden Händen. Die Hausfrau strahlt!



hin eine Alltagskleidung repräsentieren. Trägt man ein Seidenkleid, so wird man wahrscheinlich eine hellere Farbe wählen, damit man das Kleid dann auch im Sommer abtragen kann. Zu den meisten Kleidern macht man einen einseitigen Kragen aus einem abstechenden Stoff, natürlich wieder Seide oder Crepe de Chine, der gestreift oder gemustert ist. Die Kragen gehen häufig in einen Schal aus, der sich nach unten ervertert und auf der linken Seite frei weghängt. Auch die Manschetten kann man aus dem Stoff des Kragens machen, doch sind sie nicht sehr praktisch, weil man sie zu oft puhen muß. Denn man weht den Ärmel auf dem Tisch oder dem Sitzplatz. Eine Frau wird aber lieber ein dunkles Seidenkleid nehmen, weil es sich praktischer trägt und eine Frau schließlich und endlich auch im Sommer sehr wohl in einem dunklen Kleid gehen kann. Die Hauptsache ist, daß das Kleid in einer sehr einfachen Fassung gemacht wird, wobei aber immer darauf Rücksicht genommen wird, daß die Ärmel nicht ganz glatt sind, wenn wir auch von den auffallenden Schinken-ärmeln und den großen Stulpen, mit denen man überall hängen bleibt und allen Schmutz mitnimmt, entschieden abrat en. Der Ärmel soll unten ziemlich eng, oben weiter sein, aber keine Überreibungen der Mode mitmachen, die niemals lang getragen werden. Beim Halse wird auch eine ältere Frau gern ein lebhafteres Revers oder einen hellen Kragen tragen, weil eben die lichten Stoffe jedermann, besser gesagt, jede Frau, gut kleiden.

Stoffkleider und Jerseykleider sind heuer ebenso modern wie Seidenkleider und man trägt sie mit großer Vorliebe für den Sonntag, weil man sie seit Jahren nicht mehr für besondere Gelegenheiten getragen hat. Infolgedessen sind auch mannigfaltige Arten von Stoffen und eine Anzahl an Farben zur Auswahl aufgelegt. Stoffkleider dürfen aber nicht aus allzu billigem Material genommen

werden, weil sie sonst sehr bald die Fassung verlieren. Ein guter Stoff aber hält dafür ein paar Jahre lang aus, und man kann ihn immer wieder verwenden und das Kleid modernisieren und in eine neue Fassung umarbeiten.

Zum Jackenkleid bedarf man einer Bluse, die für den Werktag praktisch und haltbar, für den Sonntag und den abendlichen Ausgang leicht und durchsichtig gewählt wird. Waschflanel und Tweed, Barchent und Schafwoll-Boile sind die praktischsten Stoffe für den Alltag, Spitzenjersey, Seide, Crepe de Chine und Crepe Georgette eignen sich für die Putzblusen. Die Formen der Blusen sind meist aufgepuht; die glatten, englischen Blusen sieht man heuer fast überhaupt nicht. Die Poloblusen sind für den Werktag und den Sport gleich praktisch.

Else Ehrlich.

Zur Förderung des Ehemirrwars

Die Haupttätigkeit unserer Zivillandesgerichte, der sie sich mit Leidenschaft widmen, ist heute das Zerstoren von Familienglück durch Ungültigkeitserkläre der Dispensehen. Ein wahres Glück ist es darum, daß die nachfolgend abgedruckte Gehechelle nicht im österreichischen Gehechbuch steht, sondern dem französischen Recht zugehört und bereits ein ehrwürdiges Alter von 162 Jahren erreicht hat. Das Edikt vom Jahre 1770 bestimmt:

Ein jedes Weib, das einen männlichen Untertan seiner Majestät in die Bande der Ehe verstrickt, indem es mit Not oder Weis sein Gesicht verschönt oder durch Wohlgerüche, Essenzen, künstliche Zähne, Watterungen, Korsettstangen, Reifen unter den Brüsten, erhöhte Absätze und falsche Hüften sich ein anderes Aussehen gibt, als es von Natur aus besitzt, soll wegen Zurechtweisung unter Anklage gestellt werden. Die auf solche Art erschlöhene Ehe wird für null und nichtig erklärt.

Ach, was wäre das für ein gesundesessen Zreffen, wenn die Herren Senatsräte des

Obersten Gerichtshofes mittels chemischer Reagenzien die Ehegültigkeit vom rot oder weiß verschminkten Gesicht abtreiben oder mit dem Rollstab in der zitterigen Greifenhand die erhöhten Absätze und falschen Hüften zur Ehelosigkeit verdammen könnten.

Die Arbeitslosen in den Städten

Sie irren ziellos durch die lauten Straßen. Das Leben strömt an ihnen kalt vorbei. Die Knie zitterten, wenn sie durch die Gassen Im Herbstwind frierend gehn, allein und — frei.

Sie starren hilflos in das wirre Treiben, In dessen Mitte sie verlassen stehn. Sie wandern rußlos weiter; denn zum Bleiben Muß man im Leben stets ein Werk versehen.

Das träge Blut fließt Ihnen in den Adern: Sie sind vom allzu vielen Ruh'n gekümmert. Vor Sorge sie mit ihren Lieben haben: Sie sind so böse, weil sie so vergramt.

Ihr Kopf ist leer, denn tausend leere Stunden Verzehren all ihr Denken. Ohne Raß Und stets gehetzt, gejagt und streng gebunden Sind, die zu frei von jeder Arbeitslast.

Sie meiden sich die Iden, kalten Stuben, Wo ihre Kinder jammern, wo das Grau'n Die Luft verdickt, wo blasse, mag're Buben Verküßt aus den verklebten Augen schaun.

Sie wüten gegen sich, wenn sie erwachen Aus stumpfem Brüten jäh in finst'rer Nacht, Man hört sie manchmal würgend, blechern lachen, Wenn sie an ihr erbärmlich Loß gedacht.

Sie drohen hilflos in den Sumpfen zu sinken, In dem der Iob, des' Leben sinnlos ist. Die Arbeitslosen all in Dual ertrinken, Wenn nicht die Hilfe kommt in kurzer Frist. Albert R r a n o l d.

Achtung vor Unfällen!

In jedem Haushalt, insbesondere in solchen, wo kleinere Kinder, genäsige Mädchen und wilde Duden sind, muß die Mutter sehr acht geben, damit keine Unfälle passieren, die man verhüten kann, wenn man nur vorsichtig ist.

Vor allem keine Lauge herumstehen lassen! Ein Kind ist neugierig und will alles befühlen, und die genäsigen Kinder wollen auch alles kosten, wenn die Mutter nicht hinschaut. Die Flasche mit der Lauge soll an einem Ort aufbewahrt werden, wo die Kinder nicht hin gelangen können. Sie soll immer zugestopft sein und man soll sie mit einer Etikette versehen, worauf ihr Inhalt vermerkt ist.

Nicht mit feuergefährlichen Stoffen bei offenem Licht hantieren! Mit Benzin, Ather, Spiritus, mit Petroleumöfen und -lampen muß man vorsichtig sein. Man darf in den Petroleumöfen und die -lampe nicht nachfüllen, während sie brennen; man darf mit dem Handschuhpuhen, mit dem Fleckpuhen und dem Waschen in Benzin nicht bei offener Flamme hantieren. Auch das Feuer im Ofen ist in diesem Falle gefährlich, wenn man auch keine Flamme heraus-schlagen sieht. Es entstehen zu leicht explosive Gase, die gefährlich sind.

Die Dystoflase soll nicht offen herumstehen und nicht dort aufbewahrt werden, wo ein Kind sie erreichen kann. Immer wieder derselbe Rat: Etikette aufkleben!

Man soll innerhalb der Wohnung ebenso wie auf der Straße keine Düstigale auf der Erde liegenlassen, weil die Familienmitglieder darüber stolpern und Arme und Füße brechen können.

Sehr wichtig ist die Instandhaltung des Gas-herdes. Man muß jeden Abend den Gashahn abschließen, damit nicht ausströmende Gase Vergiftungen hervorruhen. Aber auch auf die Hen muß man achten und schauen, daß Petroleum-, Gas-, Füll- und Dauerbrandöfen mit Abzugs-klappe für die gefährlichen Kohlenoxydgase versehen und diese geöffnet sind. Denn man riecht die Gase nicht sofort, wenn man im Raum selbst ist, und wird erst durch Kopfschmerzen und Ab-schleiten belehrt, daß nicht alles in Ordnung ist.

Besonders gefährlich ist das Leuchtgas. Man muß immer nachsehen, ob alle Gashähne verschlossen sind, da sich oft auch auf dem Gasherd durch Anstreifen oder durch ein in der Hand gehaltenes Tuch die Hähne drehen und öffnen. Auch wenn ein Gefäß mit Wasser oder einer anderen Flüssigkeit überlocht, wird die Gas-flamme verlöscht, das Gas aber nicht abgedreht, so daß es ausströmt. Wenn man aber in einer Wohnung Gasgeruch bemerkt, so muß man sofort den Gashahn abdrehen und alle Fenster gegenseitig öffnen, damit das Leuchtgas abzieht. Wenn der Gasgeruch bleibt, dann das Ge-brechen rasch anmelden!

Auf rostige Nägel, die vorstehen, auf Scheren und Messer achten, damit die kleinen Kinder sie nicht ergreifen. Wenn man sich mit einem rostigen Gegenstand verletzt hat, sofort die Wundstelle mit Jod befeuchten. Auch wenn

man eine Nadel in der Wäsche vergessen hat und sich beim Waschen sticht, sofort reinigen und mit Jod befeuchten, damit keine Eiterung, also keine Infektion eintritt.

Alte Medizinien soll man wegschütten, wenn man sie nicht mehr braucht. Denn man erinnert sich nach einiger Zeit nicht mehr an ihren Zweck und steht daher immer in der Gefahr, daß sie entweder falsch angewendet oder von einem Unberufenen, wobei ich natürlich immer zuerst an die am meisten gefährdeten Kinder denke, gekostet werden.

Wenn man eine Leiter benützt, soll man sie nach Gebrauch nicht herumstehen lassen, damit die Kinder nicht daran turnen. Aber man soll bei aufklappbaren Leitern immer acht geben, daß sie eingehakelt und versichert sind, damit sie beim Gebrauch nicht zusammenklappen. Eben-sowenig aber soll man, wenn man an einer hohen Stelle etwas zu tun hat, auf den Tisch einen Schemel, darauf ein Stodert und zum Schluß einen großen Pack Bücher darauf-türmen, um die gewollte Höhe zu erreichen.

Und noch eine wichtige Warnung: Nicht ohne Gürtel die Fenster puhen! Es ist eine ganz unangebrachte Eitelkeit, zeigen zu wollen, daß man schwindelfrei ist. Der Sicherheitsgürtel ver-leicht das Bewußtsein: Es kann dir nig g'schehen! Er hält, wenn man einmal das Un-glück hat, zu stürzen oder auszugleiten, so lange in der Balance, bis eine Hilfe zur Hand ist, und man kann sich auch allein an ihm anhalten und berfangen.

Also lieber vorsichtig sein, ehe es zu spät ist und man ein Unglück befragen muß.

Else Ehrlich.

Auflösung

des Kreuzworträtsels von voriger Nummer.

S	T	E	G	P	A	D	U	A
T	O	K	I	O	M	U	N	D
O	R	L	I	D	O	Z	E	
P	F	A	D	O	R	D	E	N
P	R	E	I	S	I	N		
F	M	R	E	B	E	G		
K	R	E	T	A	A	B	E	L
E	A	A	N	I	S	D	A	
I	G	E	L	R	E	G	E	N
M	E	N	G	E	L	I	N	Z

Stadt- und Landpost aus der Eisenwurzen

Volkerverfassungen.

Mit der Tagesordnung:
Die politische Lage in Österreich und die Ereignisse in Deutschland
finden nachstehende

Volkerverfassungen

statt: Samstag, 15. Oktober:
Neuhaus: 19 Uhr, Gasthaus Moderer.
Redner: Nationalrat Hans Müllner.
Kienberg: 18.30 Uhr, in der Werkantenne. Redner: Nationalrat Dr. Appel aus Wien.
Scheibbs, Neustift, Neubruck: 20 Uhr, in der Festhalle. Redner: Nationalrat Dr. Appel aus Wien.
St. Valentin: 19 Uhr, in der Seimstätte. Redner: Landtagspräsident Pechner aus Wien.

Sonntag, 16. Oktober:

Haag: 9 Uhr vormittags, Gasthaus Hoisbauer. Redner: Landtagspräsident Pechner aus Wien.
Bruckbach: 15 Uhr, Gasthaus Morawitz. Redner: Landtagspräsident Pechner aus Wien.
Ybbs: 15 Uhr, im Arbeiterheim. Redner: Gemeinderat Otto Eisinger aus Wien.
Randegg: Halb 10 Uhr vormittags, Gasthaus Kraus. Redner: Nationalrat Schnerberger aus St. Pölten.
Schaffersfeld: 15 Uhr, Gasthaus Ortmaier. Redner: Nationalrat Schnerberger aus St. Pölten.
Lackenhof: 10 Uhr vormittags, Gasthaus Fallmann. Redner: Nationalrat Müllner.
Langau: 14 Uhr, Gasthaus Frühwald. Redner: Nationalrat Müllner.
Ruchsenhuben: 10 Uhr vormittags, Gasthaus Weinberger. Redner: Abgeordneter Pauppill.

Genossen und Genossinnen! Sorgt für zahlreichen Besuch dieser Versammlungen.
Sozialdemokratische Bezirksorganisation Amstetten.

Vom Arbeiter Sport.

Sonntag, den 9. Oktober 1932, fand in Arbeiterheim in Amstetten die erste Gruppen-sitzung der Arbeiterfußballer des Ybbs- und Erlaufstales statt. Nachdem der Einberufer, Genosse Groch, die anwesenden Vereinsvertreter, zehn Delegierte von sechs Vereinen und als Vertreter des Raßf Genossen Blache, und als Vertreter der Gebietsorganisation Genossen Hammer begrüßte, wurde Genosse Hammer als Vorsitzender und Genosse Groch als Schriftführer für die Tagung gewählt. Über Vorschlag des Genossen Hammer wurde beschlossen, die neuzugründende Gruppe nach dem Wahlkreis „Eisenwurzen“ zu benennen, welcher Antrag einstimmig angenommen wurde. Nach verschiedenen Wechselreden wurde die Austragung der Meisterschaft beschlossen und nehmen an der Meisterschaft nachfolgende Vereine teil: Melf, Ybbs, Amstetten, Hausmenning und Kematen. Pöchlarn und Waidhofen spielen bereits in einer Meisterschaft und werden diese beiden Vereine an dieser Meisterschaft nicht teilnehmen. Nachdem die Neuwahl der Gruppenleitung durchgeführt wurde und die Genossen Groch, Dorninger und Pichner von Kematen, Zeilinger (Melf), Griesenberger (Amstetten) und Serbiach (Ybbs) gewählt wurden, wurde die Auslosung der Meisterschaftsspiele vorgenommen, welche folgendes Ergebnis zeitigte: 1. Ybbs, 2. Melf, 3. Gilm-Kematen, 4. Hausmenning, 5. Amstetten. Somit kommt nach diesem Schluß der Meisterschaft folgend zur Austragung: 16. Oktober: Melf—Gilm-Kematen und Hausmenning—Amstetten; frei ist der Verein Ybbs. Am 23. Oktober: Ybbs—Melf und Kematen—Hausmenning; frei ist Amstetten. 30. Oktober: Amstetten—Kematen und Hausmenning—Ybbs; frei ist Melf. 6. November: Melf—Hausmenning und Ybbs—Amstetten; frei ist Kematen. 13. November: Amstetten—Melf und Kematen—Ybbs; frei ist Hausmenning. Die Spiele werden auf den Plätzen der erstgenannten Vereine ausgetragen und ist jeden Sonntag ein Verein frei. Die Befragung der Schiedsrichter erfolgt durch das Schiedsrichterkollegium des Raßf Niederösterreich. Nachdem noch der Raßf und die Gebietsorganisation der Gruppe ein gutes Gedeihen sowie die Unterstützung dieser Organisationen versprochen, gab Genosse Blache noch Mitteilung, daß der Raßf dem Meister der Gruppenmeisterschaft einen Pokal widmet und die übrigen Vereine ein Diplom aus Anlaß der ersten Meisterschaft erhalten. Hierauf schloß Genosse Groch mit einem Dank und „Sport frei“ die Sitzung. Alle Zuschriften an die Gruppe Eisenwurzen sind an Genossen Franz Groch, Kematen an der Ybbs, Post Gilm-Kematen, zu richten.

Parteinarbeiten

Ergebnisse der Werbeaktion.

	Parteimitglieder	Eisenwurzen
Mauer-Öhling	21	7
St. Georgen an der Ybbs	—	5
Sonntagberg	60	75
Ennsdorf	—	2
St. Pantaleon	1	—
Zusammen	82	89

Mit den bisher ausgewiesenen stellt sich die Zahl der neugeworbenen Parteimitglieder auf 706, die der Leser auf 386. Wir schließen damit vorläufig die Veröffentlichung der Werbeergebnisse ab.

Engere Gebietsleitung. Dienstag, den 18. Oktober, um 16 Uhr im Arbeiterheim, außerordentliche Sitzung. Wichtige Tagesordnung, daher zuverlässiges Erscheinen aller Mitglieder notwendig.

Bezirk Amstetten

Amstetten. Fahrraddiebstahl. Am 1. d. wurde dem Hilfsarbeiter Leopold Spereder sein Fahrrad, das er vor dem hiesigen Krankenhaus in einem Fahrradständer untergebracht gehabt hatte, gestohlen. Das Fahrrad ist Marke „Styria-Globus“, Nr. 761.026, fast neu, und hat einen Wert von 210 Schilling. — Am Sonntag, den 2. d. M., wurde aus dem Vorhaus des Hauses Preinsbacherstraße 40 ein Damenfahrrad, welches die Hausgehilfin Katharina Nabegger aus Kollmitzberg, während sie in der Kirche war, dort eingestellt hatte, gestohlen. Dieses Fahrrad hat schwarzen Rahmen, solche Felgen mit grünen Streifen, ist ziemlich abgenutzt und 150 Schilling wert. Die Täter sind in beiden Fällen unbekannt und wurde deren Ausforschung eingeleitet. — Einbruchsdiebstahl. In der Nacht zum 5. Oktober d. J. haben bisher unbekannte Täter in die Werkstätte des hiesigen Feilenhauers Josef Hilber, Hauptplatz 32, einen Einbruch verübt und aus einer Lade einen Geldbetrag von etwa 140 Schilling gestohlen. Wie festgestellt wurde, haben die Täter von einem von der Werkstätte in die alte Zeile mündenden Fenster, das an einer Ecke einen Sprung hatte, und mit einer Meißelschneise versehen war, die Schiene losgelöst und sodann das Bruchstück der Glas-tafel entfernt. Durch das auf diese Weise geschaffene Loch haben sie das mit Reiber verschlossene Fenster geöffnet und konnten, da das Fenster nicht vergittert ist, ohne Mühe in die Werkstätte einsteigen. Die Täter, die mit den örtlichen Verhältnissen vollkommen vertraut gewesen sein dürften, haben aus einer unter der Feilenhauerbank befindlichen Lade, die zwar nicht abgesperrt, aber mit einem Nagel abgeschlossen war, das in ein-geweihte dieselbe nicht öffnen konnten, den angeführten Geldbetrag gestohlen. Die Ausforschung der Täter wurde in die Wege ge-

leitet. — Funde. In der letzten Zeit wurden nachstehend angeführte Sachen bei der Sicherheitswache als Funde abgegeben, und zwar: eine SundaSpeitche, sechs Stück Herren-tragen, eine Geldbörse mit kleinem Geld-betrag, ein Stück Leinwand, eine Wollweste, eine Wäscheleine, ein Paar Augengläser und einige Geldnoten. Die Verlustträger können diese Sachen gegen Nachweisung des Eigen-tumsrechtes bei der städtischen Polizei be-heben.

Amstetten. Sine ingeplumpst. Was wir erwarteten und mit Sicherheit vor-aussagen, ist prompt und pünktlich ein-getroffen. Die Nazi, diese sonderbare „Ar-beiter“partei, hat sich des Herrn Ita an-genommen und seine Sache zu der ihren ge-macht. In ihrem Schaufenster ist der Titel-kopf unserer vorigen Nummer sowie die Er-klärung im Fall Ita aufgeklebt und gleich darunter mit Bleistift geschrieben: „Das rote Schmier- und Lügenblatt im eigenen Dred erstickt.“ — Nun, wir werden den Nazi und einer breiteren Öffentlichkeit noch Gelegen-heit geben, wer im „Dred und in der Schande erstickt.“ Wir erwarten von den Nazi, daß sie diese Darstellung ebenso anbringen und damit den geistig Armen, die ihnen noch nachlaufen, ihre eigene Schande zur Schau stellen werden. Und damit sie sich keine Aus-lagen machen müssen, werden wir ihnen das betreffende Material kostenlos zustellen.

Blindenmarkt. Vom Krüppelkreuz. Auch in Blindenmarkt preisen die Agenten der „braunen Pest“ das Dritte Reich in allen Tonarten an. Sie scheinen mit ihren natio-nalen Schlagworten auf die Unwissenheit jener Menschen zu spekulieren, die nach dem Worte des Dichters noch nicht „alle“ ge-worden sind. Dabei hat diese Partei längst alle nationale Würde durch ihren Verrat an Südtirol eingebüßt. Um sich das Wohlwollen des Herrn Mussolini zu erwerben, haben sie 200.000 Deutsche, die wahre Märtyrer unter der italienischen Herrschaft erdulden müssen, preisgegeben. Der Faschismus hat erst kürz-lich zum Hohn ein italienisches Siegesdenk-mal in Bozen, dieser ferndeutschen Stadt, er-richtet, und reichsdeutsche Nazi waren es, die am 9. Dezember 1931 einen Lorbeerkranz mit einem Band in den italienischen Farben an diesem Denkmal niedergelegt haben. Wenn die Nazifrauste zu euch kommen, werft sie daher hinaus!

Bez. St. Peter in der Au

Markt Mchbach. Eine Geschmach-losigkeit. Der Sahnenschwanz ist auch in Mchbach ziemlich zergaunert, die meisten Mit-glieder des Heimatklub sind mehr oder minder reumütig wieder in ihre angestamm-ten Parteifälle zurückgekehrt, ein großer Teil hat zu den Sahnenschwanz hinübergewechselt, ein kleiner, schäbiger Rest ist noch manchmal bei freudigen oder traurigen Anlässen zu sehen, ein Bild von vergangenere Herrlichkeit. Natürlich sind auch die Versammlungen flau

Zusammenschluß der Heimwehr?

Raab will mit Starhemberg zusammengehen.

Den Christlichsozialen geht es schlecht, sehr schlecht. Von Wahl zu Wahl laufen ihnen immer mehr Wähler davon, ihr Anhang in den Städten schmilzt wie Schnee in der Sonne, und die einst so mächtige Partei büßt immer mehr an Vertrauen ein. Sie fürchtet sich daher auch vor Neuwahlen wie der Teufel vorm Weihwasser und stellt alle ihre Handlungen darauf ein, einem vor-zeitigen Volksgericht aus dem Wege zu gehen. Trotz ihrer schlechten Lage, trotz aller bösen Erfahrungen, die die Christlichsoziale Partei mit ihrer volksfeindlichen Politik bisher ge-macht hat, scheint sie doch nichts daraus lernen zu wollen. Wie ein von bösen Geistern Be-seßener rennt sie weiter ins Verderben und reißt schließlich auch die Bevölkerung mit. Die österreichische Wirtschaft kann auch da-von ein Lied singen.

Eine der bedenkenlichsten Handlungen war die Notheirat mit dem Sahnenschwanz. Mit seiner Eingliederung in die Regierungs-mehrheit haben die Christlichsozialen zwar keine sichere Mehrheit erhalten, es ist ihnen nur gelungen, das kümmerliche Häuflein noch zu spalten und daraus drei Sahnenschwänze zu machen: einen „schwarzen“, unter Füh-rung Starhembergs, einen „brau-nen“ mit Pfrimmer und Sueber, und einen ganz kleinen „grünen“ mit Hainzl und Ebner. Diese Sahnenschwänze taugen nichts mehr, sie werden bei den nächsten Wahlen verschwinden, vorher aber möchten die Christlichsozialen noch den einen oder anderen sich auf den Gut stücken. Am leichtesten ist wohl der „schwarzgefärbte“ des Herrn Starhemberg zu erwerben und so gehen seit Eintritt in die Regierung die Bemühungen der Christlichsozialen dahin, die „Starhemberger“ für eine gemeinsame Wahlfront einzufangen, damit durch den Gewinn von ein paar tausend Stimmen doch

noch das eine oder andere gefährdete Chris-tlichsoziale Mandat gerettet werden kann.

Als einen Schritt auf diesem Wege kann wohl die Kreistragung der niederöster-reichischen Heimwehr am 2. Oktober in St. Pölten gewertet werden, in der Herr Raab als Führer der niederöster-reichischen Heimwehr,

einem Zusammengehen der österreichischen Wehrorganisationen das Wort redete, um die Regierung, die unter einem schwierigen parlamentarischen Kräfteverhältnis arbeite und eine „starke Hand“ gegen die Ex-tremisten von links und rechts benötige, zu stützen!

Herr Raab ließ sich denn auch vom Kreis-tag einstimmig ermächtigen,

mit dem Bundesführer des Heimatklubes, Herrn Starhemberg, Verhandlungen wegen eines gemeinsamen Vorgehens zu pflegen.

Also, die beiden, bereits in Verwesung be-griffenen Kadaver, niederösterreichische Heim-wehr und Heimatklub, sollen durch „gemein-sames Vorgehen“ wieder zu neuem Leben erwachen! Sie sollen den Herrn Dollfuß, statt mit Einsicht, mit der Gewalt der Ma-schinengewehre und Handgranaten „stützen“. Nicht mehr „Sturz“, sondern „Stützung der Regierung“ ist jetzt Heimwehrlösung. Der mit Schimpf und Schande davongejagte „Verräter von Korneuburg“ will den gleich-falls bereits abtrünnigen Starhemberg für eine freiwillige Regierungspolizei einsaugen, die nötigenfalls der Mehrheit der öster-reichischen Wehr den Glauben an die Güte und Weisheit des Herrn Dollfuß und seiner Regierung beibringt!

Na, viel Glück auf dem Weg! Wenn schon die Ordnungsmacherei nicht gelingen wird, daß der christlichsoziale Faschismus den Heim-wehrstockfisch verpeisen wird, ist ziemlich sicher.

befucht, kurz und gut, die Verfallserchei-nungen sind so offensichtlich, daß man es an den Fingern abzählen kann, wann die un-widerstehliche Volksbewegung sich „aus-bewegt“ haben wird. Trotzdem bleibt es un-verständlich, wieso Herr Kronberger, Straßen-meister in Neufurt und Seimwehrmacher, eine Grabrede benützte, um für seine Partei die Werbetrommel zu rühren. Samstag, den 8. Oktober, war das Reichenbegängnis des durch einen Motorradunfall tödlich verunglückten Kassiers der Molkerei Mchbach, Josef Hois-bauer. Da letzterer bei der Seimwehr war, rückten zwei Dutzend Seimwehrläufer aus, und Kronberger war nun geschmacklos genug, in seinem Nachruf, den er dem Toten hielt, auf den 15. Juli 1927 hinzuweisen, den brennen-den Justizpalast wieder an die Wand zu malen und mit allerlei Kraftmeierworten herumzuwerfen. Kronberger verwechselte den Friedhof mit dem Versammlungslokal beim Nagl. Sein Verhalten hat im allgemeinen peinlich berührt, und auch Menschen, die uns fernstehen, haben darüber offen ihren Un-willen gezeigt. Durch solche Taktlosigkeiten wird Herr Kronberger den Sahnenschwanz nicht retten, weil da nichts mehr zu retten ist.

Kematen. Volksversammlung. Samstag, den 1. Oktober, sprach in einer sehr gut besuchten Versammlung in der Turnhalle Nationalrat Wilhelm Wache aus Schwedat über die Lage in Österreich und die Ereignisse in Deutschland. Der Redner verstand es durch seine klaren Ausführungen das Interesse der Zuhörer zu fesseln. Ein Kommunist fühlte das Bedürfnis, sich durch allerlei konfuse Zeug zu blamieren. Es war Wache ein Leichtes, den Kommunisten zu widerlegen.

Kematen. Sonntag, den 9. Oktober, standen sich Kematen—Hausmenning im Fußballort gegenüber. Das Spiel, welches sehr scharf von beiden Mannschaften ausge-tragen wurde, wobei zu erwähnen ist, daß der Sportler Reiner der Hausmenninger Mannschaft sehr grob spielte und vom Spiel bestimmt ausgeschlossen worden wäre, wenn ein Verbandschiedsrichter anwesend gewesen wäre, wurde der erste Treffer gegen Kematen von Renner geschossen. Kematen glückte in der 3. Minute durch Pichner aus Neger brachte den Torstand für Kematen auf 2 Tore. Nachdem Sonnleitner (Kematen) ein Foull machte, konnte Hausmenning durch einen Elfer, welcher durch March sehr schön ins Eck geschossen wurde, ausgleichen. Neger brachte den Stand auf 2:3 für Kematen und Renner glückte in der 40. Minute aus. Nach der Halbzeit war Hausmenning den Ke-matner unterlegen und wurden von Neger noch zwei Tore, von Pentabor und Ober-maier je eines und Huber ein weiteres Goal geschossen. Das Spiel endete mit dem Er-gebnis 3:8 für Kematen. Beiden Mann-schaften raten wir, künftighin ruhiger zu spielen, ansonsten sie die Zuschauer am Platz verlieren.

Kematen. Die Fußballmannschaft von Kematen gibt bekannt, daß das nächste Wett-spiel (Meisterschaftsspiel) am Sportplatz in Kematen am 23. Oktober gegen Hausmenning ausgetragen wird und ist ein Verbands-schiedsrichter am Platz, welcher das Spiel leitet. Kommenden Sonntag trägt der Verein sein erstes Meisterschaftsspiel im Melf aus und wird die Mannschaft folgend aufgestellt: Hante; Sonnleitner, Huber; Schärner, Fraundorfer, Pirz; Obermaier, Gohrt, Kritz, Max Dorninger, Pichner. Schiedsrichter Kapeller.

Bezirk Haag

Haiderhofen. Volksversam-m-lung. In Traubhaus Gasthaus referierte am Sonntag, den 2. Oktober, Nationalrat Wache über die politischen Verhältnisse in Österreich und Deutschland und erntete für seine gediegenen Ausführungen reichen Bei-fall. Der Lokalausschuß wird in der nächsten Zeit darangeben, durch eine Werbeaktion neue Mitglieder für die Partei zu gewinnen.

Haag. Ein kritisches Nachwort zur Stadterhebungsfest. Die Reden, die bei der Eröffnungsfest gehalten wurden, verdienen ein paar kritische Bemerkungen. Der Landeshauptmann erzählte von der Wohlhabenheit der Bürger und Bauern in Haag. Wie schade, daß die „wohlhabenden“ Bürger und Bauern keine Ge-legenheit hatten, ihm ihre leeren Briefkästen zu zeigen, und ebenso schade, daß die unge-fähr 150 Arbeitslosen sich bei Herrn Burech nicht vorstellen konnten! Er wäre dann schon draufgekommen, daß die Rede — Woch war. Dann war sehr viel von „Heimatreue“ und „Gottestreue“ der Bürger und Bauern die Rede; die Arbeiter waren in diesen Reden überhaupt nicht erwähnt. Selbst in der Rede des Bundespräsidenten, der sich wenigstens einmal der Arbeiter erinnerte, gewann man den Eindruck, daß die Arbeiter nur so neben-bei mitzählen. — Diese Geringschätzung der Arbeiter zeigt sich ja auch in der Behandlung; man hat vor und während der Festtage in den Betrieben bis zu 16 und 18 Stunden arbeiten lassen; die gesetzlichen Schutze-stimmungen für Arbeiter und Lehrlinge

scheinen in Haag überhaupt nicht zu existieren. — Der Herr Bürgermeister hat das goldene, der Ortspfarrer das silberne Verdienstkreuz der Republik erhalten, während der Organisationsleiter und Präsident der Ausstellung, Herr Biele, vollständig leer ausging, ja in den offiziellen Ansprachen nicht einmal erwähnt wurde. — Ein Kuriosum sei noch mitgeteilt: Am Eröffnungstag trug ein Junge eine Kinoreklametafel herum, worauf in großen Lettern zu lesen war: „Bilder von der Begräbnisfeier des Altbundeskanzlers Doktor Seipel“ und knapp unterhalb stand: „Der unsterbliche Lump“, die Ankündigung des neuen Films, der diesen Titel führt. — Die Mistfatale wurde aber doch bald entdeckt, und „Der unsterbliche Lump“ überlebt...

Bez. Waidhofen a. D.

Waidhofen an der Ybbs. Gerichts-tag beim hiesigen Heimatschutz. Beim hiesigen Bezirksgericht wurde am 5. Oktober der Heimatschutzunterführer, Zahnarzt Dr. Frisch, wegen leichter Körperverletzung seiner Frau zu 80 Schilling verurteilt. Doktor Frisch manipulierte mit einem geladenen Mammlicherfingerring, das Gewehr ging los, wobei eine Kugel den Schenkel seiner Frau durchbohrte. Dieses Ereignis wäre kaum erwähnenswert, wenn nicht Herr „Edi, General v. Hahnenkeiß“, kurze Zeit vorher einen Anschlag veröffentlicht hätte, wo er einen gleichen Fall, der sich im Schutzbund ereignet hat, mit „Schutzbündler, steckt's euch gelbe Mühen ein!“ verhöhnt hätte. Doch gleich auf den Fuß folgte dann der Zwischenfall beim Oberlandführer, und tragen wir unserem Edi auf, seinem Unterführer „eine gelbe Mühe“ zu widmen. — Im übrigen hat auch der Heimatschützer G. seinen Arbeitskollegen auf der Arbeitsstätte angeschossen, oder hat unser Edi dies etwa nicht mehr in seinem Erinnerungsvermögen?

Waidhofen an der Ybbs. Der städtische Oberförster als Waffenverteiler. Oberförster Karner, ein Beamter der Stadt, der nebst besonderen beruflichen Eigenschaften auch Sturmführer der Heimatschützer ist, hat, wie eine Verhandlung vom 5. d. M. ergab, Waffen an seine Leute verteilt, damit sich diese gegen die „Barackenbolkschweifen“ wehren sollen. Die Empfänger der Waffen bekamen ihre Strafe, der Verteiler ging aber frei, oder greift die Behörde erst ein?

Waidhofen an der Ybbs. So sind sie, die Nazis. Unsere Waidhofener Nazis haben im letzten „Vötele“ mit ihrer Menschlichkeit renommiert, indem sie S. A. als Menschenretter von Mauris darstellen und fragen, ob so eine braune West aussieht... Da wollen wir den Herren doch ein wenig das Erinnerungsvermögen auffrischen, ob die „Muthunde, Blattenbrüder“ usw., wie der „Vötele“ in einem Satz allein den Schutzbund bezeichnet, nicht bei Lebensgefahr einen der „Nhren“ aus den Huten der Donau in Ybbs im heurigen Sommer gerettet haben, während deutsche Turner am Donauufer warteten, bis der Schutzbündler den Hakenkreuzler aus den Wellen holte. Die Gefahren der Donau bei Nacht haben unsere Schutzbündler von Ybbs — die wohl wußten, daß Hakenkreuzler ums Leben ringen — nicht abhalten können, ihrer Menschlichkeitspflicht zu genügen, ohne zu renommieren. Oder weiß der Naziberichtersteller nicht, daß Wiener Schutzbündler einen verletzten Nazi verbanden, während seine Gefinnungsgeossen ihn feig im Stiche ließen? Nur nicht immer renommieren, denn wir sind immer in der Lage, Tatsachen, die ihre Renommierereien Lügen strafen, aufzuzeigen! Schließlich gratulieren wir zum Verichtigungsrummel der „Döh“ und fragen den Scharfatenredakteur der Nazi, ob ihm etwa der Stoff gegen die „Mein“-Marristen ausgegangen ist?

Bezirk Gaming

Kienberg. Volksversammlung. Nationalrat Dr. Karl Appel aus Wien spricht am Samstag, den 15. Oktober, um halb 7 Uhr abends in der Kantine in Kienberg über das Thema: Die politische

Lage in Österreich und die Ereignisse in Deutschland. Außerdem Filmvorführung: „Sturm über Asien“. Regiebeitrag: 50 Groschen, Arbeitslose 20 Groschen. Männer und Frauen! Kommt in diese Versammlung und hört, wie die bürgerlichen Parteien in Österreich regieren und wie das deutsche Volk durch die Schuld der Nationalsozialisten die Beute der Junker und Schwerindustriellen wurde.

Kienberg-Gaming. Aus der Lokalorganisation. Die Lokalorganisation fühlt sich verpflichtet, ihren Mitgliedern über das Ergebnis der mit 1. Juni 1932 begonnenen und nunmehr abgeschlossenen Werbeaktion zu berichten. Es wurden gewonnen: Männer 54, Frauen 24, zusammen 78 Parteimitglieder. Für die Eisenwurzen wurden erworben: 13 Vollzahlerabonnenten und 47 Arbeitslosenabonnenten. Mit Rücksicht auf das schöne Ergebnis dieser Werbeaktion spricht die Lokalorganisation den Sektionen und jeder einzelnen Vertrauensperson für ihre der Partei geleistete Arbeit den wärmsten und aufrichtigsten Dank aus. Der erzielte Erfolg der Werbeaktion möge jeder Genossin, jedem Genossen und jeder Vertrauensperson ein Ansporn sein, weitere Mitglieder zu gewinnen; nicht ruhen und rasten und die Idee des Sozialismus auch weiter hinaustragen.

Kienberg-Gaming. Unsere Vertreter in den lokalen Körperschaften. Nachstehend bringen wir die gewählten Funktionäre in den einzelnen Körperschaften zur Kenntnis. Von unserer Gemeinde sitzen als Vertreter der Partei im: Bezirksfürsorgeamt: Wilhelm Böschhader, Wally Böschhader, Leopold Jagersberger; Bezirksstraßenrat: Bürgermeister Alois Ganich, Johann Schöfer, Rudolf Oberndorfer. Als Ortsfürsorgegeräte wirken: Fritz Steinhammer, Heinrich Fallmann, Matthias Urban, Franz Bogenreiter, Wally Böschhader, Leopold Stieblehner, Johann Gnadenberger, Josef Schroll.

Gaming. Filmvorführung. Die Lokalorganisation und Sektionsleitung ladet alle Parteimitglieder zu der am Freitag, den 14. Oktober 1932, um 7 Uhr abends in Stöckls Gasthaus in Gaming nach § 2 des Versammlungsgesetzes stattfindenden Schmal-Filmvorführung ein, bei welcher das größte Filmmittel 1931: Sturm über Asien, ein äußerst spannender russischer Revolutionsfilm, zur Vorführung gelangt. Regiebeitrag: 50 Groschen, Arbeitslose 20 Groschen.

Gresten. Aus der Konsumgenossenschaft. Sonntag, den 25. September, veranstaltete die hiesige Filiale des Konsumvereines Böchlarn-Neuda im Saale des Herrn Thusswald einen Kaffeemittag für ihre Mitglieder. Vor dem Kaffeemittag hielt der Landtagsabgeordnete Rauppl einen kurzen Vortrag über die 25jährige Tätigkeit des Vereines, wobei er allen Mitarbeitern an dem Aufbauwert für ihre rege Mithilfe den besten Dank aussprach. Genossenschaftlerin Sazonz aus Wien, welche hierauf über „Die Frau in der Genossenschaft“ sprach, verstand es in ausgezeichneter Weise, die Anwesenden von der überaus wichtigen Notwendigkeit des wirtschaftlichen Zusammenschlusses in der Genossenschaft zu überzeugen. Ihre Ausführungen fanden ungeteilten Beifall, und ist zu hoffen, daß viele Frauen nun von der Notwendigkeit des wirtschaftlichen Zusammenschlusses in der Genossenschaft überzeugt sind. Nun wurde der Kaffeeservice. Gegen einen Regiebeitrag von 40 g erhielt jeder eine Schale Kaffee samt Kipfel, wobei man sich die Schale behalten konnte. Es wurde nun ein Schmalfilm über die „Aufbauarbeit in der Konsumgenossenschaft“ vorgeführt, sowie ein Lustspiel, wodurch nebst den Ausführungen der Unterhaltungssktion für den gemütlichen Teil der Veranstaltung entsprechend gesorgt war. Zum Schluß dankte der Aufsichtsrat Karl Mayer allen, die an dem Gelingen der Feier Anteil hatten, und appellierte noch einmal an die Anwesenden, in Treue und Zueversicht an dem Genossenschaftsgedanken festzuhalten.

Bezirk Scheibbs

Wieselburg. Wie sie die Gesetze auslegen. Wir entnehmen dem Organ der Freien Lehrgewerkschaft, der „Freien Schul- und Lehrzeitung“, einen Aufsatz, den wir wegen der Wichtigkeit des Falles sowie zur Illustration, wie die obersten Schulbehörden mit den Gesetzen umspringen, veröffentlichen.

Ein Versuch, ihn aufzuheben.

Ort der Handlung: Scheibbs. Sündelnde Personen: Ein Bezirkshauptmann, berüchtigt durch seinen Erlass, daß die Lehrer bei Stellenbewerbungen zu „bitten“ haben; ein Bezirksschulinspektor schwarzer Couleur namens Namek; ein Hauptschuldirektor, derzeit Mitglied der christlichen Lehrgewerkschaft, bis zu seiner Ernennung Bezirksobmann der freizeithilflichen Unpolitischen Gewerkschaft, namens Franz Stidl, dem der Glöckel-Erlass einst zu wenig radikal war; ein Konjurist unbekanntem Namens, aber bekannter Gefinnung aus dem niederösterreichischen Landesschulrat.

Zeit der Handlung: Weihnachtszeit 1931. Also diese vier Freiheitsfanatiker haben sich zusammengetan, den durch Glöckels Erlass vom Jahre 1919 aufgehobenen Zwang für die Schulkinder zur Teilnahme an den religiösen Übungen wiederherzustellen. Hauptakteur war Stidl, der gern den blauen Fleck von seiner schwarzen Seele abwischen möchte, einmal Mitglied einer „freizeithilflichen“ Lehrorganisation gewesen zu sein. Es genügt scheinbar nicht, daß er als aktiver unpolitischer Bezirksobmann mit fliegenden Fahnen ins Lager der Christlichen eilte, er muß die Echtheit seiner neuen Gefinnung durch weitere Taten erweisen und tobt jetzt seinen Latendrang an wehrlosen Kindern aus. Dieser Kollege Stidl nun machte gelegentlich der Weihnachtsbeichte 1931 die Beobachtung, daß die Mehrzahl der Kinder der von der Gemeinde Wien in Weinzügel unterhaltenen Erziehungsanstalt nicht an der religiösen Übung teilnehme. Stidl ist Hauptschuldirektor in Wieselburg an der Erlass, mag sich diesbezüglich um die Kinder seiner Schule kümmern und sollte die Kinder der Erziehungsanstalt ungeschoren lassen — sollte man meinen. Ein ehemaliger echter deutscher Neke tut das nicht, vielmehr erstattet er — eine „Melbung“ an den Bezirksschulrat. Das ist keine Denunziation, lieber Leser!

Dieser Bezirksschulrat nun, personifiziert und charakterisiert durch den Herrn Bezirkshauptmann und den Herrn Bezirksschulinspektor, den wir gelegentlich der Darstellung des Falles Labuda in St. Anton a. d. S. vorgeführt haben, beschließt, den roten Verwaltern der Erziehungsanstalt den Herrn zu zeigen. Und nachdem in Niederösterreich in solchen Dingen guter Rat keineswegs teuer, vielmehr billig zu haben ist, wenden sich die beiden Herren an den Landesschulrat für Niederösterreich. Dort findet sich sofort ein in derlei Fragen speziell versierter Rechtsgelehrter, der einen „Bescheid“ konstruiert, diesen „begründet“ und ihn als Eigenprodukt des Bezirksschulrates Scheibbs durch diesen der Leitung der „bolschewikischen“ Erziehungsanstalt und als Zeichen der Anerkennung für den merkwürdigen Dienst auch Herrn Stidl (!) zukommen läßt.

Dieser Bescheid hat folgenden Wortlaut: Bezirksschulrat Scheibbs. 3. VI-20/3. am 14. März 1932. Wieselburg a. d. E., Religiöse Übungen.

Beschied. Laut Melbung der Direktion der Volks- und Hauptschule in Wieselburg a. d. E. hat an der am 17. und 18. Dezember 1931 dajelbst stattgefundenen Schulkinderbeichte und -kommunion die überwiegende Zahl der in der Erziehungsanstalt in Weinzügel untergebrachten Schulkinder nicht teilgenommen; wie von der Leitung dieser Erziehungsanstalt angegeben wurde, weil die betreffenden Schulkinder an diesen religiösen Übungen nicht teilnehmen wollten und, da dies ihrem freien Willen überlassen bleibe, auch nicht dazu gezwungen werden könnten.

Unter Ausstellung dieser geschwätzigen Nichtteilnahme der Anstaltskinder an den eingangs angeführten religiösen Übungen wird die Anstaltsleitung als verantwortliche Erzieherin auf-

gefordert, in Zukunft bei eigener voller Verantwortung unbedingt dafür vorzuzusehen, daß diese Kinder sich an den von der staatlichen Schulaufsichtsbehörde dem Leiter der Volks- und Hauptschule in Wieselburg a. d. E. jemeits bekanntgegebenen religiösen Übungen ordnungs- und pflichtgemäß beteiligen.

Begründung.

Die Anstaltsleitung vertritt gegenständlich den Standpunkt, daß der Erlass des österreichischen Unterrichtssekretärs für Unterricht vom 10. April 1919, Z. 950/U, betreffend die Teilnahme der Schüler an religiösen Übungen, noch in Kraft sei, die Kinder der Anstalt daher zur Teilnahme an diesen Übungen nicht gezwungen werden können und es ihnen freistehe, an den religiösen Übungen teilzunehmen oder nicht.

Dies widerspricht jedoch den geltenden gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften; denn durch den allenfalls von den Schulbehörden gegenüber den Eltern oder verantwortlichen Erziehern ausgeübten Zwang zur Teilnahme der Kinder an den religiösen Übungen findet weder eine Verletzung der Glaubens- und Gewissensfreiheit (Staatsgrundgesetz aus 1867 und Staatsvertrag von Saint-Germain), noch etwa eine Verletzung des Gesetzes zum Schutze der persönlichen Freiheit (vom 27. Oktober 1862, RSVL Nr. 87) statt.

Der Hinweis auf den Erlass des Unterrichtssekretärs für Unterricht vom 10. April 1919, Z. 950/U, Volkserziehung Nr. 9, ist nicht stichhaltig, da die Pflicht zur Teilnahme an den religiösen Übungen sich aus Gesetzesbestimmungen (RSV. und Gesetz vom 25. Mai 1868, RSVL Nr. 48 — vergl. Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 11. Dezember 1902, Z. 10.612, Budw. Vo. 1894 A) gründet, welche durch den erwähnten Erlass nicht aufgehoben werden konnten.

Ergeht gleichlautend:

1. An die Direktion der Erziehungsanstalt der Stadt Wien in Weinzügel zur Kenntnis mit dem Beifügen, daß gegen diesen Bescheid binnen zwei Wochen nach erfolgter Zustellung die Berufung beim Bezirksschulrat Scheibbs eingebracht werden kann.

2. An die Direktion der Volks- und Hauptschule in Wieselburg a. d. E. zur Kenntnis und gegebenenfalls weiteren Veranlassung. Der Bezirksschulrat Scheibbs als Vorstehender: (Unterschrift unleserlich).

Eine Berufung an den Landesschulrat hatte natürlich keinen Erfolg, und so ist die Sache derzeit beim Unterrichtsministerium anhängig. Falls wir des Glückes teilhaftig werden sollten, in Herrn „Unterrichts“-minister Hintelen auch weiterhin den obersten Chef unserer Unterrichtsverwaltung zu erblicken, ist nicht abzusehen, wann der Refkurs erledigt wird. Hintelens ministerieller Hauptberuf liegt bekanntlich in der ihm viel mehr zuzugewandten Führung der endlosen Ausgleichsverhandlungen mit den Auslandsgläubigern der Kreditanstalt. Bis dahin müssen wir also warten. Gerichtet aber ist vor der Lehrerschaft schon jetzt und für alle Zeiten der Herr Kollege Stidl. Er ist bekanntlich weder ein Überläufer noch ein Denunziant.

Burgstall. Abschied. Sonntag, den 25. September, verließ uns wieder ein tüchtiger Genosse und Funktionär. Die Lokalorganisation verlor in dem Genossen Alois Futterer einen ihrer tüchtigsten Mitarbeiter, Berater und Funktionär. Futterer war lange Jahre Obmann, nachher Obmannstellvertreter. Die Übersiedlung kam so rasch und unerwartet, daß die Mitglieder der Organisation nicht einmal in der Lage waren, ihm persönlich den Dank für seine Mitarbeit auszusprechen. Wir wünschen dem Genossen Futterer auf seinem neuen Posten in Böchlarn das beste Wohlergehen und hoffen, daß er dort ebenso tüchtig und schneidig die Reaktion bekämpft, wie er es hier zuwege brachte. Wir rufen ihm zum Abschied ein fröhliches „Freiheit“ zu.

Neustift. Vom Ortsfürsorgeamt. Auf Grund des Wahlergebnisses vom 24. April 1932, gehören der Fürsorgekommission, welche aus zwölf Mitgliedern besteht, sechs Mitglieder der sozialdemokratischen Partei an. Es sind dies: Florian Hüsselberger, Neustift 22; Johann Daxler, Einjelberg 13; Johanna Sieberer, Neustift; Matthäus Sperl, Neustift; Franz Daurer, Miesenbach; Theodor Walter, Zueggaben.

<p>Amstetten Führer durch die Geschäftswelt</p> <p>SCHLESINGER-SCHUHE</p> <p>Die Molkerei Amstetten empfiehlt ihre erstklassigen und hochwertigen Molkereierzeugnisse, wie pasteurisierte Vollmilch, Rahm, Schlagobers, Butter, Speisetopfen und verschiedene Sorten Käse bester Qualität. / Erhältlich in den hygienisch eingerichteten Verkaufsstellen und Milchtrinkhallen: Amstetten, Hauptplatz 23 (Gruberhaus), Tel. 195-4 und Kubastastraße 7, Tel. 184-3</p> <p>Milchzustellung auf Wunsch in Flaschen ins Haus</p> <p>JOHANNA GUTSCHMIDT</p>		<p>Frisiersalon Heinz Amstetten, Waidhofnerstraße</p> <p>Leset und verbreitet die „Eisenwurzen“!</p> <p>Billigste Einkaufsquelle bei nur bekannt guter Ware:</p> <p>Restenhaus Fialla</p> <p>Amstetten Linzerstraße 5</p> <p>Greinsfurt</p> <p>Dampfbäckerei Heinz liefert prompt ins Haus</p> <p>Insertatenwerbung für das Stadtgebiet von Amstetten HARTINGER JOSEF, Gemeinderat in Amstetten, Graben 52</p>		<p>Waidhofen a. d. Ybbs</p> <p>Josef Wagners Gasthaus „Zum Mohren“ Billige Speisen, Stiegl-Bier, Gasthausgarten</p> <p>Auto- und Motorrad-Reparaturwerkstätte M. Pokerschnigg u. H. Kröllner, Tel. Nr. 113 Waidhofen an der Ybbs</p> <p>Allgemeiner Konsumverein „Pöchlarn-Neuda“</p> <p>Verkaufsstellen in: Neuda — Wieselburg — Scheibbs — Kienberg — Langau — Lackenhof — Gresten — Ybbs — Amstetten — Mauer — Blindenmarkt — Loosdorf</p>	
<p>Frisiersalon Hanisch Amstetten, Ardaggerstraße</p> <p>Musikinstrumenten- u. Saiten-Erzeugung KARL FREY Alle Reparaturen</p> <p>RUDOLF GEYRHOFFER Teppiche // Vorhänge // Linoleum HAUPTPLATZ 5</p> <p>Radioapparate — Reparaturen J. Eisl, Ardaggerstraße 50</p>		<p>RESTAURANT ARBEITERHEIM Ardaggerstraße Nr. 28</p> <p>Radio-Apparate sämtliche Erzeugnisse nur bei Karl Geyrhofer, Amstetten Verkauf auch auf Teilzahlung!</p> <p>Reserviert</p>		<p>Friedrich Treiber Dampfbäckerei</p> <p>HEINRICH PARGFRIEDER Steinholz- und Terrazzo-Unternehmung Amstetten, Waidhofnerstraße 16</p> <p>Karl Ebner, Fleischhauer und Selcher Telephon 8/197</p> <p>Lastautounternehmung Karl Ebner Amstetten, Ardaggerstraße 16 empfiehlt sich zu Lohnfuhrwerk jeder Art</p>	

Der Landwirt

BAUERN UND ARBEITER GEHOREN ZUSAMMEN!

Oktober.

Farben versprühend, golden verglühend scheint uns die Sonne zum letztenmal. Milde Lüfte stehen auf den Bergen. Unten im Tal schon Todesdüfte.

Krankende Nebenstrogen von Leben. Silber im Tal der erste Reif, Weiden voll Trauer streuen ihre Blätter. Ein Regenstreif bringt Todessehner.

Sellmuth Farms.

Teils beweglich — teils unbeweglich.

Agrarpolitische Rundschau.

Von Dr. Otto Ehrlich.

Zur Förderung der Mästung von Großvieh ist im Sommer das

Mastkreditgesetz

beschlossen worden. Viehmast erfordert Betriebskapital. Gegen Verpfändung des zu mästenden Viehs konnte Kredit bisher nicht aufgenommen werden, weil nach dem bürgerlichen Gesetzbuch das verpfändete Vieh dem Gläubiger in den Gewahrsam übergeben werden muß. Das Mastkreditgesetz läßt die Verpfändung auch ohne Übergabe, durch bloße Anbringung eines Brandzeichens wirksam werden. Soeben ist die Durchführungsverordnung erschienen, mit der die Anbringung des Brandzeichens geregelt wird und die Wiener Vieh- und Fleischmarktkasse, die Girozentrale der österreichischen Genossenschaften und der deutsch-österreichische Wirtschaftsverband für den Viehverkehr als diejenigen Unternehmungen bezeichnet werden, auf welche die Bestimmungen des Mastkreditgesetzes anwendbar sind. Ebenfalls im Interesse der Viehzucht sind die

Ausnahmen vom Gersteinfuhrverbot

neu geregelt worden. Gerste zu Futtermittelzwecken, die zur industriellen Verwertung noch geeignet befunden wird, kann grundsätzlich nur dann zollfrei eingeführt werden, wenn sie auf trockenem Wege vergällt und gebrochen oder geschrotet ist. In Gebirgsgegenden, in denen Gerste nicht angebaut wird, kann vom Brechen oder Schroteten abgesehen werden, wenn die Gerste auf nassem Wege mit der Farbstoffmenge von 8 Gramm in 0,6 Liter Wasser vergällt wird. Weniger erfolgreich sind unsere Agrarpolitiker in der

Handelspolitik.

Das mit Rußland kein Handelsvertrag zustandekommt, mag verschiedene Ursachen haben; reden wir also in diesem Zusammenhang nicht davon, daß bei uns der Landwirtschaftsminister gleichzeitig Bundeskanzler und Außenminister ist. Aber was ist mit Ungarn? Seit 2. Oktober haben wir wieder einmal einen vertragslosen Zustand. Zwar können die Kontingente, welche für das Prohibitorium vom 22. August festgesetzt, aber nicht ausgenützt worden sind, bis zum 23. Oktober noch ausgenützt werden, sonst aber gelten die autonomen Zollsätze. Wir sind also glücklich wieder in einen Zollkrieg

Die Österreicher sind keine Chinesen.

Spitzenleistungen der Kunstdüngerpolitik.

Die Österreicher sind keine Chinesen und befolgen den Grundsatz, dem Acker alles zurückzugeben, was ihm genommen worden ist, nicht allzu streng. Wir sehen zum Beispiel nicht darauf, daß alle Nährstoffe, die von dem Acker in die Küche wandern, als Fäkaldünger wieder in die landwirtschaftliche Produktion eingehen. Man macht sich bei uns schwerlich eine richtige Vorstellung davon, wieviel Sorgfalt der Chinese anwendet, um den Menschenkot zu sammeln. In dem anlehnlichsten Teil des chinesischen Hauses befinden sich irdene Küben oder sorgfältig ausgemauerte Zisternen, in denen die Bewohner das schätzbare Produkt ihrer Verdauung ansammeln und vor Verunstaltung schützen. Die Schätzung des menschlichen Düngers geht so weit, daß jedermann weiß, was ein Tag, ein Monat, ein Jahr von einem Menschen abwirft, und der Chinese betrachtet es als Unhöflichkeit, wenn ein Gast sein Haus verläßt und ihm einen Vorteil fortträgt, auf den er durch seine Bewirtung einen gerechten Anspruch zu haben glaubt.

Also Chinesen sind wir sicherlich keine, aber dafür sind wir... schade, daß es die internationale Söflichkeit verbietet, das Wort „Chineser“ zu verwenden, mit dem der Österreicher einen Menschen bezeichnet, von dem er sagen will, daß seine Geistesfreiheit beträchtlich unter dem Normalmaß verbleibt. Weis doch bei uns manchmal die linke Hand nicht, was die rechte tut. Zum Beispiel

hineingeraten. Da scheint zuviel Energie vergeudet worden zu sein. Möge der Landwirtschaftsminister oder der Bundeskanzler oder der Außenminister — wer fühlt sich betroffen — doch bei anderen Verhandlungen mit dem Ausland genügend Energie anwenden, zum Beispiel bei der Frage der ausländischen Saisonarbeiter.

Bei einer Konferenz der Parteiführer und Vertrauensmänner der landwirtschaftlichen Wanderarbeiter des Burgenlandes ist wieder einmal Beschwerde geführt worden, daß infolge Überzahl der ausländischen Wanderarbeiter die Burgenländer in ihrer Verdienstmöglichkeit sehr beschränkt werden. Im übrigen würden von vielen Gutsverwaltungen die ausländischen Saisonarbeiter bei der Zuteilung der Akkordarbeiten begünstigt. Außerdem war es interessant zu hören, daß auch in der letzten Saison wiederum eine Reihe von Gutsverwaltungen den Versuch gemacht hat, den Vertrag zu Ungunsten der Arbeiter auszuliegen, und nur durch das Eingreifen des freigewerkschaftlichen Landarbeiterverbandes ist eine Schädigung der Saisonarbeiter verhindert worden. Das Landarbeiterproblem wird in Österreich wohl nicht früher einer Lösung zugeführt werden, als nicht mit einer großzügigen Bodenreform durchgegriffen werden wird. Bestrebungen sind genug vorhanden. Die Schwierigkeiten sind groß, aber diejenigen, die es angeht, wollen anscheinend nicht. Hat schon die Regierung, als sie einen

Siedlungsgefehrentwurf

vorlegte, die Stadtrandiedlung für ar-

beitslose Städter nicht miteinbezogen, damit auf die direkte Entlastung der Arbeitslosenfürsorge verzichtet und nur eine indirekte Entlastung des Arbeitsmarktes durch kleinbäuerliche Siedlungen projektiert, so hat die niederösterreichische Landes-Landwirtschaftskammer auch diesen Entwurf abgelehnt. Es sieht so aus, als würde der Kammer die ganze Richtung der Innenkolonisation nicht passen, man ist dort mehr für die höchst individualistische Anliegersiedlung. Man ist dort sehr konservativ; Bodenreform würde ja grundlegende Umwälzung bedeuten und Umwälzung heißt mit einem Fremdwort: Revolution. Bei den beweglichen Sachen ist man, wie das Mastkreditgesetz gezeigt hat, schon beweglich geworden, aber bei den unbeweglichen Sachen, bei Grund und Boden, da bleibt man unbeweglich.

Kleintierzucht

Bei den Ziegen müssen die Melkzeiten genau eingehalten werden, andernfalls sie sich leicht das Selbstausfressen angewöhnen. Empfiehlt eine Ziege Sämerz an dem angespannten Euter, so schlägt sie mit der Schnauze danach, ist sie dazu leicht neugierig, so wird dabei etwas Milch austreten und sie die Tropfen ablecken. Dann ist es so gut wie sicher, daß sie sich das Avel angewöhnt. Es ist um so schlimmer, als auch die daneben stehenden Tiere diese Untugend sehen und sich angewöhnen. Gibt es auch allerhand Vorkehrungen dagegen (Salzstrauße, Maulkorb), so ist es bei der bekannten Geschäftlichkeit der Ziegen doch sehr schwer, dem Avel zu steuern, da sie durch die unglücklichsten Verrennungen nicht nur wieder versuchen werden, zum Euter zu gelangen, sondern es auch erreichen.

Das Fehlansehen. Es ist eine ziemlich neue, deutsche Züchtung. Das Hauptausmerkmal besteht in der Farbe des Haartreibes, die mit dem sibirischen Eichhörnchen, dessen Fell unter dem Namen Feh gehandelt wird, ziemlich übereinstimmt, nur geht sie bei den Kaninchen etwas mehr ins Bläuliche über. Sie ist schwer zu beschreiben. Das Fell ist hellgrau mit hellstübem, blaugrauem Untergrund, wodurch der eigentümliche Ton hervorgebracht wird. Das Haar ist etwas länger als bei den meisten anderen Kaninchen und hat gute Unterwolle. Die Ohren stehen aufrecht, sind gut behaart und in der Länge im rechten Verhältnis zu der Körpergröße. Gewicht 4 bis 5 Pfund. Das Fehkaninchen ist aus einer Kreuzung von Havana und Graufüßler hervorgegangen.

Zu Sitzstangen der Hühner sollen keine runden Stangen genommen werden, und ebenso wenig vieredige, kantige Ratten. Am geeignetsten sind Ratten, deren obere Seiten abgerundet und deren untere Kanten so abgeflacht sind, daß sie nicht in die Beine einschneiden. Auch gepaltene Stangen sind verwendbar, die an der Spaltfläche ebenfalls abzufallen sind. Alle Sitzstangen sollen ohne Ritze sein, um dem Ungeziefer kein Versteck zu bieten, ferner auch für die in Betracht kommenden Hühner entsprechend stark.

Für den Garten

Nichtig untergebrachter Mist gibt allein Gewähr für Wirksamkeit. Man nehme möglichst alten und verworrenen; trockener, trostlicher und nicht verwettert, schadet eher, als daß er nützt. Der Dünger soll nicht in Klumpen, sondern möglichst verteilt dem Boden beigegeben werden, wobei man ihn nicht zu tief unterbringe, da er bei vollständigem Luftabschluss verrotzt und wertlos wird, und auch von den Wurzeln nicht erreicht werden kann, oder zu unnötig lange Wurzelbildung veranlaßt, was auf Kosten der Fruchtbarkeit geschieht.

Die ausbauenden Nähreräuter wie Salbei, Latwidel und Pfefferminze werden im Herbst kurz über der Erde abgeknitten und darauf durch eine Laubdecke geschützt. Ihr Anbau bietet wenig Schwierigkeiten und die Pflege besteht fast ausschließlich in Unkrautbekämpfung, Gießen und Düngen, weshalb schon aus diesem Grunde Nähreräuter häufiger angepflanzt werden sollten. Wenn die Stöcke mit der Zeit zu umfangreich werden, sind sie zu teilen und umzupflanzen.

Das Altern der Obstbäume. Wenn ein Obstbaum 40 bis 50 Jahre alt geworden ist, beginnt er zu altern und einzelne Zweige sterben ab. Selbstverständlich kann dies auch schon in jüngerem Alter eintreten, falls der Baum durch ungünstige Einflüsse, zum Beispiel schlechte Pflege, dürftigen Boden, nassen Untergrund geschädigt wird; auch Raupenfraß und Wunden können dazu beitragen. Diese alterschwachen Äste müssen entfernt werden, andernfalls die Verzweigungen fortschreiten und noch weitere Teile angreifen werden. Deshalb ist es auch notwendig, nicht nur das dürre Holz zu entfernen, sondern bis in das frische und gesunde zu gehen, da nur dieses die Kraft hat, die entstandenen Wunden zu überwallen und zu schließen. Ein solcher Zweig oder Ast sticht nicht mit einem Mal ab, sondern allmählich, und ist auch schon lange Zeit vorher als krank zu erkennen. Im Winter ist dies unmöglich und deshalb die Arbeit schon im Herbst vorzunehmen, wenn man vor Laubabfall noch in der Lage ist, zwischen gefundenen und toten Ästen zu unterscheiden.

Walnüsse sollen erst bei vollständiger Reife, die sich durch stärkeren Fruchtsatz bemerkbar macht, geerntet werden, und dann möglichst vorsichtig. Das beliebte Geruntergeschlagen zum Beispiel, schädigt nicht nur den Baum, sondern auch den nachstjährigen Fruchtsatz. Nach Entfernung der Hülle werden die Nüsse in Wasser mit Zusatz von Salz- oder Schwefelsäure gebracht und mit einem Feilen gut durcheinander gearbeitet. Dadurch erhalten die Schalen nicht nur eine schöne hellgelbe Farbe, sondern sie schimmeln auch nicht.

Marktberichte

Kindermarkt in St. Marg.
Es notierten pro Kilogramm Lebendgewicht (in Schilling):
1. Sorte 2. Sorte
Mastvieh, Ochsen . . . 1.40—1.65 1.10—1.38
Stiere . . . 1.10—1.20 1.00—1.09
Kühe . . . 1.05—1.20 0.90—1.03
Tendenz: Von dem Gesamtantrieb stammten 77 Prozent aus dem Inland. Bei unbedeutendem Marktverkehr wurden Ochsen und Kühe zu Vorwochenpreisen gehandelt. Extrem und prima Stiere verteuerten sich bis zu 5 Groschen pro Kilogramm Lebendgewicht, Viehvieh notiert etwas schwächer.

Schweinemarkt in St. Marg.
Es notierten pro Kilogramm Lebendgewicht (in Schilling):
1. Sorte 2. Sorte
Fleischschweine, lebend . . . 1.81—2.00 1.60—1.80
Fettschweine, lebend . . . 1.70—1.75 1.60—1.69
Tendenz: Bei ruhigem Marktverkehr verbilligten sich Fettschweine um 5 Groschen, gegen Marktchluß teilweise auch um mehr. Prima Gerschwärzschweine notierten vorwöchentlich, während die übrigen Sorten um 3 bis 5 Groschen pro Kilogramm billiger abgegeben wurden. Fleischschweine verbilligten sich um 5 Groschen pro Kilogramm Lebendgewicht.

Stechviehmarkt in St. Marg.
Es notierten pro Kilogramm (in Schilling):
Rälber, lebend . . . 1.20—1.60
Rälber, ausgeweidet . . . 1.35—2.20
Fettschweine, ausgeweidet . . . 2.05—2.15
Fleischschweine, ausgeweidet . . . 2.00—2.50
Lämmer, ausgeweidet, inländische . . . 0.00—0.00
Riße, ausgeweidet . . . 0.00—0.00
Tendenz: Bei flauem Geschäftsverkehr blieben lebende und Weidnerälber im Preise unverändert. Fleischschweine verbilligten sich um 5 Groschen pro Kilogramm, Fettschweine behaupteten schwach die Vorwochenpreise.

Preise in der Wiener Großmarkthalle (Alte Halle).
Im Großverkauf notierten pro Kilogramm (in Schilling):
Rindfleisch, vorderes . . . 1.80—2.40
hinteres . . . 2.20—2.80
Braten . . . 0.00—0.00
Wurstfleisch . . . 1.20—1.40
Kalbfleisch . . . 0.00—0.00
Schweinefleisch, abgezogen . . . 1.70—2.60
Rarier . . . 0.00—0.00
jung . . . 2.25—2.85
Speck . . . 2.00—2.40
Fils . . . 2.40—2.60

Landwirtschaftliche Produktenbörse.

In- und ausländische Ware pro 100 Kilogramm in österreichischen Schilling ab Wien einschließlich Warenumschlagsteuer und Zoll.

Getreide:	
Weizen, Weißbrot	34.00—34.75
Wiener Boden	34.00—34.75
Marchfelder	33.50—34.50
Wendisch u. Kr. Hof. Bahn	33.50—34.50
burgenländischer	33.50—35.00
Roggen, Marchfelder	24.50—24.75
Wiener Boden	24.25—24.50
burgenländischer	23.75—24.00
sonstiger	23.00—24.00
Braugerste, prima	25.00—27.00
Mittelqualität	23.00—25.00
Futtergerste, inländische	16.00—18.00
ausländische	14.00—14.50
Mais	13.75—14.00
Cinquantin	00.00—00.00
Safer, inländischer	19.00—19.75
Knollen- und Wurzelfrüchte:	
Kartoffeln, Appler	20.00—21.00
Zuck-Perle	14.00—15.00
Früh-Rosen	8.00—9.00
Frühkartoffeln, gelb	8.50—9.50
weiß	8.00—8.50
Zwiebel, Laaer	16.00—17.00
Knoblauch, Laaer	45.00—50.00
Ol- und Hülsenfrüchte:	
Graumohn, inländischer, neu	135.00—137.00
Bohnen, weiß, inländische	000.00—000.00
Kocherbsen, geschält, gelb	30.00—40.00

Mahlprodukte:

Weizengrieß, inländ.	65.00—69.00
Weizenmehl 0. gg. Spezial	65.00—69.00
0. g.	67.00—68.00
Rohmehl, 2er, inl.	69.50—62.50
Brotmehl, inl.	42.00—46.00
Weiz-Futtermehl 7 1/2, inl.	22.00—23.00
7 1/2, ausl.	20.50—21.50
8er, inl.	16.00—17.00
Roggenmehl I	40.00—41.00
Schwarzroggen	37.00—38.00
Roggen-Futtermehl	16.00—17.00
Weizenkleie, inl.	11.00—11.25
Roggenkleie	11.00—11.50
Anmerkung: Mahlprodukte Grieß bis Brotmehl Wäckerkonditionen. Großhandelspreise zirka 2 S niedriger.	
Rauhfutter:	
Preßheu, süß	12.75—13.25
halbsüß	11.75—12.25
Weizen-Rittstroh, gepreßt	6.00—6.25
Roggen-Rittstroh, gepreßt	6.75—7.00
Wundstroh, gepreßt	9.00—9.50
Zentral-Fischmarkt Wien.	
Großhandelspreise in Schilling pro Kilogramm.	
Karpfen, lebend, jugoslawische	1.40—2.40
Weißfische, lebend	0.00—0.00
Forellen, lebend	0.00—11.00
Sechte, lebend	1.00—0.00
Wiener Großhandelspreise.	
Eier, frische, pro Stück	0.12—0.16
Teobutter, inl., pro Kilogramm	5.20—6.20
Fischbutter, pro Kilogramm	4.00—4.80
Somig, pro Kilogramm	2.50—3.80

Die Notstandsauhilfen.

Die Sozialdemokraten haben dem christlichsozialen Minister für soziale Verwaltung, Resch, wesentliche Verbesserungen seiner „Richtlinien“ über die Notstandsauhilfen abgerungen. Trotzdem bedeuten diese Richtlinien für viele Arbeitslose eine schwere Schädigung. Bisher hat jede Industrielle Bezirkskommission sich selbst die Mittel für die Bezahlung der Notstandsauhilfen aufgebracht, indem sie die Beiträge der Unternehmer, der Arbeiter und Angestellten und der Länder einhob. In jedem Sprengel bestanden andere Vorschriften. So kam es, daß die Notstandsauhilfen in den verschiedenen Sprengeln verschieden hoch war. Der 28. Nachtrag zum Arbeitslosenversicherungsgesetz hat die Höhe der Beitragsleistungen und der Aufbringung der anderen Mittel für die Arbeitslosenfürsorge vereinheitlicht.

Nach den neuen Richtlinien ist nun auch die Höhe der Notstandsauhilfen für das ganze Bundesgebiet gleich. Das hat zur Folge, daß die notstandsunterstützten Arbeitslosen in einzelnen Sprengeln mehr, in anderen aber auch erheblich weniger als bisher ausbezahlt bekommen.

Den Arbeitslosen ist selbstverständlich weniger an der Einheitlichkeit gelegen als an dem Betrag, den sie ausbezahlt bekommen. Jede kleine Einbuße bedeutet für sie vermehrten Hunger, vermehrtes Elend.

Durch diese Vereinheitlichung der Notstandsauhilfe sind auch die Arbeitslose im Sprengel der Industriellen Bezirkskom-

mission Wiener Neustadt empfindlich getroffen. Nur eine Minderheit der Arbeitslosen dieses Sprengels bekommt durch die neuen Richtlinien eine höhere Notstandsauhilfe als bisher. Diese Benachteiligung hat unter den betroffenen Arbeitslosen große Erregung hervorgerufen.

Wir fordern Beseitigung der Härten.

Die sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften haben deshalb eine Abordnung zum Minister für soziale Verwaltung geschickt. Sie hat von ihm Abhilfe gegen diese neuerliche Gefährdung der kümmerlichsten Lebenshaltung der Arbeitslosen verlangt. Der Minister hat zugefagt, er werde die Industriellen Bezirkskommissionen beauftragen, diese gefährlichen Härten zu mildern. Man wird bald sehen, ob die Zusage des Ministers eingehalten wird.

Wir stehen vor dem Winteranfang. Auch der Arbeitslose will sich manchmal wärmen. Das Heizen aber kostet Geld.

Wenn man den Arbeitslosen die Notstandsauhilfen noch kürzt, wovon sollen sie dann leben, wovon sich die notwendige Kleidung kaufen, wovon Heizmaterial anschaffen?

Die Sorge um die Arbeitslosen ist die größte Sorge der sozialdemokratischen Partei. Sie wird im Kampf um die Sicherung des Lebensunterhaltes dieser Opfer der kapitalistischen Wirtschaftskrise nicht erlahmen. Wir müssen und werden die bürgerlichen Regierungen zwingen, daß in dieser Republik kein Bürger Hungers sterben muß.

Geld und gaben es mit vollen Händen aus. Wer kümmerte sich schon darum, wo die Burschen das Geld herhaben...

Schließlich wurden die Pikkolo-Diebstahlkavaliere vom Schicksal ereilt und vor Gericht gestellt. Der durch das diebische Kleeblatt verursachte Schaden konnte nicht ganz genau, aber doch mit mehr als 20.000 S festgestellt werden. Einer der Burschen wurde vom Jugendgericht zu fünf, der zweite zu zehn Monaten strengen Arrests unter Einräumung einer Probezeit verurteilt. Der Dritte, der über 18 Jahre alt ist, wird sich demnächst vor einem Schöffengericht des Landesgerichtes zu verantworten haben.

Das für die Lohnauszahlung bestimmte Geld gestohlen.

In der Nacht zum vergangenen Freitag wurde in der Vereinigten chemischen Fabrik Kreidl, Sella u. Komp. im 21. Bezirk, ein Kasseneinbruch verübt. Es wurden 11.000 Schilling Bargeld entwendet. Es war das für die Lohnauszahlung bestimmte Geld. Die Täter müssen mit den Verhältnissen und Gepflogenheiten in der Fabrik sehr gut vertraut sein.

Waldbrand.

Ein im Wald am Parapluieberg nächst dem Gasthaus Reijinger ausgebrochener Brand hätte leicht ein unabsehbares Unheil anrichten können. Zum Glück gelang es neun ausgerückten freiwilligen Feuerwehren aus der Umgebung nach längerer mühseliger Arbeit, den Waldbrand zu löschen.

Vorsicht mit Schusswaffen!

Nicht oft und nicht dringend genug kann immer wieder vor unborsichtigem Sanktieren mit Schusswaffen gewarnt werden. Auf der alten Stadtmauer in Marchegg wurde der 21 Jahre alte Maurergehilfe Gustav Rejez, aus einer Wunde unter dem Kinn blutend, tot aufgefunden. In der rechten Hand hielt er einen Schraubenzieher und unterhalb der Leiche lag ein Simsonkarabiner, der als Eigentum des Rejez erkannt wurde. Aus diesen Umständen ist mit Sicherheit anzunehmen, daß Rejez an der geladenen Waffe herumhantierte, dabei hat sich die Waffe entladen und der Schuß drang ihm durch das Kinn in den Kopf.

Das tragische Ende einer jungen Liebe.

Der Josef war Oberbauarbeiter, 22 Jahre alt, die Agathe, 19 Jahre alt, war Stickerin. Die beiden jungen Menschen waren sich in Liebe zugetan. Doch die Verhältnisse standen einer Verbindung hindernd entgegen. Sie wollten voneinander nicht lassen und beschloßen, zusammen in den Tod zu gehen. Von Schladming, wo sie wohnten, fuhren Josef und Agathe nach Wien, wo sie sich in einem Hotel in der Leopoldstadt einquartierten. Als um 2 Uhr nachmittags das Paar noch immer das Zimmer nicht verlassen hatte, klopfte das Stubenmädchen an

den Tür, weil es aufräumen wollte. Aus dem Zimmer wurde gerufen, man möge sich noch etwas gedulden. Wenige Minuten später trachten in rascher Folge zwei Schüsse. Hotelbedienstete drangen in das Zimmer und fanden das Liebespaar im Blut liegend auf. Der Mann hielt noch die Schusswaffe in der Hand. Wahrscheinlich hat er vorerst auf das Mädchen geschossen und dann sich die Kugel in den Kopf gejagt. Das Mädchen wurde, schwerverletzt, in bewußtlosem Zustand ins Krankenhaus gebracht, woselbst sie ihrer Verletzung erlag. Aus Abschiedsbriefen geht der Liebesroman der jungen Leute mit seinem traurigen Ende hervor. Sie waren wohl in glücklicher Liebe vereint, haben jedoch die Tat wegen Ausschließlichkeit der Beziehungen — und weil das Mädchen Mutter werden sollte — begangen.

Eine gewerkschaftliche Werbearbeit

Der Bund der freien Gewerkschaften hat die Durchführung einer großen gewerkschaftlichen Werbearbeit beschlossen. In allen Orten und Städten Österreichs werden von den freien Gewerkschaften gemeinsame Werbeauschüsse gebildet. Ihre Aufgabe ist, durch eifrige Agitation in allen Betrieben und Werkstätten neue Gewerkschaftsmitglieder zu gewinnen. Diese Werbeauschüsse werden ohne besondere Berücksichtigung der Zugehörigkeit zu einer Fachorganisation zusammengefaßt. Um dieser Werbung in der Kleinindustrie Erfolge zu sichern, werden die Gehilfenausschüsse an dem Werbefeldzug teilnehmen.

An der Vorbereitung dieser Werbung wird bereits eifrig gearbeitet. Mit der Werbearbeit selbst wird anfangs November begonnen werden. Die Landessekretäre der freien Gewerkschaften werden in den nächsten Tagen Richtlinien für die gewerkschaftliche Werbearbeit beschließen.

Große Betrügereien einer Ledererzeugungsfirma.

Verhaftungen durch die Wirtschaftspolizei.

Sonntag hat die Wirtschaftspolizei die 30 Jahre alte Edith Steuermann und deren Lebensgefährten, den 34 Jahre alten Johann Karl Weiß, verhaftet.

Edith Steuermann ist die Inhaberin einer Ledererzeugungsfirma im 7. Bezirk, die Waren für Reklamezwecke herstellt, hauptsächlich kleine Ledertaschen, Kalender und dergleichen, die als Geschenke zu Neujahr von den größeren Firmen ihren Kunden gegeben werden. Außer in Wien und in der österreichischen Provinz hatte die Firma auch in Deutschland große Kundenschaft. Auch eine Reihe von Versicherungsgesellschaften bezogen von der Edith Steuermann Ledertaschen und Kalender, die an die Abnehmer einer neuen Polizza als Geschenk gegeben wurden.

Ein Wiener Bankhaus hat gegen die Steuermann und den Weiß eine Anzeige bei der Wirtschaftspolizei erstattet, weil die beiden Scheck- und Wechselreiterei in großem Umfang betrieben haben. Frau Steuermann hatte bei der Bank eine kleine Einlage gemacht, sich einen Scheck ausstellen lassen, dann eine Einlage bei einer zweiten Bank ebenfalls auf eine kleine Summe gemacht. Eine der beiden Einlagen war immer unbedeckt. Diese und weitere Manipulationen sollen in raffinierter Weise einen Schaden von über 100.000 Schilling verursacht haben. Angeblich habe Frau Steuermann mit Hilfe ihres Lebensgefährten die noch in ihrem Besitz befindlichen Scheckformulare als angeblichen Beweis ihrer Bankkonti benützt. Das Eingreifen der Wirtschaftspolizei und die erfolgten zwei Verhaftungen haben in der Wiener Geschäftswelt Aufsehen hervorgerufen.



Wie die Nazi lügen!

Die Nazi geben seit zwei Wochen für Niederösterreich ein Wochenblatt heraus, das sie „Volkstampf“ nennen. Um auf die Leser Eindruck zu machen, teilen sie in ihrer letzten Nummer stolz mit, daß die roten Zeitungen als erste den „Volkstampf“ bestellt haben. In Wahrheit ist es gerade umgekehrt: Die Nazi haben, noch bevor ihr Blatt überhaupt erschienen ist, unsere Zeitung bestellt! Wenn man über die Tatsache, daß gegnerische Zeitungen unser Blatt beziehen, überhaupt Berichte schreiben wollte, so wäre es also an uns gelegen, dies zu tun! Aber über solche „politische Ereignisse“ Berichte mit großen Titeln herzustellen, das überlassen wir neidlos den Nazi! Daß wir gezwungen sind, auch das Naziblatt zu lesen, um wenigstens die größten Lügen zu widerlegen, ist ja leider wahr. Die Leser werden uns um diese Lektüre wahrlich nicht beneiden!



Tragischer Tod eines Generalsekretärs.

Durch die Schadhastigkeit des Gaszimmers hat sich im Büro der Wiener Gemeinnützigen Ein- und Mehrfamilienhäuser Baugesellschaft m. b. H. in der Josefstädterstraße ein Unglück ereignet, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel. Der Generalsekretär dieses Instituts, der 57jährige pensionierte Hofrat Dr. Hubert Richter, wurde im mit Leuchtgas erfüllten Raum, beim Schreibtisch zusammengesunken, tot aufgefunden. Die Gänge des Gaszimmers waren geöffnet. Eine kommissionelle Untersuchung hat ergeben, daß der Gasofen schadhast ist. Zweifellos ist die Gasflamme infolge des Gebrechens verlöscht. Dr. Richter war am späten Nachmittag im Büro zurückgeblieben, um zu arbeiten. Während er beim Schreibtisch saß, muß die Flamme verlöscht sein, so daß das Gas unverbrennt entweichen konnte und den Tod des Generalsekretärs herbeigeführt hat.

Ein unglaublich roher Gewaltakt gegen einen alten Mann.

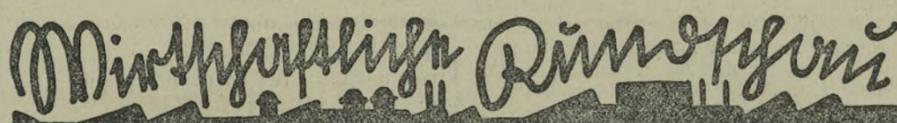
Es ist wirklich unglaublich, welcher rohen Gewaltakte manche Menschen fähig sind. Ging da der 65jährige Eisenbahnpensionist Anton Kral mit einem Hasen, den er ordnungsmäßig gekauft hatte, seines Weges gegen Krens. Kurz vor der Stadt begab er sich zum Gastwirt Karl Stradinger aus Waidhofen an der Ybbs, dem Bauer Johann Kurzbauer aus Mautern und dem Hauerjohann Johann Seif. Sie kamen in ein Gespräch mit dem Kral und ließen sich von diesem den Hasen zeigen. Als Kral den Hasen zurückverlangte, die Ausfolgung aber verweigert wurde, mag sich ein Wortwechsel ergeben haben, der zum Streit ausartete. Im Laufe des Streites stürzten die drei Männer über den alten Kral her und mißhandelten ihn schwer mit einem Weinstöcken, durch Fußtritte und Ohrfeigen. Dann ergrißen die drei Gewalttäter mit dem Hasen die Flucht. Der schwer mißhandelte alte Mann begegnete mehreren Personen, denen er über heftige Schmerzen im Bauche klagte. Er setzte dann seinen Weg mühselig gegen Straching fort. Knapp vor seinem Wohnort stürzte Kral in einen Straßengraben, wo er nachts laut stöhnend aufgefunden wurde. Am folgenden Tag verstarb Kral im krenser Krankenhaus. Die Leichenöffnung ergab, daß Kral einen zweifachen Miß des Dünndarms erlitten hat, der offenbar durch einen Fußtritt herbeigeführt worden war. Die drei brutalen Gewalttäter Stradinger, Kurzbauer und Seif wurden verhaftet und dem Kreisgericht Krens eingeliefert.

Selbstmord eines Hausbeforgerehepaars.

Das Hausbeforgerehepaar eines Wiener Hauses, Franz und Marie Kellner (Hohe Warte 46), wurde in der vergangen Wohnung tot aufgefunden. Das Ehepaar hat aus Verzweiflung wegen Kündigung und Wohnungsverlust den Tod durch Leuchtgas dem Glendasein vorgezogen. Die beiden Ehegatten litten schon infolge langer Arbeitslosigkeit Not. Aus Abschiedsbriefen geht hervor, daß beide freiwillig gemeinsam in den Tod gegangen sind.

Pikkolos als Kavaliere.

Ein 16 Jahre alter Pikkolo entwendete in fortgesetzten Angriffen seinem Chef Geld. Als er von einem zweiten Pikkolo einmal beim Diebstahl beobachtet wurde, nahm auch dieser an der Diebstahlteil und schließlich noch ein dritter Pikkolo. Die drei Burschen warfen sich täglich nach Schluß des Geschäftes in eine elegante „Kluft“, bestiegen ein Auto und fuhren mit ihren Damen in Vergnügungslöfale. Die leichtsinnige Gesellschaft kaufte von einer Bar in die andere. Sie rauchten nur Velbedere-Zigaretten, tranken in den Bars die teuersten Flaschenweine, machten ihren „Damen“ Geschenke, tanzten in den vornehmsten Tanzschulen, besuchten Theater, Kino und was es sonst an Vergnügungstätten gibt. Sie spielten die Kavaliere und waren gern gesehene Gäste, wo sie hinkamen. Nun freitag, die Burschen hatten ja



Durcheinander in der Handelspolitik.

Schon über ein Jahr lang verhandelt die österreichische Regierung mit den Russen über den Abschluß eines Handelsvertrages. Die Verhandlungen kommen nicht weiter. Einmal verschleppt sie die österreichische Regierung, dann wieder die Russen. Die Lieferungen, welche die Russen in Österreich vergeben könnten, werden mittlerweile in anderen Ländern ausgeführt. Die österreichische Industrie kommt dadurch um die russischen Bestellungen und tausende Arbeiter bleiben arbeitslos.

Die Unfähigkeit der Regierung Dollfuß

zeigt sich nicht bloß bei den Verhandlungen mit Rußland. Sie ist auch nicht imstande, mit dem benachbarten Ungarn einen brauchbaren Handelsvertrag abzuschließen. Die besten Gelegenheiten, einen günstigen Vertrag zu erlangen, hat die österreichische Regierung verpaßt. Die Handelspolitik der Dollfuß-Regierung muß zum völligen Zusammenbruch der österreichischen Wirtschaft führen, weil sie ganz einseitig nur auf die Bedürfnisse der Großgrundbesitzer und Großbauern Rücksicht nimmt.

Beschäftigungsrückgang.

Diese rein großbäuerliche Politik ruiniert die österreichische Industrie, soweit sie überhaupt noch leben kann, vollends. Immer weniger Arbeiter finden in der wichtigen Metallindustrie Beschäftigung. Immer mehr Betriebe werden stillgelegt. Dies hat ein

neuerliches Ansteigen der Arbeitslosigkeit

zur Folge. Ende September gab es in Österreich 276.000 unterstützte Arbeitslose. In der zweiten Septemberhälfte ist die Zahl der Unterstützten um 5100 gewachsen. Neuer sind um 73.000 Arbeitslose mehr als zur gleichen Zeit im Vorjahr. Dazu kommen noch 150.000 nicht unterstützte Arbeitslose und über 60.000 Altersfürsorgerechner. Mehr

als eine halbe Million Menschen feiern in unserem kleinen Land unfreiwillig. Aber diese Regierung denkt an nichts anderes, als die arbeitende Bevölkerung durch Angriffe auf die demokratische Staatsverfassung frech herauszufordern.

Die Lage der österreichischen Nationalbank

hat sich in den letzten Wochen nicht wesentlich geändert. Trotz der Devisenvorschriften bekommt die Nationalbank kein ausländisches Geld. Im Ausland wird der Schilling andauernd niedriger bewertet, als die Nationalbank für Österreich vorschreibt. Alle Devisenvorschriften sind überflüssig und wirtschaftshemmend geworden. Sie sollten so rasch als möglich beseitigt werden, um weitere Schädigungen zu verhüten.

Rote Aufbauarbeit.

Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit wütet in den kapitalistischen Ländern. Nur ein Land der Welt kennt keine Arbeitslosigkeit: das von Arbeitern regierte Rußland. Trotz größter Schwierigkeiten wird dort der Aufbau des sozialistischen Staates fortgesetzt. Am 10. Oktober wurde das riesige Dnjepr-Kraftwerk in Betrieb gesetzt. Es liefert allein mehr elektrische Kraft als alle großen elektrischen Wasserkraftwerke Österreichs zusammen.

Die Wirtschaftskrise in Amerika

zeigt sich deutlich in dem starken Sinken der Einkommensteuer. Die Vereinigten Staaten erzielen heuer kaum die Hälfte der Einkommensteuer des vorigen Jahres.

Drei Monate Galgenfrist.

Die Baseler Bank für Internationalen Zahlungsausgleich hat die Rückzahlungsfrist der österreichischen Anleihen wieder um drei Monate erstreckt. Österreich könnte die Anleihen, auch wenn sie nicht verlängert werden würden, ohnehin nicht zurückzahlen.

WAGGE Weltgeschehen

Internationale

Die Sozialistische Jugendinternationale hat ihren Kongreß unter zahlreicher Beteiligung in Prag abgehalten. Genosse Friedrich Adler erklärte, der Weg der Demokratie sei der beste für die Arbeiterklasse, weil er der Weg der geringsten Opfer und des sichersten Erfolges sei. Die Jugendinternationale zählt heute über 270.000 Mitglieder. Zu ihrem Vorsitzenden wurde neuerlich Genosse Karl Heinz aus Wien gewählt.

Die drei Pfeile.

Die internationale Kommission zur Abwehr des Faschismus hat beschlossen, die drei Pfeile als internationales Kampfzeichen gegen Kapitalismus, Faschismus und Reaktion einzuführen.

Keine internationalen öffentlichen Arbeiten.

Der Leiter Butler (Bild) des Internationalen Arbeitsamtes hat bekanntlich einen Plan für großzügige internationale Arbeiten ausgearbeitet. Dadurch soll in den Staaten Europas Arbeit geschaffen werden. Die Vertreter Englands und Hollands haben aber kürzlich in der Genfer Völkerbundversammlung erklärt, daß ihre Regierungen kein Geld für die Durchführung dieses Planes hergeben; man möge lieber die Zölle abbauen, das sei für die Arbeitsbeschaffung wichtiger. Damit haben sie freilich recht.



Zahlen! sagt der Völkerbund.

Der Völkerbundrat hat der österreichischen, ungarischen, griechischen und bulgarischen Regierung zu verstehen gegeben, sie mögen alle Anstrengungen machen, um die Völkerbundanleihe wieder möglichst bald regelmäßig abzahlen zu können. Wo wird der Herr Minister Dr. Weidenhoffer das Geld dafür hernehmen?

Eine Tagung der fünf europäischen Großmächte.

Ist in England vorgeschlagen worden, um in der Abrüstungsfrage weiter zu kommen. Die deutsche Regierung hat bereits zugesagt. Man darf sich aber nicht allzuviel von dieser Tagung erhoffen. Der französische Ministerpräsident Herriot fährt nach London, um mit dem englischen Ministerpräsidenten MacDonald Vorberhandlungen für diese Tagung zu pflegen.

Amerika vermittelt?

Der Amerikaner Norman Davis hat im Namen seiner Regierung bei der englischen und der französischen Regierung Vorstellungen gemacht. Amerika fordert, daß die Abriistungstagung nun endlich brauchbare Arbeit leistet.

Osterreich

Der Nationalrat einberufen.

Der Bundespräsident hat den Nationalrat zur Herbsttagung einberufen. Die erste Sitzung findet am 20. Oktober statt. Die Sozialdemokraten werden die Diktaturgelüste der christlichsozialen Regierung gleich in der ersten Sitzung zur Sprache bringen.

Gegen die Parteilichkeit der Wiener Polizei.

Die beim Wiener Nazitagung so unangenehm aufgefallen ist, haben die Wiener sozialdemokratischen Vertrauensmänner sehr entschieden Stellung genommen. Die Parteilichkeit einzelner Wachleute, besonders aber die offene Vorliebe einzelner Polizeioffiziere für die Nazi, fordert zum schärfsten Protest gegen ein solches Vorgehen heraus.

Nazikrawalle in Melf.

In der Nacht zum 9. Oktober verursachten die Nazi auf dem Marsch durch Melf einen schweren Zusammenstoß. Hinterlistig überfielen sie mitten in der Nacht eine Gruppe sozialdemokratischer Schutzkinder. Die richtige Plattenbrüder gingen sie mit dem Messer auf die Arbeiter los. Der Arbeiter Braucher, ein Vater von vier Kindern, wurde von den Nazi gestochen und schwer verletzt. Auch ein Nazi, namens Herzog, ist verletzt worden. Die Nazi bekamen übrigens tüchtige Prügel.

Naziwirbel in Gmünd.

Am 8. Oktober hielten die Nazi in Gmünd eine Versammlung ab, zu der auch sozialistische Jugendliche gekommen waren. Die Nazi überfielen die paar Jugendlichen mit Stahlrutten

Dollfuß will diktieren!

Die Christlichsozialen beharren auf den Verfassungsbruch mit dem Diktaturgesetz.

Vorige Woche wurde berichtet, welche Pläne die Regierung mit der Wiedererweckung des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes verfolgt. Die schlechten Ratgeber der christlichsozialen Regierung glauben in diesem Gesetz das Mittel gefunden zu haben, wie Herr Dollfuß ohne parlamentarische Mehrheit und überhaupt ohne Parlament und ohne Demokratie fortzuwirken könnte. Herr Dollfuß möchte eben ein bißchen Papen spielen. Er denkt sich, was der lange Papen in Deutschland zusammenbringt, werde ihm, dem kleinen Dollfuß, auch in Osterreich gelingen. Der Bundeskanzler täuscht sich aber sehr, denn in seiner Rechnung bleibt ein wesentlicher Umstand unberücksichtigt. Der Herr von Papen kann in Deutschland diktieren, weil die deutsche Arbeiterklasse gespalten und ohnmächtig ist. Zwei der stärksten Parteien des Reichstages lehnen die demokratische Regierungsform überhaupt ab. Der Parlamentarismus versagt in Deutschland. In Osterreich liegen die Dinge wesentlich anders. Hier gibt es nur eine einzige, geschlossene und ungeschwächte Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie. Mehr als zwei Fünftel der Bevölkerung haben bei den letzten Wahlen sozialdemokratisch gewählt. Die sozialdemokratische Partei ist die stärkste in Osterreich. Die Organisationen der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften sind trotz der Wirtschaftskrise stark.

Das Bürgerkum hingegen ist in mehrere Parteien gespalten. Die christlichsoziale Partei des Herrn Dollfuß hat viele tausende städtische Wähler verloren. Im Parlament ist sie auf die Unterstützung von Abgeordneten angewiesen, hinter denen längst keine Wähler mehr stehen. Die Regierungsparteien haben kaum ein Drittel der Bevölkerung hinter sich und die Regierung hat im Nationalrat nur eine Mehrheit von ein bis zwei Stimmen. Auch ist

das österreichische Parlament vollständig arbeitsfähig

geblieben. In Osterreich hat der Parlamentarismus nicht versagt wie in Deutschland. All das scheint der Herr Dollfuß zu vergessen.

und Seesalbeinen. Schließlich bekamen sie aber von den Gmünder Arbeitern eine wohlverdiente Tracht Prügel.

Die Verhandlungen über die Kreditanstaltschulden

mit den ausländischen Gläubigervertretern sind wieder aufgenommen worden. Die Regierung hat den Bod zum Gärtner gemacht: ihr Unterhändler ist der Minister Rintelen. Das wird Osterreich wieder viel Geld kosten, wenn der Schirmherr der Fahnenstanzputzschiffen Verhandlungen führt.

Gegen die Schuldigen des Kreditanstaltszusammenbruchs

hat die Regierung in verfassungsbrecherischer Weise auf Grund des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes die bekannte Verordnung erlassen. Aber statt sie gleich anzuwenden und das von den Kreditanstaltsverbrechern geraubte Geld und den Besitz dieser Leute sicherzustellen, wird sie nur zu einer neuen Verschleppung der Angelegenheit benützt. Herr Dollfuß hat es gar nicht so eilig, die Schuldigen zu packen. Er hätte sich auch auf verfassungsmäßigem Weg die Vollmacht zur Verfolgung der Schuldigen beschaffen können. Die Regierung tut es aber nicht, sie läßt ihnen lieber Zeit, ihr ganzes Geld ins Ausland zu schaffen.

Ein christlichsoziales Protektionskind im Kerker.

Leopold Wallner war jahrelang Obmann des Reichsverbandes der Arbeitsinvaliden. Dieser Verband stand ganz unter christlichsozialem Einfluß. In den Versammlungen des Verbandes wurde kräftig über die Not losgezogen und die Christlichsozialen deckten die ganze Wirtschaft des Herrn Wallner. Vorige Woche wurde Wallner wegen Betruges und Diebstahls verhaftet. Er hat die ihm anvertrauten Gelder des Reichsverbandes der Arbeitsinvaliden veruntreut und mit Weibern durchgebracht. Die Staatsanwaltschaft scheint aber vor diesem christlichsozialen Protektionskind allzu lange zurück-

Aber auch die ganze christlichsoziale Partei will diesen großen Unterschied zwischen dem Deutschland des Herrn Papen und zwischen der österreichischen Republik übersehen. Der christlichsoziale Parteivorstand hat beschlossen, die Forderung der Sozialdemokraten, daß das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz aufgehoben werde, abzulehnen. Die Herren glauben, in diesem ausgegrabenen Kriegsgesetz die richtige Handhabe zur Aufrichtung einer verfassungswidrigen, christlichsozialen Regierungsdiktatur gefunden zu haben. So wollen sie sich um die Neuwahl des Nationalrates herumbrücken. Denn der Nationalrat ist, wie er im Frühjahr beschlossen hat, bereits aufgelöst. Er hat jetzt nur noch den Wahltag für die Neuwahl festzusetzen. Auch dieses bindende Gesetz — die Festsetzung des Wahltag — wollen die Christlichsozialen mißachten.

Die Regierung und die Christlichsozialen fordern mit ihren Diktaturgelüsten die arbeitende Bevölkerung zum schärfsten Abwehrkampf heraus.

Der Bundeskanzler wird bald merken, wohin er mit seinen Herausforderungen kommt. Am 20. Oktober tritt der Nationalrat wieder zusammen. Dort werden die Sozialdemokraten gegen die verfassungsbrecherischen, faschistischen Pläne der Regierung den unerbittlichsten Kampf beginnen. Es ist geradezu empörend, daß die Regierung in dieser Zeit der schlimmsten Not des ganzen Volkes nichts anderes im Sinne hat, als einen schweren Verfassungskampf heraufzubeschwören. Allein Herr Dollfuß will den Kampf, so soll er ihn haben! Er wird bald erfahren, wer der Stärkere ist. Die sozialdemokratischen Vertrauensmänner aber haben jetzt eine wichtige Aufgabe. Sie müssen das Volk darüber aufklären, was diese Regierung der abgewirtschafteten Christlichsozialen im Sinne führt.

Erst haben die Christlichsozialen ans in das fürchterliche Wirtschaftselend hineinregiert, jetzt wollen sie dem Volk auch noch die Freiheitsrechte rauben. Das muß das Volk erfahren, damit es bereit ist, den schändlichen Anschlag gehörig abzuwehren.

geschreckt zu sein, obwohl er das Geld der Arbeitsinvaliden verpraßte und verhofft. Es wurde eben auf die hohen christlichsozialen Beziehungen dieses Gauners Rücksicht genommen.

Neue Heimwehrgaunereien in Graz.

Die hahnenschwänzlerische Arbeitsgenossenschaft „Argenot“ ist wegen Betruges und betrügerischer Krida in gerichtliche Untersuchung gezogen worden. Die „Argenot“ war eine der Schwindelgründungen der feirischen Hahnenschwanzfaschisten, als sie sich noch für eine unwiderrstehliche Volksbewegung hielten.

Gegen den Angriff auf das Gewerkschaftsrecht.

den der Staatsanwalt des christlichsozialen Justizministers Schuschnigg gegen die „Arbeiter-Zeitung“ und zwei Gewerkschaftssekretäre unternommen hat, hat der Bund der freien Gewerkschaften energisch Stellung genommen. Selbst in der alten Monarchie ist den Arbeitern das Streikpostenflehen und der Boykott von Streikbrechermännern nicht verwehrt worden. Die freien Gewerkschaften werden ihren Kampf um die erworbenen Rechte im Einvernehmen mit den Sozialdemokraten durchführen.

Tausend abgebaute Postler.

Bei der Post sind in den letzten Monaten tausend Angestellte abgebaut worden. Zur gleichen Zeit aber hat der Seeresminister Baugin 120 Militäránwärter von der Seeresverwaltung zur Post übersehen lassen. Die Gewerkschaften fordern, daß dieser Skandal behoben wird.

Wieder tausend neue Volkswohnungen.

Der Wiener Gemeinderat, in dem die Sozialdemokraten die Mehrheit haben, hat wieder den Bau von 1011 neuen Volkswohnungen beschlossen. Die Sozialdemokraten bauen selbst in dieser Krisenzeit Wohnungen für das arbeitende Volk und beschäftigen bei diesen Bauten tausende Menschen, die sonst brotlos wären.

Deutschland

Wo die Barone regieren,

hat das Volk zu kuscheln. Die Reichsregierung Papen will das allgemeine, direkte und gleiche Wahlrecht abschaffen. Das Volk soll nur Steuern zahlen, zu reden hat es nichts.

Der Naziterror

lebt wieder auf. Offenbar wollen die Nazi ihre schlechten Wahlausichten durch Wirbelmachen verbessern. Am Sonntag haben die Nazi bei Gemeinderatswahlen wieder außerordentlich schwere Niederlagen erlitten. Es ist auch bekannt geworden, daß Hitler

ein drei Tage währendes Blutbad

veranstalten wollte. Er forderte von Hindenburg, daß man seine Banden drei Tage lang ungehindert rauben, morden und plündern lasse. Das sind die „Erneuerer“ des deutschen Volkes! Die Zwistigkeiten zwischen den bekannten führenden Hakenkreuzführern dauern fort und werden vielleicht zum Zerfall der Partei führen.

Der Kronprinz will Kaiser werden.

Der gewesene Kronprinz Wilhelm glaubt seine Zeit gekommen. Die Regierung der Barone soll ihm die Mauer machen, damit Hindenburg zurücktreten und ihn zum „Reichserbe“ ernennen kann. Die Ablehnungsversuche der Barone braucht natürlich niemand ernst zu nehmen. Das deutsche Proletariat muß vor diesem Thronanwärter auf der Hut sein.

Aus aller Welt

Der Parteitag der englischen Arbeiterpartei

hat beschlossen, die nächste Arbeiterregierung müsse streng nach sozialistischen Grundsätzen regieren, sie dürfe sich nicht auf Kompromisse mit den Bürgerlichen einlassen. — In London kam es zu ernstlichen Zusammenstößen zwischen Arbeitslosen und der Polizei. — Zwischen der englischen und irischen Regierung finden Verhandlungen zur Beilegung des Streites statt.

General Gömbös verspricht

Der neue ungarische Ministerpräsident General Gömbös (Bild) hat in einer Radiorede den Ungarn alles Gute und Schöne versprochen. Das



Standrecht ist tatsächlich aufgehoben worden. Die Versammlungsfreiheit soll wieder hergestellt und das allgemeine geheime Wahlrecht eingeführt werden. Im übrigen ruft Gömbös alle Ungarn zum gemeinsamen „Freiheitskampf“ für die „Wiederherstellung des alten, großen Ungarn“ auf.

Titulescu Außenminister.

Titulescu hat es über Nacht durchgehakt, daß er gegen den Willen des rumänischen Ministerpräsidenten Raja-Wojwod (Bild) zum Außenminister Rumaniens ernannt worden ist. Titulescu gilt als besonderer Günstling des Königs.



Jimmy Walker geht endgültig.

Der bisherige Bürgermeister von New York, Jimmy Walker (Bild), hat erklärt, er werde nicht mehr als Bürgermeisterkandidat auftreten, um seiner Partei, den Demokraten, nicht zu schaden. Walker mußte bekanntlich zurücktreten, als bekannt wurde, daß er von verschiedenen Großkapitalisten große Geldgeschenke angenommen hat.



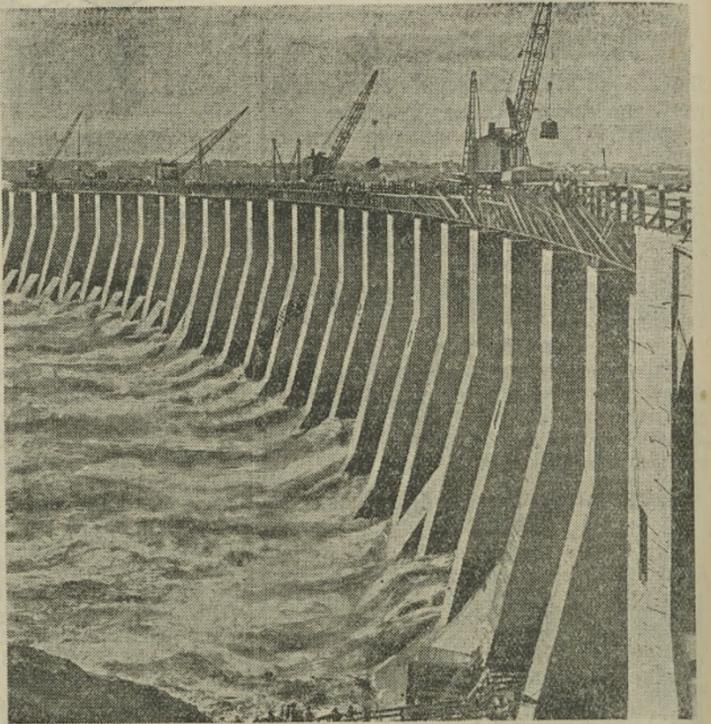
Sozialistische Erfolge in Belgien.

Bei den belgischen Gemeinderatswahlen errangen die Sozialdemokraten große Erfolge. Sie gewannen 250 Mandate dazu und erlangten in 74 Gemeinden, in welchen sie bisher in der Minderheit waren, die Mehrheit.

Die aktuellsten Bilder der Woche



Links: Die neue ungarische Regierung Gömbös. Stehend von links nach rechts: Innenminister Béla Keresztes-Fischer, Ministerpräsident Gyula Gömbös, der gleichzeitig Kriegsminister ist, und Außenminister Andreas Pulj. Stehend von links nach rechts: Staatssekretär Stephan Barczh, Handelsminister Dr. Lihamer Gabiny, Finanzminister Béla Zmréby, Kultusminister Valint Goman, Justizminister Nic. Laza, Ackerbauminister Nic. Kallay.



Russlands größtes Wasserkraftwerk, der Dnieprostroj, ist feierlich in Betrieb genommen worden. Diese Staumauer ist 750 Meter lang, 60 Meter hoch und unten 40 Meter dick. Bei dem Werk ist eine neue Großstadt entstanden, da riesige Fabriken erbaut worden sind, welche den elektrischen Strom aus dem Werk beziehen.



Dr. Felix Frank war bisher österreichischer Gesandter in Berlin. Die Dollfuß-Regierung hat ihn seines Amtes enthoben, weil er ein anschlussfreundlicher Großdeutscher ist, und die Regierung nichts weniger als anschlussfreundlich gesinnt ist.



Zur Erinnerung an den Untergang des englischen Luftschiffes „R 101“, das vor zwei Jahren mit seinen Insassen verbrannte, wurde an der Unglücksstelle bei Beaubais in Frankreich der Grundstein für ein Denkmal gelegt.



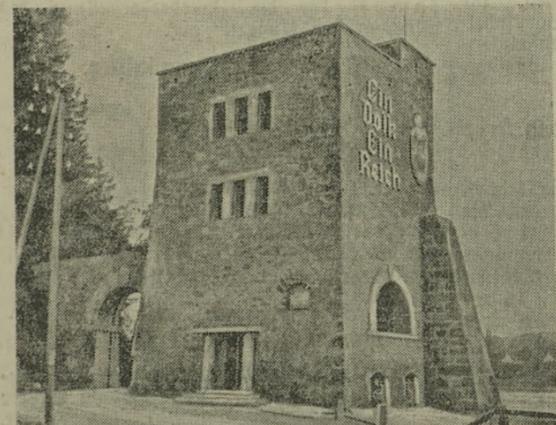
Das neue Stromlinienauto der Maybach-Motorenwerke ist in Paris ausgestellt. Durch seine dem Luftwiderstand angepasste Form und seinen starken Motor kann es eine sehr hohe Geschwindigkeit erreichen.



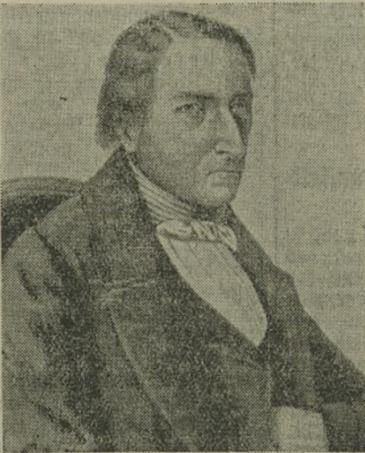
Die neue Seipel-Wohltätigkeitsmarke ist um 1 S bei allen Postämtern erhältlich.



Der abessinische Kriegsminister Rabjaz Salab Gabreel (X) und einige seiner Offiziere wollen eine Europareise antreten.



Der „Turm des Anschlusses“ wird am kommenden Sonntag von den Nazi in Linz enthüllt werden. Die Nazi wird die Feierlichkeit übertragen. Nazi-Propaganda auf Regiments-uniformen!



Josef Ressel, der Erfinder der Schiffschraube, starb vor 75 Jahren. Er blieb ein armer Teufel, obwohl seine Erfindung die großartige Entwicklung der Seeschifffahrt im vorigen Jahrhundert erst ermöglicht hat. Österreichisches Erfinderschicksal!



So wütete der Wirbelsturm in Südfrankreich, als er über die herrliche Mittelmeerküste der Riviera hinwegzieht. Er riß ein Luftauto um und schleuderte es in eine Badeanstalt, die zerstört wurde.



Links: Seilsarmee-Briefmarken sind in Niederländisch-Indien ausgegeben worden. Der Reinertrag dieser Wohltätigkeitsmarken fließt der Seilsarmee zu.



Streiks gegen die Lohnsenkungen der Diktatorbarone. Die Hochseefischer von Wesermünde sind in den Streik getreten, weil die Unternehmer ihre Löhne stark heruntersetzen wollen.

Der weiße Wolf



Deutsche Rechte. Th. Knaur Nachl., Berlin.

12 Tiergeschichte von Max Brand

Er mußte lernen, die Wälder und Gewässer und die Zufluchtsstätten und Not-
häfen, die sie boten, mit allen Einzelheiten,
der verlässlichen Landkarte des Hirnes zu
verzeichnen, er mußte lernen, daß das
Stachelschwein seine Stacheln nicht zum
Scherz hat und daß das Stinktier seine be-
sonderen Gründe hat, wenn es weder die
Kreaturen des Himmels, noch die der Erde
fürchtet.

Aber Weißwolf hatte ein Gehirn, das
zum Lernen geschaffen war, und wenn die
Natur ihn in mancher Beziehung stiefmütter-
lich behandelt hatte, so hatte sie ihm doch
wieder gewisse Gaben mitgegeben, die alles
wieder weitmachten. Für kurze Strecken, bis
zu hundert Meter, war er rascher als ein
englischer Windhund; er besaß den Mut eines
Löwen, und im Kampf verfügte er über eine
verblüffende Fähigkeit, seinen Gegner ge-
schickt da zu packen, wo er ihm besonders un-
angenehm werden konnte. Das hatte Schlapp-
ohr bei mancher häuslichen Auseinander-
setzung immer wieder von neuem erfahren
müssen. Dieser Sommer in den Bergen und
die ersten Herbstmonate, die ihm folgten,
waren für den Terrier eine freudreiche
Zeit. Er hatte wenig Feiertage, und hätte
ein Hund, der unter Menschen großgezogen
war, das leisten müssen, was der Terrier
leistete, wäre er in dieser Zeit hundertmal
freier. Weißwolf aber focht es nicht an.
Weißwolf wurde erst recht groß und kräftig.
Seine Muskeln waren wie aus Eisen. Das
Tal der Seen, die „Die-Sieben-Schwestern“
heißen, war das Jagdgebiet, in dem die drei
nach Gefallen schweifen konnten.

Aber der Tag kam, wo Schlappohr so
ziemlich zu seiner vollen Größe herangewachsen
war, wenn ihm auch noch manches Pfund an
dem Körperumfang fehlte, den sein kräftiger
Knochenbau in Aussicht stellte. Das war im
Oktober, und es begann eine Zeit, in der
der Jungwolf eine gewisse Widerstandsfähigkeit
an den Tag legte und das Geleise verriet,
auf eigene Faust auf die Fahrt zu gehen.

So geschah es eines Tages, daß er seinen
Nag in der Marschordnung verließ, sich an
Stelle seiner Mutter die Führung annahm.
Er steuerte durch den Wald, in der Richtung
des Pefan-Sees, der der fünfte der Sieben-
Schwestern ist.

„Weißt du nicht, wo du hingehörst?“
schrie die Mutter Wolf im Laufen. „Hast du
mich Steine laufen sehen — glaubst du, meine
Zähne wären zu stumpf geworden, um dir
wieder einmal eine Lektion zu geben?“

Aber der junge Fuchsdackel sprang in
großen Schritten weiter.

„Ich wittere Kaninchen. Beute ist uns be-
schieden. Ein Kribbeln in allen Knochen ver-
rät es mir...“

Der Grund stieg hier ein wenig an. Mit
ein paar Schritten war Schlappohr die Boden-
welle hinan, kaum aber war er oben, als er
sich mit einem grunzenden Laut der Über-
raschung und der Furcht auf die Erde
plumpsen ließ. Die Wölfin, die gleich nach
ihm ankam, ahmte sein Beispiel nach. Der
Terrier aber stolzte ahnungslos weiter, die
Nase neugierig in den Wind gerickt, und
schließlich fand auch er die neue Witterung
heraus. Es fiel ihm freilich nicht ein, sich hin-
zuwerfen, im Gegenteil, er stand stockstill,
hoch aufgerichtet, um dies Neue einer gründ-
licheren Prüfung zu unterziehen. Denn ein
dünner Rauchfaden schlich sich durch die
Stämme, und in den Geruch des brennenden
Holzes mischten sich tausend andere aufregende
neue Eindrücke, es roch nach Speise und nach
einem unbekannten Tier.

„Dack dich!“ jaspelte die Wolfsmutter.

„Nieder! Nieder!“ wisperte Schlappohr.
„Der Magen dreht sich mir herum, mir steigt
die Nahrung, wenn ich dieses Fremde rieche.
Niemand war noch eine Witterung so ab-
scheulich.“

„Du hast unrecht“, sprach der Terrier,
„mir bringt es Wolle, es zu riechen, und
ich empfinde keine Furcht dabei. Ah — und
was ist das?“

Durch den Wald hörte man dumpfe
Schläge und das Klingeln von Metall. Mutter
Wolf antwortete durch die gestrichelten Zähne:

„Keine Furcht fühlst du? Ich aber sage
dir, der Laut, den du jetzt hörst, der kommt
daher, daß das Untier seine Klauen schärft.
Wißt!“

Man hörte in der Ferne ein Geräusch, als
ob ein gewaltiger Windstoß durch die Tannen
brause, dann knackte es, und
zuletzt folgte ein Dröhnen, von dem die Erde
zitterte.

Der Terrier machte mit steifen Beinen
einen erschrockenen Seitensprung und spitzte
die Ohren.

„Was bedeutet das?“

„Das Untier hat mit seinen Klauen einen
Baum zu Fall gebracht. Spürst du noch

immer keine Angst? Ja, ja, kriech du dicht
an mich heran und winsle du mir, wenn dir
der Sinn danach steht. Ist denn in deinem
närrischen Schädel nicht ein Fünkchen Ver-
nunft zu finden? Hat nicht Schlappohr gleich
Bescheid gewußt? Habe ich nicht ebenso Be-
scheid gewußt, ich, die ich vor langer, langer
Zeit zum erstenmal diese Witterung kennen-
gelernt habe? Nun komm, wir wollen weg
von hier und diesem Erzähl den Rücken
kehren. Aber eines laß dir von La Sombra
sagen: Die Zeiten fröhlicher Jagd im Tal
der Sieben Schwester sind jetzt für uns
vorbei.“

Wie der Wind ging es unter ihrer Füh-
rung heimwärts, den Dunkelbergen zu.
Dort lagen sie lange im Schatten eines
Klumpens jungaufgeschossener Bappeln und
schleiften den Tau, der in schweren Tropfen
im Graue hing, denn die Dämmerung war
gekommen. Die purpur und golden schim-
mernden Farben des Herbstes löschten lang-
sam aus und machten dem tiefen Blauschwarz
der Nacht Platz.

„Dies ist ein Geruch und ein Wesen, von
dem ich euch noch nie gesprochen habe“,
sagte die Mutter der Wölfe. „Denn was sind leere
Worte, ehe man es gesehen und gerochen hat.
Aber ich sage euch, daß meine Mutter durch
dieses selbe fremde Untier getötet worden ist.
Das Ungeheuer hatte Zähne in den Boden
gegraben, die nach ihr schnappten und sie
festhielten. Und das Ungeheuer breitete ihr
Fell vor dem Eingang seiner Höhle aus und
ließ es in der Sonne trocknen. Ich, La
Sombra, bin bis an den äußersten Rand der
Bäume gekrochen und ich habe das Gesicht
des Unholzes erblickt. Ein Schauer ging über
sie hin. Sie bebte von der Nase bis zur An-
ten-
spitze.“

„Seltsam ist dies“, murmelte Weißwolf.
„Gern wär' ich die Fährte zu Ende gelaufen
bis dort, wo der Rauch herkam. Gut und
lieblich schien meiner Nase der Geruch. Er
machte mir das Herz im Leib hüpfen und das
Wasser lief mir im Mund zusammen.“

„Das kommt davon, wenn man schon als
Narr geboren wird“, grinste Schlappohr
höhnisch und machte einen Luftsprung. Es
geschah keinen Augenblick zu früh, denn wo
eben Schlappohrs Pfote geruht hatte,
schnappte Weißwolfs prachtvolles Gebiß in
die leere Luft.

„Dies ist nicht die Zeit zu Torheiten“,
knurrte La Sombra. „Blick zum Himmel,
mein Sohn, und sag, was du siehst.“

„Nur den Adler, der sein Nest in den
Schründen auf dem Gipfel des Mount
Spencer gebaut hat.“

„Wenn er nicht nur die Schwingen hätte,
die ihn dort oben tragen, und die Kraft des
grauen Bären in seinen Fängen, sondern auch
noch die Rührung des Stachelschweins und
den Beschau des Stinktiers und das Gift
der Schlange, würdest du ihn dann fürch-
ten, jüngster aller Wölfe?“

„Ah“, sprach der Hund, „wie könnten so
viele Schrecken in einem Wesen vereinigt
sein?“

„Hör' mich und ich will dir nur eines
sagen“, sprach La Sombra. „Ich habe den
Unhold einen Grisy töten sehen, und dabei
stand er weit weg von ihm, weiter, wie von
hier bis zu jenem gestürzten Baum dort, und
er tötete den Grisy mit einem Feuerstrahl
und einem Geräusch wie Donner, und das
tat er auf einen Schlag.“

Der Terrier leckte seine dünnen rosa
Lefzen.

„Das ist von allem das Wunderbarste“,
sagte er.

„Eisen dient diesem Teufel als Sklave,
und des Teufels Name ist Mensch. Wohin er
das Eisen bringt, dahin bringt er den Tod
mit dem Eisen. Und wo du einen schar-
fen und bitteren Geruch spürst, der dir die
Kehle ausdörret und dich in die Knie beißt
— so ist das ein Zeichen, daß er die Stimme
bei sich trägt, die von weitem tötet.“

„Sage mir, wenn du es weißt“, fragte
Schlappohr, „ist dieser Teufel viel größer als
ein Grisy?“

„Er ist nicht größer als dein Vater,
o Sohn, wenn es deinem Vater einfallen
würde, sich aufzurichten und nur auf den
Hintersitzen einbergehen.“

„Raffeln denn seine Stacheln, wenn er
läuft?“ fragte der Terrier.

„Er ist nicht mit Stacheln gepanzert, sein
Körper ist so weich wie der eines Kaninchens
oder der des zahmen Schweines — was eine
Speise ist, die du noch nie gekostet hast. Sein
Fleisch ist faulig. Sein Gang ist schleppend
und sein Lauf vermag nichts. Aber er hat
Skaven. Und in ihm wohnt ein Teufel.“

„Hast du ihn denn aus der Nähe ge-
sehen?“ fragten die beiden in einem Atem.

„Einst war ein böser Tag für mich, da
ließ ich mit dem Wind auf einer warmen
Fährte und ich sprang plötzlich zur Seite,
denn vor mir stand ein Mensch. Er trug nicht
die Stimme auf der Schulter, welche tötet,
sonst wäre ich auf der Stelle tot gewesen,
aber er hatte den Zahn mit, mit dem er die
Bäume zum Stürzen bringt — ah, und doch
war das nicht das Schlimmste, das er bei
sich trug.“

„Mutter“, sprach der Terrier, „was
blickst du so nach allen Seiten, als ob du
Angst hättest?“

„Schau deiner eigenen Nase nach, wie
ein wohlzugerener Wolf!“ knurrte La
Sombra. „Und kümmere dich nicht, wohin
ich blicke, ich sage dir, das Menschen-
tier starrte mich an und aus seinen Augen kam
etwas und drang in meine, und dieses Ding
verzauberte mein Herz, daß es schwer wurde
wie ein Stein. Ich konnte mich nicht rühren,
ich verlor die Sprache. Und sein Blick ruhte
so schwer auf mir, daß ich die Augen ab-
wenden mußte, und es war, als wenn ein
Strom ein weiches Blatt zur Seite wirbelt.
Ich war stierbrennend. Dann machte der
Teufel einen Rarm mit seiner Stimme und
ich erhielt ein wenig von meiner Kraft zu-
rück, so daß ich weglassen konnte. Aber ver-
gessen habe ich es niemals. Eher will ich mich
unter die Klauen eines Berglöwen wagen
als unter den Blick des Menschen-
tieres.“

„Hör!“ sagte Schlappohr und kroch, mit
dem Bauch auf dem Boden, nach vorne. „Da
rührt sich was in den Büschen. Was ist das?“

Ein Hirsch trat aus dem Wald ins freie
Tal hinaus. Schlappohr stieß ein kurzes
Winkeln aus und schoß wie besessen darauf
los.

„Neh' um!“ rief Mutter Wolf. „Am diese
Zeit des Jahres jagst du die Kreatur um-
sonst. Gerade so gut könntest du auf einen
Falken Jagd machen.“

Aber Schlappohr stutzte nur einen Augen-
blick. Gleich darauf jagte er eifrig weiter.

Sie warteten lange Zeit. Schließlich hörte
sie weit, weit in der Ferne Schlappohrs
Jagdruuf. La Sombra sprang auf.

„Das ist die Stimme eines Wolfs, der
nur für seinen eigenen Hunger jagt“, sagte
sie. „Nie mehr wird Schlappohr zu uns zu-
rückkehren. Und die Stunde war gekommen.
Wie lange noch, mein Sohn, und du verläßt
mich auch.“

„Warum sollt' ich dich verlassen?“ meinte
Weißwolf niedergeschlagen. Ja, er duckte den
Kopf und verdrückte sich dicht an sie heran-
drängen. La Sombra aber flüchtete plötzlich
die Fährte und sprang beiseite.

„Weil du die Welt brauchst, mein Sohn.
Und weil die Welt nach dir verlangt, damit
du die Dinge lernst, die sogar La Sombra's
Wissen fremd sind. Vor allem — das merke dir,
Weißwolf — mußt du lernen, auf dich selbst
gestellt zu töten oder getötet zu werden. Halt
dich fern von mir. Ich spüre heute ein böses
Kribbeln in den Adern.“

10. Kapitel

Der Terrier hatte einen leichten Schlaf,
aber was bei den Hunden ein leichter Schlaf
ist, das ist bei den Wölfen tiefster Schlummer.
Als Weißwolf am Morgen erwachte, zeigte
es sich, daß La Sombra verschwunden war.
Freilich, oft war sie schon vor dem Morgen-
grauen unterwegs. Das war gute Jagd,
denn die Kaninchen, denen um Mittag der
Wind Flügel zu verleihen scheint, sind un-
behilflich und langsam, solange sie die Mor-
genkälte steif macht. Diesmal aber fiel Weiß-
wolf sofort ein, was La Sombra am Abend
zuvor zu ihm gesprochen hatte, und er
zitterte vor Furcht.

Er stürzte an den Rand des Abhanges
und blickte rechts und links die Schlucht
hinunter. Zu seinen Füßen, noch ganz im
Schatten, rann der Fluß; dicker, weißer
Schaum funkelte an beiden Ufern, und das
Rauschen da unten klang in Weißwolfs
Ohren wie ein Gemurmel der Wehmut. Er
fehrte der leeren Schlucht den Rücken und
jagte, so rasch ihn seine Beine tragen wollten,
nordwärts durch die Dunkelberge, bis er
den Rand des Tales der Sieben-Schwester
erreicht hatte. Schwach und hilflos war ihm
zumute, als er sich auf einer sanften Anhöhe
am Rand des Tales niederließ und mit eifrig
suchenden Augen die herblich prunfende
Farbenpracht des Tales musterte, in der die
sieben Seen wie silberne Schilde leuchteten.
Ein dünner Oktobernebel lag darüber, rosig
angehaucht von der Morgenröte, wie ein
kostbarer Schleier. Weißwolf freilich hatte
an diesem Tage kein Auge für die Schön-
heiten der Natur.

Wo war Mutter Wolf hin? Hatte sie ihn
absichtlich im Stich gelassen? Gestern war
Schlappohr dahingegangen, unvermutet, ohne
ein Wort des Abschiedes. War es möglich,
daß La Sombra heute seinem Beispiel ge-
folgt war?

Am breiten Fuß des Spencer-Berges
floß ein kleiner Bach. Die Kaninchen ver-
sammelten sich oft in dichten Scharen, um
sich an der zarten Wasserfresse zu delectieren,
die dort in dichter Menge wuchs. Die Hirsche
kamen dort häufig zur Tränke, und wenn
man sich vorsichtig an sie heranpähtete,
gelang es oft sie zu überfallen, noch während

ihre Mäuler durstig zum Wasserspiegel ge-
beugt waren. La Sombra jagte mit Vorliebe
an dieser Stelle. Wenn sie in der Nacht
plötzlich Luft auf frisches Wildbret bekommen
hatte, so war es sehr möglich, daß sie sich
am frühen Morgen hieher gestohlen hatte.
Also machte sich der Terrier eifrig auf
nach dem Kaninchenbach und wäre in seiner
blinden Hast beinahe dem Unglück in die
Arme gelaufen, noch ehe er eine halbe Meile
zurückgelegt hatte. Er sah etwas Graues, das
ihm den Weg versperrte und tief am Boden,
ungeschickt, sich rücklings auf ihn zu bewegte.
Im letzten Augenblick ahnte Weißwolf die
Gefahr. Rascher als je ein Wolf es vermocht
hätte, machte er einen Satz zur Seite. Ein
scharfer Gestank benahm ihm einen Augen-
blick den Atem, er hörte das leichte, trockne
Rasseln der langen Stacheln und gleich
darauf segte der verderbenbringende Schwanz
des Stachelschweines kaum zwei Fingerbreit
an ihm vorbei.

Er erreichte den Kaninchenbach und hegte
atemlos die Ufer entlang, hinauf und hinab,
aber da war keines der vertrauten Zeichen
zu erblicken, die verrieten, daß Mutter Wolf
in der Nähe war, geschweige denn sie selbst.
Verzweifelt schlich er auf eine Pyramide
mächtiger Felsbrocken hinauf, ließ sich auf
dem obersten breit nieder, die Nase in den
Simmel gerickt, die Augen schmerzbeugt
geschlossen — seine Flanken füllten sich wie
ein Blasebalg — sein Nacken schwoll — die
Haare sträubten sich, und seinem offenen
Maul entrang sich ein Laut, der, so gut ein
Sund es eben kann, das markerschütternde
Geheul eines Wolfes nachahmte. Und er
berstand seine Sache. Freilich, es fehlte der
letzte überzeugende Ausdruck des Gespen-
stlichen. Unter Zehntausenden hätte Mutter
Wolf mit Sicherheit den Ruf ihres Pflege-
sohnes herausgerannt.

Aber er hörte nur das Echo seines Rufes
dahinrollen und sterben. Keine Antwort
kam. Es war klar: La Sombra hatte ihn
für immer verlassen. Ratlos blieb er lange
Zeit auf seiner Felsenwarte liegen. Das
Herz drohte ihm zu zerspringen. Er war
überzeugt, daß er nach am Sterben war, so
übel weh war ihm zumute. Dann machte er
sich wieder auf und jagte blindlings,
ganz mit seinem Gram beschäftigt, das Tal
der Sieben-Schwester entlang. Hundertmal
kreuzte er die Windrichtung, in der verzwei-
felten Hoffnung, daß ihm die Luft eine
schwache Kunde von La Sombra zutragen
würde. Aber die Winde waren leer und
stumm. Sie brachten keine Botschaft, die für
Weißwolf bestimmt war.

Unmittelbar unter seiner Nase sprang
ein Kaninchen auf und rannte wie besessen,
um sich in Sicherheit zu bringen. Aber Weiß-
wolf hatte allen Appetit verloren. Selten
nur machte er für kurze Weile halt, um zu
saufen, und auch das nur, wenn der bren-
nende Durst in seiner Kehle unerträglich
wurde.

Es wurde Mittag. Die Schatten wurden
kurz, krochen demütig zu Füßen der Bäume
in sich zusammen. Es wurde Nachmittag und
immer heißer. Es wurde Abend, und die
goldene Dämmerung wandelte sich in graues
Zwielicht. Und immer noch streifte Weiß-
wolf verzweifelt und todmüde durch die
Wälder.

Ein hungriger Dachs, der auf einem breit
ausladenden Baumast auf dem Anstand lag,
sah das weiße Fell zwischen den Bäumen
leuchten und duckte sich lauend zum töd-
lichen Sprung. Aber dann trug der Wind
seiner Nase die heisende Witterung der
Wölfe zu, die viel stärker war als die des
Hundes, und der Jäger oben im Baum zog
seine Krallen wieder ein und duckte sich zu-
sammen. Denn Wolf ist ein Wildbret, dessen
Erlegung einige Schwierigkeiten hat und ein
zäher Fraß nach so viel Mühe. In grimmiger
Winternotzeit ging's noch an, aber mitten
im üppigen Oktober war es keine Speise,
die sich empfahl.

Annungslos schoß Weißwolf unter dem
Baume vorbei, auf dem der Tod lauerte,
und setzte seinen Lauf fort.

Für kurze Zeit ließ er die Wälder hinter
sich. Vor ihm breiteten sich Steine und
Geröll. Blindlings stolperte er hinein. Ein
scharfes Rasseln ließ ihn erschreckt zur Seite
schellen. „Sachte, Bruder, sachte!“ flüsterte
die Klapper Schlange. „Dein Fuß ist härter
als mein Rücken. Nimm dich hier in acht,
wohin du trittst, oder du wirst den Fuß
bald nicht mehr haben!“

Die Warnung trieb ihn wieder in den
Wald. Aber ihn hoben die Silberfichten
Pyramiden ihrer Nadelmassen in einen
Simmel, von dem Weißwolf nur hie und da
einen letzten Schimmer erhaschen konnte.
Dünn und verschleiert glimmten dort oben
die ersten Sterne. Unter den Bäumen war
es bereits wechschwarze Nacht. Um ein Haar
wäre der Terrier ahnungslos einer neuen
Gefahr in den Rücken gerannt. Nur der
glückliche Umstand rettete ihn, daß das
Fremde, das sich vor ihm bewegte, sich scharf
von dem hellen Hintergrund des Drefon-
Sees abhob, der jetzt wie ein silberner
Spiegel durch die Bäume leuchtete. So riesig
war die Gestalt, daß das verzückerte kleine
Hundewesen im ersten Schreck an den grim-
migen grauen Bären dachte.

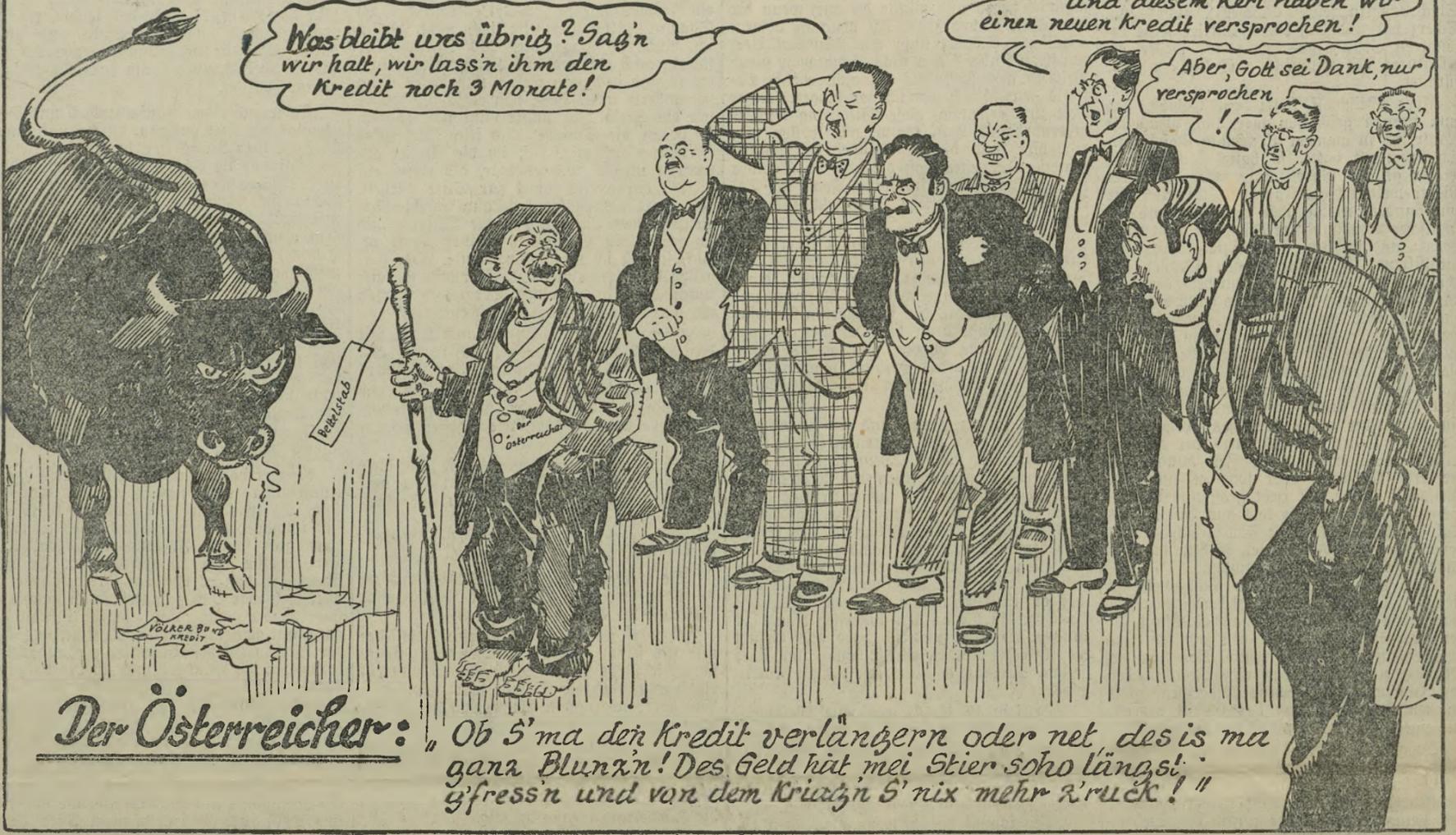
(Fortsetzung folgt.)

Die rote Spottdroffel

Blatt für Kritik und Humor

Die Bank des Völkerundes (S. S. S.) hat den allen, bereits längst fälligen Kredit um drei Monate verlängert.

Der kreditwürdige Österreicher



Der Österreicher: „Ob S'ma den Kredit verlängern oder net, des is ma ganz Blunxn! Des Geld hat mei Stier scho längst g'fressn und von dem Kriaz'n S' nix mehr z'ruck!“

Sommererinnerungen.

In Schwarzndöbling ist große Aufregung. Nicht vielleicht um Gandhi, daß er wieder zu fasten beginne. Oder um den Dollfuß, daß er den Boden unter dem Fuß verliert und toll wird. Auch nicht wegen des Gattages der Nazisozi. Sie wissen schon und so weise sind sie, daß einem Schaf nit tramt und daß a Norr loa Sünd hot. Ganz was anderes ist es, daß die Weiber so viel tuscheln und de Monna mit da Junga schnolzen. Und beim Sturmlostin redn f' so hin und her, und waul er eah goa so quit schmeckt, so redn f' ollaweil mehr, denkan goa nit drauf, daß onari a dazutemman und Maul und Dyrwascheln aufreißn.

„So“, sagt d' Breier Michl, „s is jo foa Wunda gwest bei der Sit, daß ma ins Woffa springt und si otatscheln tuat!“

„Bei an Hochwirdn moanan holt de Leit, daß er seinen Leib nit vor der Sunn entblößen soll“, meinte drauf da Söllrainer Karl. „Oja, jiaht redts amol g'scheit und fogts, woz do gwest und tuits nit so umanond geih wie da Koz um an Breil“ drängte der Anokinger Moß auf den Grund der Sache.

„A jo freult, daß d' zum Hochwirdn rennast und eahm dos zutrag'n tatst!“ wehrte der Breier Michl. „Freuli, sogn kumt is jo. Sotz jo da Dippel g'ehn und da Kaiser Karl a!“

„No woz hom f' denn seg'n?“

„Von Borstodl aus ham f' holt amol in Pforchhofgärt'n g'schaut und do hom f' holt seg'n, daß der Hochwirdige in Cortin si bodt hot.“

„Und is do woz dabei, wann si da Herr Pforra bodt?“

„Dabei is nix, owa dazui lemna is woz. Got eham do de Regerl, de Köchin, um de Bodwann von oan Bam zum onarn a Stonga glegt und Kohn und Deckna aufgehängt, daß in Hochwirdn nocht neamd segn soll. Owa da Dippel und da Kaiser Karl fan no heha g'stegn. Reigier hotz holt a plogt. Owa foan wa eingfoln, woz er do segn kumt.“ Und weil da Breier Michl eine Weile aussetzte, um sich an den neugierigen Gesichtern zu weiden, drängten sie: „Ma so dazöhl weida.“

„Weida is nimma viel: d' Regerl hot holt vageff'n, daß wa aufagonga aus da Bodeonstolt und hot si holt a bodt. Und da

Dippel und da Kaiser Karl fan eahm neidi gwest und hom si denkt: »Hom mia nix, brauchst du a nix!« und hom an grohn Stoan de Monka g'schoss'n, daß ollt zwoa bold da Herzschlag troffa hätt. Is oma nix gwest. Owa gift hot er si und jiaht wüll er klog'n.“

Aus dem Kapitalistenparadies.

Zu einem der beliebtesten Stedenpferde im Kampfe gegen den Sozialismus gehörte bei unserer bürgerlichen Presse von jeher der Hinweis auf den nichtorganisierten amerikanischen Arbeiter, der in der Frühe im eigenen Auto in die Fabrik gefahren kommt, während der Mittagspause Fußball oder Tennis spielt und nach Arbeitsluß als „Gent“ im Theater sitzt. Seit aber die Weltkriege auch in den U. S. A. wüthet, ist in der Bourgeoisiepresse nicht mehr von diesem sagenhaften Arbeiter die Rede; vielmehr machte eine Notiz die Kunde durch die Blätter, wonach in den Vereinigten Staaten eine Viertelmillion junge Leute, meist im Knabenalter, als Walzbrüder auf Arbeitsuche durch die Staaten ziehen und zu einer förmlichen Landplage geworden sind, da die Kinder, ohne Arbeit

Leicht fabliche Erklärung.



„Du, Vater, warum haben die Häuser in der Wiener Verbundstiedlung lauter flache Dächer?“ — „Weißt du, Kind, das ist deshalb, damit die Hypotheken sicherer darauf liegen.“

und Verdienst, wie sie finde, auch vor Raub und Diebstahl nicht zurückschrecken, und so zu einer argen Verlegenheit des Landes geworden sind. Wer erinnert sich da nicht an die fabelhaft aufgemachten Schilderungen der Scharen von Kindern, die sich in Rußland nach der großen Hungersnot vor einigen Jahren in allen Städten umhertrieben und ebenso von Raub und Diebstahl lebten, wie jetzt viele der entwurzelten Jungen in U. S. A. Natürlich war an der Kinderkatastrophe nur der Kommunismus schuld. Wie denn auch anders? Aber Lügen haben kurze Beine und die Herolde der kapitalistischen Produktion müssen es jetzt zu ihrem nicht geringen Schrecken erleben, daß in dem klassischen Lande des Kapitalismus, in den Vereinigten Staaten, das Elend der wandernden heimatlosen Kinder nicht geringer ist, als es jeherzeit in dem kommunistischen Rußland war.

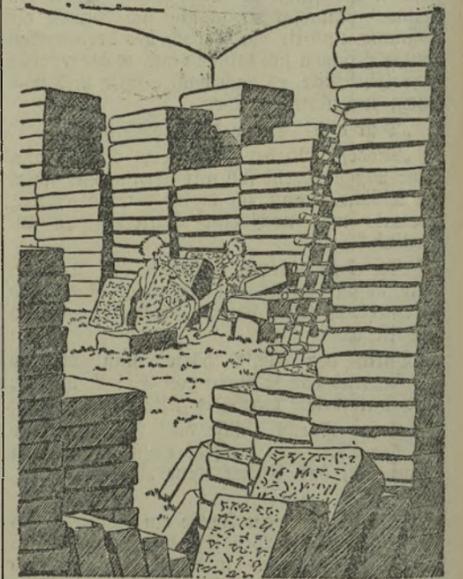
Zwei neue Parteien und die „Reichspost“.

Um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen, hat sich in Wien eine neue Partei unter dem geheimnisvollen Namen „Österreichischer Ring“ gebildet. Um welche Kreise es sich da handelt, erkennt man am besten aus der Tatsache, daß die „Reichspost“ Feuer und Flamme für die Sache ist. Mit verbundenen Augen kann man demnach erraten, daß es sich dabei um irgendeine stöckerikale, schwarzgelbe Vereinigung handelt. Nichtig. Niemand geringerer als der „Kabinettschef Kaiser Karls, Seine Erzellenz Graf Polzer-Soditz“, ist der erlauchte Gründer. In dem flammenden Aufruf, der übrigens den baldigen Untergang Österreichs an die Wand malt, heißt es, der Ring sei „ausgesprochen österreichisch“ auf „übernationaler“ Basis. Das erstere, als die verschämte Umschreibung von Legitimität, ist selbstverständlich, das Übernationale ist einigermaßen dunkel. Soll damit gesagt sein, daß sich der Ring auch an malkontente Tischechen usw. wenden will oder soll damit nur ausgedrückt werden, daß für den Ring auch Juden zahlen dürfen? Triumphierend berichtet die „Reichspost“, daß sich an diesen Ring der schwarzgelben Ribelungen bereits eine Anzahl maßgebender österreichischer Vereinigungen angeschlossen habe. In erster Linie vermutlich der Mariazeller Wallfahrtsverein.

Etwas für die Tiroler Schwarzgelben.

Im „Neuen Wiener Tagblatt“ berichtet ein gewisser Herr Fußmann über einen Besuch, den er dem belgischen Kloster Clero abgestattet hat, allwo sich der junge Herr Tiroler Ehrenbürger von Vorderkropfing und Sintergigritzkirchen drei Jahre lang studienhalber aufgehalten hat. Auf die Frage des Herrn Fußmann, in welcher Sprache sich der Prinz unterhalten habe, bedeutete man ihm, daß er meist französisch gesprochen und am liebsten etwas von Ungarn gehört habe. Von Tirol war also nicht die Rede. Es ist ganz gut, sich solch kleine Episoden gut einzuprägen; sie sind am besten geeignet, die Märchen- und Sagenbildung zu unterbinden, die mit bewußter Absicht von den Tiroler Merkmalen im Interesse ihrer Politik betrieben wird.

Aus der Steinzeit.



„Sagen Sie einmal, lieber Herr Redakteur, warum schicken Sie denn die Zuschriften, die Sie für die Zeitung nicht brauchen können, nicht zurück?“ — „Ich bin auf den Gedanken gekommen und will mir ein Haus davon bauen.“